

G 2/66 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

10'77 Oktober



Standort von „Christoph 14“ voll ausgebaut

Vor gut einem Jahr wurde die Rettungshubschrauberstation von „Christoph 14“ in Traunstein durch den Bundesminister des Innern, Prof. Maihofer, in Betrieb genommen.

Am 9. September 1977 übergab der neue Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Alfred Seidl, die komplett ausgerüstete und ausgebaute Station dem Träger des Luftrettungsdienstes, dem Landkreis Traunstein.

Der Minister führte in seiner Rede aus:

„Die Übergabe des Hangars mit seiner modernen, richtungsweisenden technischen Ausstattung gibt uns allen, die wir mit der Durchführung des Luftrettungsdienstes befaßt sind, die Gelegenheit, die Erfahrungen des ersten Betriebsjahres kritisch zu beurteilen. Als der für den Rettungsdienst in Bayern zuständige Minister sei es mir darüber hinaus gestattet, den beteiligten Behörden, Dienststellen und Organisationen meinen persönlichen Dank und den Dank und die Anerkennung der Bayerischen Staatsregierung für die bisher geleistete Arbeit auszusprechen.

An erster Stelle möchte ich mich bei den Piloten des Bundesgrenzschutzes, den Ärzten des Stadtkrankenhauses Traunstein und den Rettungssanitätern des BRK-Kreisverbandes Traunstein, die diese aufopferungsvolle Tätigkeit weit über das dienstlich geforderte Maß hinaus ausführen, bedanken. Mein Dank gilt aber auch denjenigen, die mithelfen, den technischen und organisatorischen Ablauf der Rettungseinsätze sicherzustellen. Bei der Vielzahl der beteiligten Stellen ist es unvermeidbar, daß häufig große Schwierigkeiten zu beheben sind, um die volle Funktionsfähigkeit dieses modernsten

aller Rettungsmittel aufrechtzuerhalten. Ich möchte es auch nicht versäumen, der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Krankenkassenverbände dafür zu danken, daß sie mit ihrem Verständnis für die finanziellen Probleme wesentlich dazu beitragen, den kostenträchtigen Luftrettungsdienst auch außerhalb der großen Ballungszentren durchzuführen. Damit kann auf diesem Gebiet ein wesentlicher Beitrag zur Einheitlichkeit der Lebensqualität geleistet werden.

Ich möchte aber diesen modernen Rettungshubschrauber-Hangar nicht an den Träger des Luftrettungsdienstes übergeben, ohne die besonderen Verdienste des Herrn Landrats Schmucker und des Herrn Oberbürgermeisters Wamsler hervorzuheben. Der persönlichen Initiative dieser beiden Herren ist es zu verdanken, daß im südostbayerischen Raum trotz einiger nicht zu übersehender Widerstände im regionalen Bereich und nach den fehlgeschlagenen Versuchen mit einem privaten Unternehmen ein Rettungs-

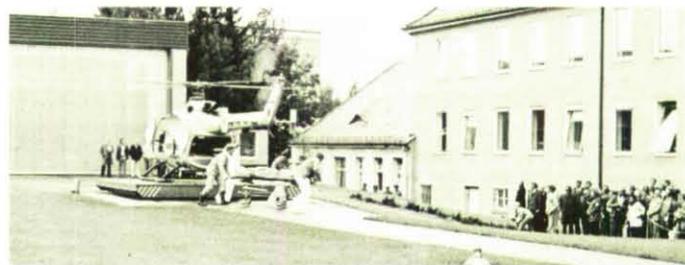
hubschrauber-Einsatzbereich nach Maßgabe des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes eingerichtet worden ist. Unterstützt durch die kommunalen Gremien der Stadt und des Landkreises Traunstein und eine hervorragende Zusammenarbeit mit den beteiligten staatlichen Dienststellen konnten in kürzester Zeit nicht nur eine moderne und zweckentsprechende Rettungshubschrauber-Station eingerichtet werden, sondern auch die finanziellen Probleme zufriedenstellend gelöst werden.

Trotz der heute hier sichtbaren Erfolge sind aber noch viele Probleme zu klären. Alle Beteiligten sind sich darüber im klaren, daß mit der Bereitstellung eines Rettungshubschraubers und dem Bau einer Unterstellhalle keineswegs für alle Zeiten der reibungslose Ablauf des Luftrettungsdienstes geregelt ist. Der aufwendige Betrieb des Rettungshubschraubers wirft insbesondere finanzielle Schwierigkeiten auf, die nur gemeinsam zu lösen sind. Es ist kein Geheimnis, daß die finanziellen Auf-

wendungen einer Rettungshubschrauber-Station nur schwer durch kostendeckende Benutzungsentgelte gedeckt werden können. Sorgen bereitet uns die Erhöhung der Flugstundenpauschale durch den Bundesminister des Innern auf 900 DM ab 1. Januar 1978 vor allem deswegen, weil darüber hinaus von den Flugzeiten, die der Bund den Trägern des Luftrettungsdienstes in Rechnung stellt, ein wesentlicher Anteil auf technische Wartungsflüge, Zubringer- und Transferflüge und ähnliche, nicht unmittelbar durch Rettungseinsätze verursachte Flugzeiten entfällt. Leider haben die bayerischen Initiativen um eine tragbare Lösung noch keinen Erfolg gehabt. Es ist jedoch zu hoffen, daß die bundesweiten Bemühungen den Bundesminister des Innern letztlich doch noch bewegen werden, die vom Bund als dem Eigentümer und Halter zu tragenden Vorhaltekosten um die Kosten der nicht dem Luftrettungsdienst zuzurechnenden technischen Flugzeiten zu erweitern und damit für eine Entlastung des Benutzungsentgelts zu sorgen.“

Weitere Redner waren der Landrat des Landkreises Traunstein, Leonhard Schmucker, und der Oberbürgermeister der Stadt Traunstein, Rudolf Wamsler. Beide Herren zeigten die positive Bilanz des Luftrettungsdienstes auf und dankten allen Beteiligten für ihre tatkräftige Hilfe. Anschließend folgte eine Demonstration sowie eine Besichtigung der technischen Einrichtungen des Hangars und des Hubschraubers sowie ein Rundgang durch eine Fahrzeug- und Geräteschau der Katastrophenschutz-Organisationen des Landkreises.

Schwepfinger



Oben: Demonstration eines Einsatzes vor den Festgästen.



Rechts: Dr. Alfred Seidl, Staatsminister des Innern, während seiner Ansprache zur Übergabe der Rettungsstation.



MAGAZIN

10/77



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Horst Pieper

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Der Schutz des Menschen steht im Mittelpunkt“ 4
Über 25 Jahre Bundesverband für den Selbstschutz.

„Maßnahmen zu Schutz und Rettung in vernünftiger Weise fortsetzen“ 10
Interview mit Parl. Staatssekretär Andreas von Schoeler.

„Fairer Wettstreit um Punkte und Plätze“ 14
1. Bundesleistungswettbewerb des MHD.



„Autobahn-Notrufsäulen melden bald ihren Standort vollautomatisch“ 18
Schnellere Hilfe bei Pannen und Unfällen.

„Die Stärkeren für mehr Rücksicht auf die Schwachen gewinnen“ 22
Interview mit Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle.

„Die Ausstattung des Behörden-selbstschutzes“ 25
Teil 1: Unterbringung und Lagerung der Ausstattung.

„Erfolgreiche Wettkampfgruppen“ 30
Bericht vom VI. Internationalen Feuerwehrwettkampf in Trient.



„Der nächste Waldbrand kommt bestimmt!“ 32
Der Einsatz von Luftfahrzeugen zur Waldbrandbekämpfung.

„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Neue Technik im Brandschutz.



UMSCHAU

Deutsche humanitäre Hilfe für Friaul läuft außerhalb der Bestechungsaffären

Es dürfte allgemein interessieren, daß die deutsche humanitäre Hilfe für Friaul von den bekanntgewordenen Bestechungsaffären nicht betroffen ist. Die Bundesregierung und die deutschen Hilfsorganisationen haben ihre Hilfsaktionen so gestaltet, daß ein derartiger Mißbrauch nicht möglich war.

Der Bund hat in einer ersten Hilfsphase zur Versorgung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung durch Lieferungen von Zelten, Decken, Feldbetten, Sanitär- und Waschanlagen 1,2 Mio. DM in der Bundesrepublik ausgegeben. In der zweiten Phase half ein Pionierbataillon der Bundeswehr bei den Auftrags- und Instandsetzungsarbeiten; für diese Hilfeleistung fielen Treibstoffkosten für die Lufttransporte in Höhe von 1,7 Mio. DM an. Für die dritte Phase stellte die Bundesregierung 2,1 Mio. DM den Hilfsprogrammen der Hilfsorganisationen zur Verfügung. So erhielten je 0,7 Mio. DM das Diakonische Werk als Zuschuß für sein Fertighausprogramm (Wert 3,7 Mio. DM), bei dem das Material in der Bundesrepublik gekauft und nach Italien transportiert wurde; der Deutsche Caritasverband als Zuschuß für die Errichtung von Gemeinschaftseinrichtungen und Altenwohnungen (Wert 5,0 Mio. DM) – auch hier waren bislang nur die in der Bundesrepublik vorgefertigten Teile zu bezahlen – und das Deutsche Rote Kreuz für sein Hilfsprogramm (Wert 5,4 Mio. DM). Das DRK hat ein Konto in Spilimbergo errichtet und dorthin lediglich den für die Errichtung einer medizinisch-sozialen Einheit für Kinder erforderlichen Betrag überwiesen, jedoch festgelegt, daß Zahlungen aus den Mitteln dieses Kontos nur geleistet werden dürfen, wenn der jeweilige Auftrag die Unterschriften der beiden zuständigen

Architekten trägt – eines italienischen Architekten in Friaul und eines DRK-Architekten in Bonn. Alle Baurechnungen werden vor Begleichung in Bonn eingehend geprüft. Mit diesen Maßnahmen wurde erreicht, daß keine deutschen Spendengelder in „schwarze Kanäle“ fließen konnten.

Auch 1978 wieder Sicherheits-Kongreß in Essen

Die vom 11. bis 15. September 1978 in Essen stattfindende „Security 78“ wird erneut mit einem internationalen Sicherheits-Kongreß verbunden sein. Der dreitägige Fachkongreß steht unter dem Leitthema „Mehr Prävention – mehr Sicherheit“.

Aus deutscher wie aus internationaler Sicht wird sich der Kongreß – auf der Grundlage der neuesten von Polizei, Anwendern, Herstellern und Versicherern gewonnenen Erkenntnisse – mit dem Einsatz technischer Einrichtungen zur Vorbeugung gegen die verschiedenen Formen von Gewaltkriminalität befassen. Der Kongreß wird Antwort geben auf die Frage nach der präventiven Wirkung der Sicherungstechnik und Themen wie „Schutz von Haus und Wohnung“ ebenso behandeln wie Probleme der Sicherung von Industrieanlagen, Banken und öffentlichen Einrichtungen.

Zur Vorbereitung des Kongresses hat sich unter dem Vorsitz von Dr. Axel Wernitz, dem Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, ein Beirat konstituiert, dem Vertreter der die Messe tragenden Verbände, von Polizei und Feuerwehrr sowie des DGB angehören.

An dem stark beachteten ersten Essener Sicherheits-Kongreß im Herbst 1976 hatten über 500 Fachleute aus dem In- und Ausland teilgenommen. Die Security gilt international als die bedeutendste Fachmesse zum Thema „Sicherheit“.

Erste-Hilfe-Leitfaden für JUH und MHD gemeinsam

Den „Erste-Hilfe-Leitfaden für Ausbilder“ haben – mit Datum vom 1. September 1977 – die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser-Hilfsdienst gemeinsam für ihre Organisationen herausgegeben. Damit soll eine einheitliche und gleichgerichtete Ausbildung gewährleistet werden. Im Vorwort zu dem Leitfaden heißt es des-

halb: „Die zwischen den Hilfsorganisationen auf der Grundlage gesicherter medizinischer Erkenntnisse bestehende sachliche Übereinstimmung führt bei diesem Leitfaden erstmals auch zu einem gemeinsamen didaktischen/methodischen Konzept der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser-Hilfsdienstes. Diese Zusammenarbeit ist nicht zuletzt ein äußeres Zeichen für die gemeinsame Verantwortung und Erfüllung einer für das Gemeinwohl so bedeutsamen Tätigkeit.“

Bessere Koordination der internationalen Katastrophenhilfe

Zu einem mehrtägigen Besuch weilte Ende September der Untergeneralsekretär bei den Vereinten Nationen, Faruk N. Berkol, in der Bundesrepublik. Berkol ist Chef der in Genf ansässigen UN-Unterorganisation UNDRRO (United Nations Disaster Relief Office) und Katastrophenkoordinator der Weltorganisation. Zusammen mit dem Leiter der Abteilung „Koordination“ seines Amtes, General a. D. Anderson, informierte Berkol sich beim Geodätischen Institut der Universität Karlsruhe über Möglichkeiten der Messung und Frühwarnung bei Erdbeben, führte in Bonn Gespräche im Auswärtigen Amt – so auch mit Staatssekretär van Well – und nahm anschließend an dem internationalen Kongreß über Katastrophenmedizin in Mainz teil.

Aufgaben der Anfang der siebziger Jahre ins Leben gerufenen UNDRRO sind im wesentlichen:

1. Koordination der Katastrophenhilfsmaßnahmen der UN-Organisationen (FAO, WHO etc.) und die Koordination bi- und multilateraler Hilfe bei großen Katastrophen.
2. Unterstützung der Länder, die besonders katastrophenanfällig sind, bei ihren Planungen zur Vorbeugung (Aufbau der Infrastruktur, Lagerhaltung, Transportkapazität etc.).

UN-Katastrophenkoordinator Berkol interessierte sich bei seinem Besuch in der Bundesrepublik für technische Möglichkeiten der humanitären Hilfe; so war er – wie er dem ZS-MAGAZIN in einem Gespräch sagte – sehr beeindruckt von den Forschungsergebnissen, die am Geodätischen Institut der Universität Karlsruhe in Bezug auf Erdbeben-Messung und -Frühwarnung erzielt worden sind. Nach Berkols Vorstellungen sollte es die

Möglichkeit geben, künftig Meßstationen in Epizentren von Erdbebengebieten kurzfristig aufzubauen, um die Bevölkerung frühzeitig vor Nachbeben – die erhebliche Stärke erreichen können – zu warnen.

Gespräche mit den zuständigen Stellen im Innenministerium und im Auswärtigen Amt, mit den deutschen Hilfsorganisationen und mit Staatssekretär van Well dienten dem Bemühen Berkols, engere Beziehungen zur Bundesrepublik als Geberland humanitärer Hilfe zu knüpfen, Möglichkeiten der Hilfeleistung zu besprechen und neue Aspekte der Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen zu sondieren. Er lege großen Wert auf die Meinung und die Vorstellungen der Bundesrepublik zur internationalen Katastrophenhilfe, erklärte Berkol gegenüber dem ZS-MAGAZIN. Die staatliche Hilfe der Bundesrepublik sei ebenso bemerkenswert wie die technischen und personellen Vorbereitungen der deutschen Hilfsorganisationen für den weltweiten Einsatz.

Wechsel im BZS: THW-Direktor Zielinski trat in den Ruhestand

Im Rahmen einer Veranstaltung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zu der Präsident Dr. Paul Wilhelm Kolb eingeladen hatte, wurde der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und langjähriger Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, verabschiedet. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Andreas von Schoeler, würdigte namens des verhinderten Innenministers Prof. Werner Maihofer die Verdienste Zielinskis und handigte ihm das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz 1. Klasse aus. Anschließend führte er vor rund 750 Gästen, unter ihnen viele Vertreter der Katastrophenschutzorganisationen ASB, DRK, JUH, MHD, THW und der Feuerwehr den neuen Vizepräsidenten und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, bisher Leiter der Feuerwehr in Wuppertal, in sein neues Doppelamt ein. Über die Veranstaltung und insbesondere über die grundsätzlichen Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler zur Konsolidierung des Bereichs Katastrophenschutz werden wir in der nächsten Ausgabe des ZS-MAGAZIN ausführlich berichten.



Parl. Staatssekretär Andreas von Schoeler (Mitte) mit dem scheidenden Vizepräsidenten des BZS und THW-Direktor, Dipl.-Ing. Hans Zielinski (rechts), und seinem Nachfolger, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens (links).

Der Bundesminister des Innern, Prof. Dr. Werner Maihofer, hat aus Anlaß des Amtswechsels in der Spitze des THW an alle Helfer und Mitarbeiter des THW folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Direktor des THW, Vizepräsident Dipl.-Ing. Hans Zielinski, trat wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger habe ich den Leitenden Branddirektor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens berufen, der wie sein Vorgänger zugleich Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz ist. Der Wechsel ist zum 1. Oktober 1977 erfolgt.

Das THW hat sich unter der fachkundigen Leitung und durch den unermüdbaren Einsatz von Dipl.-Ing. Hans Zielinski zu einer leistungsfähigen Organisation entwickelt, die Ansehen im In- und Ausland genießt. Hierfür gebührt ihm unser aller Dank und Anerkennung.

Dipl.-Ing. Hermann Ahrens bringt als langjähriger Leiter der Feuerwehr Wuppertal die besten Voraussetzungen mit, um eine große technische Katastrophenschutzorganisation wie das THW erfolgreich weiterzuführen. Er übernimmt das verantwortungsvolle Amt an der Schwelle einer Neuordnung des Katastrophenschutzes, in die auch das THW einbezogen ist. Eine seiner ersten und wichtigsten Aufgaben wird es sein, das Tätigkeitsfeld und die Verwaltungsstruk-

tur der Bundesanstalt den künftigen Bedürfnissen anzupassen, ohne bewährte Bindungen aufzugeben.

Ich bitte alle Helfer und Mitarbeiter des THW, den neuen Direktor hierbei mit der immer wieder bewiesenen Einsatzbereitschaft zu unterstützen.“

Luftrettung international

Zahlreiche Referate und Diskussionen zum Thema „Luftrettung“ wurden im Rahmen des Internationalen Luftrettungs-Symposiums gehalten, das am 9. und 10. September an der Medizinischen Hochschule Hannover stattfand. Die wissenschaftliche Leitung lag in den Händen von Prof. Dr. Tscherner, Direktor der Unfallchirurgischen Klinik der Hochschule. Insgesamt 38 Referenten gaben einen umfassenden Überblick zur gegenwärtigen Situation des Luftrettungsdienstes. Experten aus 12 Ländern kamen zu Wort, darunter Berichterstatter aus Neuseeland, Israel und den USA. Auf besonderes Interesse bei den 300 Kongreßteilnehmern stießen die Vorträge über die Erfahrungen mit den Rettungshubschraubern des Katastrophenschutzes, die am Beispiel der Stationen Christoph 2, Christoph 3, Christoph 4 und Christoph 9 erläutert wurden. Auch die Ergebnisse des Bundeswehrrettungszentrums Ulm mit Schwerpunkt Sekundär-Transport wurden diskutiert.

Ulrich Weidner

Über 25 Jahre Bundesverband für den Selbstschutz

Der Schutz des Menschen steht im Mittelpunkt

Vom „Luftschutz“ zum freiwilligen Selbstschutz

Mit einer festlichen Jubiläumsveranstaltung wird der Bundesverband für den Selbstschutz Ende Oktober dem jetzt über 25jährigen Bestehen des Verbandes gedenken. Die Aufgaben des Verbandes haben sich im Laufe dieser Zeit mehrfach gewandelt, wenn auch der Grundgedanke – Schutz des Menschen vor den Gefahren bei Katastrophen und im Verteidigungsfall – bestehen blieb. Die politischen und gesetzlichen Entwicklungen, die aktuelle Arbeit des Verbandes, die Möglichkeiten und Grenzen werden nachfolgend kurzgefaßt dargestellt. Wenn hier auf die Nennung einzelner Personen bewußt verzichtet wurde, so vor allem deshalb, weil stets die Aufgabe, nicht die Person im Vordergrund stehen soll, wenn sich eine Organisation wie der Bundesverband für den Selbstschutz im humanitären Bereich – zunächst auf freiwilliger, privater Basis, später gesetzlich verankert – engagiert.

„Die Bundesregierung betrachtet den Frieden als das höchste Gut. In ihrer Sicherheitspolitik läßt sie sich unverrückbar von dem Ziel leiten, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Die Bundesrepublik Deutschland betreibt keine Weltmachtspolitik. Als Land an der Nahtstelle von Ost und West ist sie jedoch eingefügt in das internationale Spannungsfeld. Angesichts der tatsächlichen wie der möglichen Gefahren darf sie auf eine entschlossene Politik der Selbstbehauptung nicht verzichten.

Die Sicherheitspolitik jeder Bundesregierung muß Gewähr leisten für das Überleben der Bundesrepublik und ihrer Bürger. Überleben ist dabei im weitesten Sinne aufzufassen – physisch, politisch, sozial und moralisch. Auf die Erhaltung des Friedens, unserer freien Lebensform und unseres Wohlstandes kommt es ebenso an wie auf die Bewahrung des ungebrochenen Willens zu friedfertiger Selbstverwirklichung. . . . So falsch es wäre, Sicherheitspolitik als reinen Selbst-

zweck zu begreifen und nicht zugleich als Voraussetzung einer gelassenen Politik des Ausgleichs, so töricht wäre es, auf Entspannung auszugehen und dabei die militärische Abschirmung der eigenen Existenz zu vernachlässigen. . . .

Der Sinn einer Verteidigung besteht darin, die Bevölkerung und den Staat bei einem Angriff von außen vor Schäden zu bewahren. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn nicht nur die militärische, sondern auch die zivile Verteidigung ausreichend gerüstet sind.“

Diese Kernsätze aus dem „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“ machen deutlich, welches das wesentliche Problem eines freiheitlich-demokratischen Staates wie der Bundesrepublik ist: unbedingte Bewahrung des Friedens, Sicherung des Staates nach außen, deutliche Definition des Selbstbehauptungswillens. Die Diskussion, ob solche politischen Ziele widersprüchlich in sich sind, gehört längst der Vergangenheit an; das Schreckensbild des totalen Nuklearkriegs weicht zurück hinter den Bedrohungs- und Krisenlagen der 80er Jahre, in denen konventionelle Auseinandersetzungen, Versorgungskrisen und andere Situationen als sehr viel wahrscheinlicher angenommen werden. In einer Welt des nicht manifestierten Friedens bleiben somit die Aufgaben eines Staates stets gleich, wenn es um den Schutz der Bürger geht. „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ lautet die Devise der NATO, des defensiven westlichen Bündnisses, dessen erklärtes Ziel es ist, das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt aufrecht zu erhalten und damit den Frieden zu sichern.

Der Preis, den die westliche Welt für ihre Freiheit – ihr höchstes Gut – zahlt, sind die Anstrengungen zu ihrer Verteidigung. Neben der militärischen Verteidigung gehört die zivile Verteidigung zum defensiven Potential der Selbstbehauptung. Die Zivilverteidigung ist untrennbarer und unverzicht-

barer Teil der Gesamtverteidigung, die rein humanitären Aufgaben dieses Bereichs bedrohen niemanden. Der Schutz des Menschen steht im Mittelpunkt, zugleich werden die Bemühungen eines Volkes, die eigene Existenz nicht zu vernachlässigen, in der freiwilligen und aktiven Mitwirkung vieler, möglichst aller Bürger, besonders deutlich. Hinzu tritt die Funktion, die militärische Einsatzbereitschaft zu stärken und somit die Abschreckung glaubwürdiger zu gestalten.

Die Bedeutung der zivilen Verteidigung wird klar, wenn man die Schwerpunkte der Aufgaben betrachtet:

Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen,

Schutz des Menschen,

Sicherstellung der lebenswichtigen Versorgung,

zivile Unterstützung der Streitkräfte.

Ein Großteil dieser Aufgaben sind politisch-administrative Probleme, die der Staat und die Verwaltungen nach ihren Zuständigkeiten zu lösen haben. Im Bereich des Zivilschutzes, also des Schutzes des Menschen, werden die humanitären Elemente besonders deutlich. Zum Zivilschutz gehören:

Selbstschutz

Warn- und Alarmdienst

Katastrophenschutz

Schutzbau

Aufenthaltsregelung

Gesundheitswesen

Schutz von Kulturgut.

Dieser Katalog der Vorsorgemaßnahmen für den Spannungs- und Verteidigungsfall bedingt in wesentlichen Punkten die aktive Mitarbeit desjenigen, dem der Schutz gilt: des Bürgers. Der Staat kann den Schutz des einzelnen Menschen – vor allem im Verteidigungsfall – nicht perfekt planen; diejenigen, für die der Schutz vorgesehen ist, müssen wissen, wie sie sich und ihre Familie, ihre Nachbarn, ihre Wohnungen, Arbeitsstätten und lebenswichtigen Einrichtungen erhalten können. Selbstschutz ist humanitäre Gemeinschaftsaufgabe, an der der Staat beratend und unterstützend mitwirkt.

Was ist Selbstschutz?

Planvolle Vorsorge und rasche, fachgerechte Selbsthilfe bei örtlichen Unfällen, Katastrophen und im Verteidigungsfall tragen dazu bei, Menschen-

leben zu schützen und zu retten sowie Sachwerte zu erhalten. Zum Selbstschutz gehören vorbeugende Maßnahmen und die Hilfe nach Schadensfällen, bis organisierte Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden können:

Erkennen und Nutzen vorhandener Schutzmöglichkeiten, ihre Verbesserung und Ergänzung.

Beseitigung zusätzlicher Gefahrenquellen.

Beschaffung von Schutz- und Rettungsgeräten.

Bevorratung von Lebensmitteln, Vorsorge zur Sicherstellung von Trink-, Betriebs- und Löschwasser.

Bau und Einrichtung von Schutzräumen oder Behelfsschutzräumen.

Dazu sollte jeder Bürger wissen und anwenden können:

zweckmäßiges Verhalten bei akuter Gefahr.

Erste Hilfe für Verletzte einschließlich ihres Transports aus Gefahrenlagen.

Selbstbefreiung und Rettung eingeschlossener bzw. verschütteter Personen.

Bekämpfung von Entstehungsbränden und Verhinderung der Ausbreitung größerer Brände, vornehmlich zur Rettung von Menschen.

Maßnahmen zum Weiterleben bis zum Wiedereinsetzen einer geregelten Versorgung.

Die Planung des Selbstschutzes

Die heutige gesetzliche Grundlage des Selbstschutzes ist das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) aus dem Jahre 1968. In diesem Gesetz (§ 10) wird bestimmt, daß die Gemeinden den Selbstschutz der Bevölkerung gegen die Wirkung von Angriffswaffen aufzubauen, zu fördern und zu leiten haben. „Für die Unterrichtung der Bevölkerung über die Gefahren und Schäden,

die ihr durch Angriffswaffen drohen, und die Ausbildung zu ihrer Bekämpfung können sich die Gemeinden der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen, insbesondere des Bundesverbandes für den Selbstschutz, bedienen“, heißt es in diesem Gesetz. Die Gemeinden treffen organisatorische Maßnahmen, um den Bürgern ihre persönlichen Planungen zu erleichtern:

Einteilung des Gemeindegebietes für eine wirksame Förderung und Leitung des Selbstschutzes.

Vorbereitungen für die Einrichtung und personelle Besetzung von Beratungs- und Leitstellen (Selbstschutzberater).

Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutzorganisationen, besonders mit dem Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung.

Abstimmung und gegenseitige Unterstützung des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten.

Selbstschutz wird von vielen als selbstverständlich angesehen, in der Hoffnung, daß im Notfall jeder schon aus eigenem Antrieb richtig reagieren wird. Dieser Ansicht widerspricht allein schon die tagtägliche Erfahrung, etwa bei Verkehrsunfällen, daß zwar viele Menschen zuschauen, aber nur wenige in der Lage sind, umsichtig zu handeln und zu helfen.

Auch der Gesetzgeber geht davon aus, daß richtiges, selbstschutzmäßiges Reagieren nicht nur in einem Verteidigungsfall, sondern auch schon bei Unglücksfällen und Katastrophen oftmals schwerwiegende Folgen verhindern kann.

Der Bundesverband für den Selbstschutz

Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts,

dessen alleinige Mitglieder der Bund, die Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände sind, steht den Gemeinden und natürlich jedem Bürger mit Rat und Tat bei der persönlichen Vorsorgeplanung zur Seite.

„Selbst ist der Mann“ heißt auch das Motto für die Vorsorge vor Not. Deshalb ist der Selbstschutz die Grundlage jeglichen Bemühens um die persönliche Sicherheit des Bürgers. Der BVS bietet dazu Information und Ausbildungen – auf freiwilliger Basis, wie in der Bundesrepublik Deutschland ein Großteil der Vorsorge auf der Freiwilligkeit aufgebaut ist. In einem sogenannten „Selbstschutz-Grundlehrgang“ lernt man beispielsweise, wie ein Entstehungsbrand mit einfachen Mitteln abzulöschen ist, wie Verletzte geborgen, transportiert und am Unfallort Soforthilfe erhalten können, wie man richtig Lebensmittel bevorratet, welchen Schutz ein privater Schutzraum im Verteidigungsfall bietet. Für diese und weitere Aufgaben stehen beim BVS etwa 1000 hauptamtliche Mitarbeiter und rund 9000 ehrenamtliche Helfer in über 320 Dienststellen im gesamten Bundesgebiet zur Verfügung.

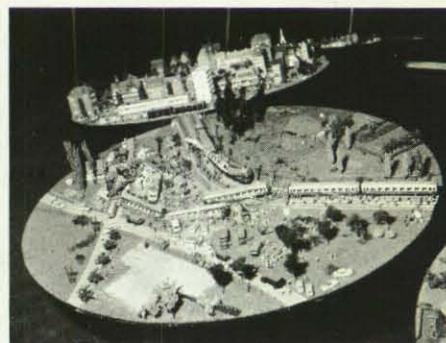
Die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz

Entsprechend der seit Jahren unverändert gültigen Aussage, daß der Selbstschutz und die freiwillig getroffenen Vorkehrungen der Bevölkerung die Grundlagen aller staatlichen Vorsorgemaßnahmen sind, wurden die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz im Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes formuliert (§ 11, Abs. 2):

Aufklärung der Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes.

Unterstützung der Gemeinden und Landkreise bei der Unterrichtung und

BVS-Ausstellungen: „Schutzraumbau“, „Selbstschutz in der Landwirtschaft“ und „Katastrophenschutz“.



Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz.

Unterstützung der Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz.

Im „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“ heißt es: „Die Bundesregierung mißt dem Selbstschutz der Bevölkerung im Rahmen des Zivilschutzes eine zentrale Bedeutung zu. Sie ist daher bestrebt, den BVS weiter auszubauen und seine Effektivität zu steigern.“

Um den Selbstschutz möglichst breit in der Bevölkerung zu verankern, soll nach dem Willen des Gesetzgebers die Information und Ausbildung über Schutz- und Hilfsmaßnahmen viele, wenn nicht alle Bürger erreichen. Zur Selbsthilfe der Bürger gehört auch, daß durch weiterführende Ausbildung im Selbstschutz besonders engagierte Bürger – Selbstschutz-Helfer – zur Verfügung stehen, um andere bei ihren persönlichen Selbstschutz-Planungen unterstützend mit Rat und Tat zu helfen. Eine besondere Stellung nehmen darüber hinaus die Selbstschutz-Berater der Gemeinden ein, die einerseits die Hauptverwaltungsbeamten bei dem Aufbau, der Förderung und Leitung des Selbstschutzes unterstützen und beraten, andererseits auch dem einzelnen Bürger mit ihrem Wissen wertvolle Ratschläge geben können.

Während die Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz gemäß § 10 KatSG in erster Linie durch den BVS erfolgt – es können jedoch auch andere geeignete Organisationen des Katastrophenschutzes damit beauftragt werden – nehmen die Sanitätsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst die Aufgabe wahr, die Bürger in Erster Hilfe zu unterrichten. Ziel dieser Ausbildung in acht Doppelstunden ist, eine große Zahl von Personen zu befähigen, bei Unglücken und Notfällen

Erste Hilfe zu leisten, bis ärztliche Betreuung gesichert ist. Das Schwergewicht des Selbstschutz-Grundlehrgangs liegt dagegen bei der Unterrichtung über Selbsthilfemaßnahmen, also Bekämpfung von Entstehungsbränden, Bergung von Verschütteten und den lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort. Waffenwirkungen, Schutzmöglichkeiten vor Waffenwirkungen und selbstschutzmäßiges Verhalten sind die praktischen Lernziele. Der Selbstschutz-Grundlehrgang dauert zwölf Stunden; die Teilnahme ist nach der Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung vom 21. 7. 1969 zugleich Nachweis über das Absolvieren eines „Lehrgangs in Sofortmaßnahmen am Unfallort“, ohne den keine Fahrerlaubnis der Führerschein-Klassen 1, 3, 4 und 5 erteilt werden kann.

Ein weiteres Aufgabengebiet des BVS ist die Unterstützung der Behörden und Betriebe beim Aufbau des behördlichen und betrieblichen Selbstschutzes (betrieblicher Katastrophenschutz). Aufbau und Leitung des Selbstschutzes in Arbeitsstätten werden von den Behörden und Betrieben in eigener Verantwortung vorgenommen, zur Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz steht der BVS zur Verfügung. Sowohl Einsatz- wie Führungskräfte können vom BVS ausgebildet werden, die Ausbildung fördert der Hauptverwaltungsbeamte durch Bereitstellung geeigneter Schulungsräume und Übungsmöglichkeiten.

Die Durchführung des Selbstschutzes in Behörden und Betrieben soll nach den Empfehlungen erfolgen, die der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft, dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (für den Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben) und dem Bundesamt für Zivilschutz (für den Selbstschutz in Behörden) herausgegeben hat.

Um die vorgenannten Aufgaben mit geschultem Personal – darunter eine Vielzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter – bewältigen zu können, bietet der BVS folgende Lehrgänge an:

Selbstschutz-Grundlehrgang, Ergänzungslehrgänge,

Lehrgang zur Ausbildung von Selbstschutzberatern und anderen Selbstschutzkräften der Gemeinden,

Wiederholungslehrgänge, Selbstschutzübungen.

Die Basis der Ausbildung ist der Selbstschutz-Grundlehrgang, so wie er der Bevölkerung angeboten wird. Einem BVS-Einführungslehrgang folgt dann eine aufbauende Fachausbildung, die die Helfer und Mitarbeiter mit den Grundsätzen und Praktiken der speziellen Aufgaben in der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung und der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit für den Gesamtbereich der zivilen Verteidigung vertraut machen soll.

Es ergibt sich von selbst, daß die Mitarbeiter des BVS über die rein praktisch-technischen Fähigkeiten der Ausbildungs- und Aufklärungsarbeit hinaus die psychologisch-geistigen Fähigkeiten besitzen müssen, um die Bereitschaft der Bevölkerung zu unterstützen, vorbeugende Selbstschutzmaßnahmen durchzuführen und sich ausbilden zu lassen. Mögliches Desinteresse, Sorglosigkeit und Ressentiments sind abzubauen, die nicht zuletzt mit dem alten Begriff des „Luftschutzes“ auch heute noch verbunden sind. Solche Widerstände ergeben sich vor allem in dem Bereich der Werbung und Beratung für den Schutzraumbau, der besonders eng verknüpft ist mit dem Gedanken an einen möglichen Verteidigungsfall. Dabei ist es gerade das Vorhandensein möglichst vieler öffentlicher und privater Schutzräume, das die Überlebenschancen der Bevölkerung entscheidend erhöht. „Schutz geht vor Rettung“, nach diesem Grundsatz bemüht

Praktische Selbstschutz-Ausbildung: Verletzentransport und einfache Brandschutzübungen.



sich der BVS verstärkt um den Bau privater Schutzräume. Technische Berater – Bauberater – des BVS stehen an vielen Orten zur Verfügung, wenn es um konzeptionelle und technische Probleme des Schutzraumbaus geht.

Neben der Ausbildung der Bevölkerung, der Unterstützung der Gemeinden und Landkreise, Behörden und Betriebe ist die Öffentlichkeitsarbeit – die Aufklärung und Werbung – die Hauptaufgabe des BVS, denn sie darf als Grundlage der Selbstschutz-Bemühungen gelten. Durch offene und klare Information muß die Bereitschaft des Bürgers geweckt werden, Schutzvorkehrungen zu treffen, sich im selbstschutzmäßigen Verhalten ausbilden zu lassen und eventuell im Zivil- und Katastrophenschutz aktiv mitzuarbeiten. Verständnis und Vertrauen in die Maßnahmen der Zivilverteidigung sind zu wecken, der Gesamtbereich einschließlich der staatlichen Vorsorge ist wirklichkeitsgetreu darzustellen und zu erläutern. Ohne diese umfassende Informationsarbeit ist der Erfolg aller staatlichen und privaten Schutzanstrengungen in Frage gestellt.

Der BVS setzt deshalb zur Information der Bevölkerung ein:

- Veröffentlichungen, Zeitschriften, Broschüren, Anzeigen, Plakate, Prospekte und Handzettel,
- Filme und Tonbildschauen,
- Pressekonferenzen, Presseverlautbarungen, Artikeldienst,
- Veranstaltungen, Informationsseminare und -tagungen, Ausstellungen,
- Vortragsveranstaltungen,
- fahrbare Informations- und Beratungsstellen,
- individuelle Gespräche.

Die Bundesregierung hat dazu festgestellt: „Die Öffentlichkeitsarbeit und die Unterrichtung der Bevölkerung über Fragen der zivilen Verteidigung bedarf einer Verstärkung. Die Aufklä-

rung der Bevölkerung muß gleichermaßen freimütig wie verständlich sein. Dazu gehört nicht nur die Unterrichtung über die Auswirkung neuzeitlicher Waffen und Kampfmittel, sondern auch über Schutzmöglichkeiten in Not- und Katastrophensituationen . . . Das Angebot an den Bürger, sich über Möglichkeiten der Selbsthilfe gegen Katastrophen aller Art zu unterrichten und sich ausbilden zu lassen, soll intensiviert und attraktiver gestaltet werden. Verstärkte und auf die humanitären Ziele ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit wird die Kenntnisse der Bürger über die Probleme des Zivilschutzes vermehren.“

Das Wesen des Selbstschutzes

Zu allen Zeiten seiner Geschichte war der Mensch einer Vielzahl von Gefahren in seiner Umwelt ausgesetzt, seien es Naturgewalten oder Gefahren, die der Mensch selbst heraufbeschworen hat. Zumeist blieb der Mensch als Einzelwesen zur Selbsthilfe gezwungen; wo Selbsthilfe nicht ausreichte, mußte er sich zur Gefahrenabwehr zu kleineren oder größeren Gemeinschaften zusammenschließen. Mit fortschreitender Technisierung änderte der Mensch bewußt oder unbewußt sein instinktives Verhältnis zur Gefahr und zur Bedrohung. Zugleich ergab und ergibt sich eine immer stärker werdende Abhängigkeit von der Technik, so daß er heute bei Ausfall gewohnter, für das moderne Leben unentbehrlicher Energien und Hilfsmittel nahezu hilflos geworden ist – wenn man etwa den Stromausfall in der Riesenstadt New York und seine Folgen denkt. Während der Mensch einerseits lernte, sich der technischen Möglichkeiten zu bedienen, erwachsen ihm andererseits neue und fremde Gefahren und erhöhten das Lebensrisiko. Zugleich leben wir heute in einem Kräftefeld ständiger politischer, militärischer, wirtschaftlicher und so-

zialer Probleme, die ebenfalls neue und vielleicht noch nicht vorstellbare Bedrohungen mit sich bringen können. Rat- und Hilflosigkeit, Panik und Not können die Folgen sein, wenn Katastrophen und militärische Auseinandersetzungen einen Staat und seine Bürger unvorbereitet treffen.

Der Gedanke des Selbstschutzes im Kriegs- und Verteidigungsfall entwickelte sich – abgesehen von Bürgerkriegen früherer Jahrhunderte – im Laufe der letzten Jahrzehnte parallel zu den Bedrohungen, denen die Bevölkerung im Zuge der modernen Waffenentwicklung zunehmend ausgesetzt sein kann. In der Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges, als die Hauptbedrohung von Flugzeugen ausging, wurde der heute mit verständlichen Ressentiments begleitete Begriff „Luftschutz“ geprägt. Es dürfte jedoch unzweifelhaft sein, daß die mehr oder minder einfachen oder verbesserten Luftschutz-Vorkehrungen Tausenden von Menschen in Deutschland Leben und Gesundheit bewahrt haben.

Nach dem Weltkrieg, als die Städte und Fabriken in Trümmern lagen und das überlebte Grauen langsam von den Menschen wich, beinhaltete „Luftschutz“ die Erinnerung an den Schrecken des Krieges. Doch die politische Entwicklung – „Kalter Krieg“, Korea-Krieg usw. – machte einzelne Privatpersonen nachdenklich; nachdenklich – ob nicht das Unvorstellbare schon wieder vorstellbar geworden war. Nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 23 blieben Luftschutzmaßnahmen verboten. Einige Privatleute entschlossen sich jedoch im März 1951 zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Luftschutz“, im Mai 1951 berief der Bundesminister des Innern den sogenannten „Hauptausschuß Luftschutz“, nachdem bereits im Herbst 1950 im Innenministerium ein Sachgebiet „Luftschutz und ziviler Ordnungsdienst“ eingerichtet worden war. Diese Maßnahmen erfolgten, nachdem die Westmächte der Bundesregierung

Der Betriebs- und Behördenselbstschutz: „Stiche und Bunde“, Bergung und Brandschutz.



angesichts der Korea-Krise zu verstehen gegeben hatten, daß sie gegen passive Luftschutzvorbereitungen keine Einwände erheben würden. Im Juli 1951 stimmten die drei Alliierten zivilen Luftschutzmaßnahmen auch offiziell zu. Zwischenzeitlich war aus der am 12. März 1951 in Wiesbaden gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Luftschutz“ am 4. Mai des gleichen Jahres der „Allgemeine Luftschutzverband“ (ALSV) geworden. Am 24. November 1951 wurde dann in Köln – wiederum aufgrund privater Initiative – der „Bundesluftschutzverband“ (BLSV) gegründet, der sehr schnell seine Arbeit aufnahm und schon im Frühjahr 1952 erste Lehrgänge für die Bevölkerung durchführte. Als im Mai 1952 die Westalliierten das in Kontrollratsgesetz Nr. 23 verfügte Luftschutzverbot aufhoben, beschloß am 4. August 1952 der BLSV in einer Mitgliederversammlung eine Satzungsänderung, nach der dem Verband nur Körperschaften und Organisationen als Träger des zivilen Luftschutzes angehören konnten. Zugleich wurde der BLSV an die Richtlinien und Weisungen des Bundesministeriums des Innern gebunden. Um den BLSV auf eine breitere Basis zu stellen, wurden Verhandlungen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenorganisationen aufgenommen mit dem Ziel, diese zum Beitritt zu veranlassen.

Wie problematisch dieser gesamte Bereich jedoch war, belegt die Tatsache, daß zur gleichen Zeit der Bund noch keine verfassungsrechtliche Handhabe hatte, eine zivile Verteidigung aufzubauen. Mit der Grundgesetzänderung am 26. März 1954 – Art. 73, Nr. 1 GG – erhielt der Bund schließlich die Gesetzgebungskompetenz für die Verteidigung und den Schutz der Zivilbevölkerung. Am 29. Oktober des gleichen Jahres wurden Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände alleinige Mitglieder des BLSV. Nun strebte man zugleich eine Umwandlung des BLSV in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft an. Dieses Ziel wurde jedoch erst 1960 erreicht, nachdem der BLSV 1955 noch in das Vereinsregister eingetragen worden war.

Mit einer Grundgesetzergänzung im Jahre 1956 erhielt der Bund die Möglichkeit der Einführung einer bundeseigenen Verwaltung für den Bereich des Bevölkerungsschutzes, um die einheitliche Konzeption des „Vorläufigen Luftschutzprogramms“ des Bundeskabinetts vom 11. Juli 1955 umsetzen zu können. Mit Inkrafttreten des Deutschlandvertrages und der



Flutkatastrophe 1962 in Hamburg.

Wiedererlangung der Souveränität am 5. Mai 1955 wurden die letzten alliierten Vorbehalte gegen den zivilen Luftschutz hinfällig. Mit Verkündung des „1. Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ (1. ZBG) am 9. Oktober 1957 wurden dem BLSV folgende Aufgaben übertragen:

- die Bevölkerung über die Gefahren von Angriffen aus der Luft aufzuklären, sie bei Luftschutzmaßnahmen zu beraten sowie die Organisation und Ausbildung freiwilliger Helfer für den Selbstschutz der Bevölkerung durchzuführen;
- im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bei der Durchführung von sonstigen Luftschutzmaßnahmen mitzuwirken.

Schon im „Vorläufigen Luftschutzprogramm“ von 1955 – das Grundlage des 1. ZBG war – wurde die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahr von Luftangriffen und über Schutzmöglichkeiten sowie der Aufbau, die Ausrüstung und Ausbildung eines behördlichen Luftschutzhilfsdienstes gefordert.

Eine deutliche Anlehnung an die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg war erkennbar; die Bedeutung der sachlichen Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeiten des zivilen Luftschutzes und über richtiges Verhalten bei Luftalarm wurden betont und dem BLSV als Aufgaben zugewiesen. Erstmals werden im „Vorläufigen Luftschutzprogramm“ und im 1. ZBG bauliche Luftschutzmaßnahmen aufgeführt als Kernstück der Konzeption. Im „Vorläufigen Luftschutzprogramm“ war vorgesehen, Schutzstollen, Schutzbunker und Schutzbauten mit unterschiedlichem Schutzwert – je nach möglicher Gefährdung des Gebietes – zu errichten, zunächst nur in Neubauten in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern. Luftschutzprogramm und ZBG gingen von der freiwilligen Selbsthilfe der Bevölkerung aus, eine Verpflichtung zum Selbst-

schutz war nicht vorgesehen; der Luftschutzhilfsdienst, der an zentralen Orten aufgebaut werden sollte, war als Unterstützung dieser Selbsthilfe gedacht.

Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO – die am 26. Mai 1955 allen Mitgliedsstaaten empfahl, unverzüglich mit dem Aufbau einer zivilen Verteidigung zu beginnen – der Aufbau eigener Streitkräfte und die Notwendigkeit einer parallelen Entwicklung im Bevölkerungsschutz hatten zwar im November 1955 zur Verabschiedung eines Entwurfs eines „Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des zivilen Luftschutzes (Luftschutzgesetz)“ geführt, die Beratungen über diesen Entwurf zogen sich jedoch bis 1957 hin. Das 1. ZBG wich dann auch in wesentlichen Teilen von dem alten Entwurf ab, so wurde die vorgesehene Pflicht zur Errichtung von Schutzbauten herausgenommen und sollte einem speziellen Schutzbaugesetz vorbehalten werden, das bis 1959 geplant war.

Im 1. ZBG zwar schon vorgesehen, wurde der Bundesluftschutzverband 1960 dann bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, nachdem seinerzeit – 1951 – knapp dreißig Privatleute diesen Verband gegründet hatten. In einer konstituierenden Sitzung am 14. Oktober 1960 wurde vom BLSV auch eine neue Satzung beschlossen. Der BLSV hatte damit eine den Aufgaben entsprechende Rechtsform und konnte somit als „Betreuungsorganisation“ des Selbstschutzes auch hoheitliche und öffentliche Aufgaben übernehmen.

Im Rahmen der Vorsorgegesetze und der Verfassungsänderung – bekannt unter dem Begriff „Notstandsgesetze“ – wurden Anfang 1963 von der Bundesregierung auch zwei Gesetze, die für den Selbstschutz der Bevölkerung bedeutsam waren, vorgelegt:

Entwurf eines Gesetzes über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz);

Entwurf eines Gesetzes über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung (Selbstschutzgesetz).

Mit dem Selbstschutzgesetz, das am 9. September 1965 erlassen wurde, sollten die Bestimmungen des 1. ZBG über den Selbstschutz und den BLSV abgelöst werden. Mit dem Haushaltssicherstellungsgesetz vom 20. Dezember des gleichen Jahres wurde das Inkrafttreten des Selbstschutzgesetzes auf den 1. Januar 1968 hinausgeschoben, durch das Finanzänderungsgesetz vom 21. Dezember 1967 ganz ausgesetzt, ähnliches gilt für das

Schutzbaugesetz. Mit dem Selbstschutzgesetz war die Vorstellung verbunden, daß perfekter Selbstschutz der Bevölkerung nicht – wie im 1. ZBG vorgesehen – auf freiwilliger Basis aufzubauen sei. Eine umfassende Selbstschuttpflicht, die Organisation des Selbstschutzes und die Ausbildung waren nunmehr gesetzlich verankert. Selbstschutzgesetz und Schutzbaugesetz erwiesen sich jedoch als finanziell nicht durchsetzbar, das Selbstschutzgesetz wurde schließlich durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (§ 18, Abs. 2) aufgehoben.

Das KatSG vom 9. Juli 1968 beseitigte die Zweigleisigkeit der Vorsorgemaßnahmen, die bis dahin bestanden hatte: Während die Länder und Kommunen für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zuständig waren, betrieb der Bund Vorsorge für den Verteidigungsfall, vor allem durch die Bereitstellung des Luftschutzhilfsdienstes. Mit dem KatSG wurde eine Vereinheitlichung erreicht zur Verbesserung der Effizienz im Frieden wie Verteidigungsfall.

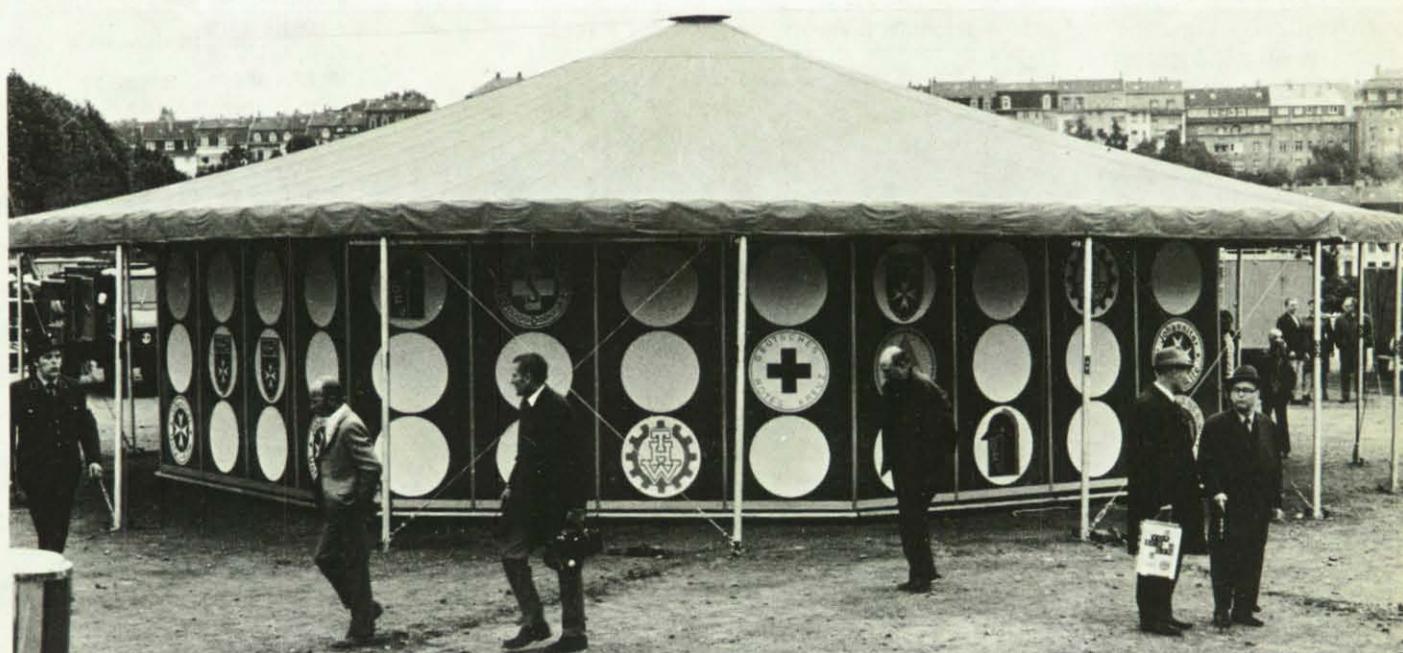
Für den Selbstschutz ergab sich aus dem KatSG die Konsequenz, daß nunmehr der Selbstschutz wieder auf freiwilliger Basis durchgeführt wird. Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes sind Pflichtaufgaben der Gemeinden, denen der Bundesverband für den Selbstschutz – diese Namensänderung war in § 11, Abs. 1 KatSG vorgesehen – für die Unterrichtung und Ausbildung zur Verfügung steht. Während dem BVS nun nicht mehr die Aufgabe obliegt, die „selbstschuttpflichtige“ Bevölkerung zu unterweisen, hat der Verband

neu die Aufgabe der „Öffentlichkeitsarbeit“. Auch die „Selbstschutzzüge“, die der BLSV aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet hatte und die sich bei der großen Sturmflutkatastrophe in Hamburg im Frühjahr 1962 ausgezeichnet bewährt hatten, entfielen bzw. wurden nach § 13 KatSG in den Katastrophenschutz der kreisfreien Städte und Kreise eingegliedert. Präzisiert wird das KatSG im Hinblick auf den Selbstschutz durch die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes (VwV Selbstschutz)“ vom 11. Mai 1971, die „Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden nach § 17 VwV Selbstschutz“ (20. September 1972), die „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ (6. Juni 1972) und die „Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten nach § 16 VwV Selbstschutz“ (20. September 1972).

Es ist völlig klar, daß die mehrfach gewandelten gesetzlichen Vorgaben für den BLSV bzw. BVS Konsequenzen verschiedener Art hatten. So hätte der BLSV nach dem Selbstschutzgesetz rund 160000 Mitarbeiter haben müssen, um die gesetzlich vorgesehenen Funktionen wahrnehmen zu können; der Helfer-Stand wies immerhin Ende 1964 rund 100000 ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter aus. Zugleich waren die hauptamtlichen Stellen nach dem Selbstschutzgesetz von 880 auf 1670 vermehrt worden. Eine organisatorische Straffung im Jahre 1968 hatte die Aufgabe von 610 vorgesehenen Stellen sowie eine drastische Verminderung der Dienststellen zur Folge. Heute zählt der Verband knapp 1000 haupt- und etwa 9200 ehrenamt-

liche Helfer in über 320 Dienststellen. Von 1951 bis jetzt hat der BVS rund 3,5 Millionen Bundesbürger in Selbstschutz-Grundausbildungen unterrichtet und über 560 000 Fachlehrgänge durchgeführt. Wieviel Menschen in den 140000 Informationsveranstaltungen aller Art über zivile Verteidigung, Zivil- und Selbstschutz informiert worden sind, läßt sich nur schwer abschätzen.

Im Zuge der Bemühungen der Bundesregierung – aufgrund der Kabinettsvorlage des Bundesministers des Innern vom Juli dieses Jahres – werden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sicherlich vom BVS neue Aktivitäten geplant und durchgeführt werden müssen. Neben einer Steigerung der Wirksamkeit aller Vorsorgemaßnahmen, die unter den Gesamtbegriff „Zivilverteidigung“ fallen, betont die Bundesregierung besonders die Information und Unterrichtung der Bevölkerung, die die staatlichen Maßnahmen noch mehr als bisher unterstützen soll. Die Aufklärung über mögliche neue Bedrohungslagen – abseits des totalen Nuklearkrieges –, die Bereitschaft der Bürger, den Selbstschutz als freiwillige Grundpflicht anzuerkennen, die Bereitschaft zum Bau von Hausschutzräumen, das alles wird neue Anstrengungen vom BVS fordern. „Zivile Verteidigung muß normales selbstverständliches Gebot im öffentlichen Leben werden“, stellt Ministerialdirektor Menke-Glückert, Abteilungsleiter „Zivile Verteidigung“ im Bundesministerium des Innern, fest. Dieses allgemeine Bewußtsein zu stärken und zu verankern, wird wesentliche Zukunftsaufgabe des BVS sein.



Ulrich Weidner

Parl. Staatssekretär Andreas von Schoeler:

„Maßnahmen zu Schutz und Rettung in vernünftiger Weise fortsetzen“

Besondere Aufmerksamkeit soll der Ausbildung im Katastrophenschutz zukommen

Vier Objekte des Zivil- und Katastrophenschutzes besichtigte Anfang September der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler, um einerseits die Einrichtungen dieses Bereichs an Ort und Stelle kennenzulernen, andererseits auch die Grundzüge der Überlegungen der Bundesregierung zu einer effektiveren Zivilverteidigung zu erläutern. „Mich interessiert, was steht in der Praxis hinter den Zahlen und Fakten auf dem Papier, das über meinen Schreibtisch in Bonn geht“, meinte Staatssekretär von Schoeler zum Zweck seines umfangreichen Besuchsprogramms, in dessen Rahmen er zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Kommunen, der Zivilschutz-Einrichtungen, ehrenamtlichen Helfern und Journalisten führte.

Besonderes Interesse zeigte von Schoeler für die personellen und materiellen Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes; es bestehe in diesem Aufgabengebiet kein Zwang zu einem absolut neuen Programm, vielmehr gehe es der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister um eine Konsolidierung und sinnvolle Weiterentwicklung der derzeitigen Vorsorgemaßnahmen.

Katastrophenschutzzentrum Alsfeld

Erste Station des Staatssekretärs war das in Alsfeld im Bau befindliche Katastrophenschutzzentrum, das im Frühjahr 1978 bezugsbereit sein soll. In dieser zentralen Stätte werden



Parl. Staatssekretär Andreas von Schoeler besichtigte den Neubau des Katastrophenschutzzentrums in Alsfeld: der Landrat des Vogelsbergkreises, Dr. Zwecker (3. v. l.), und der Alsfelder Bürgermeister Lipphardt (2. v. r.) gaben einen Überblick über das Projekt. Ganz rechts Ministerialrat Dr. Andrews, der zuständige Referent im Bundesministerium des Innern.



Im Großschutzraum am Hauptbahnhof in Kassel (v. l. n. r.) Staatssekretär von Schoeler, MdL Schmidt, Zivilschutz-Sachgebietsleiter Kaiser und der Oberbürgermeister von Kassel, Eichel.

dann alle Einheiten des friedensmäßigen wie des erweiterten Katastrophenschutzes – zwei Feuerlöschzüge, Bergungszug, Sanitätszug, Krankentransportzug, Einrichtungen des DRK-Kreisverbandes Alsfeld und des THW-Ortsverbandes Alsfeld einschließlich einer Atemschutz-Übungsstrecke – untergebracht.

Von den Gesamtbaukosten von rund 2,4 Mio. DM trägt der Bund knapp 50 Prozent, weitere 26 Prozent das Land Hessen; den Rest bestreiten der Vogelsbergkreis, der DRK-Kreisverband und die Stadt Alsfeld. Auf einer Grundstücksfläche von über 7000 qm entsteht in Alsfeld eine Anlage, die durch die gemeinsame Unterbringung der Fachdienste die Zusammenarbeit fördern und zugleich wirtschaftliche und einsatztaktische Vorteile bringen wird.

Probleme des Schutzraumbaus

Der Großschutzraum in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs Kassel – der 3800 Personen aufnehmen kann – war als Einrichtung des Zivilschutzes der nächste Programmpunkt der Informationsreise des Bonner Staatssekretärs. Nach einem Gang durch die unterirdische Anlage erklärte von Schoeler in einem Gespräch mit Pressevertretern, daß in dem vom Bundeskabinett eingesetzten Staatssekretärausschuß, der sich zur Zeit mit dem Problem des öffentlichen und privaten Schutzraumbaus befaßt, dieses zentrale Thema der Zivilverteidigung

nicht alternativ, sondern generell beraten werde. Von Schoeler meinte zum privaten Schutzraumbau, die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung der Errichtungskosten für Schutzräume werde zu wenig genutzt; zudem fehle wohl auch aufgrund negativer Erinnerungen und deren Verdrängung oftmals die Motivation zum Bau solcher Schutzräume. Es sei sicherlich zu prüfen, ob die steuerliche Abschreibung in der derzeitigen Form als Anreiz zur Errichtung von Privatschutzräumen ausreiche.

Neue Technologien im Warndienst?

Eng in Verbindung mit dem baulichen Schutz für die Bevölkerung steht der weitgehend ausgebaute Warn- und Alarmdienst, dessen zehn Warnämtern die Warnung und Alarmierung obliegt. Staatssekretär von Schoeler besichtigte eingehend den Warnamtsbunker des Warnamtes VI in Usingen/Taunus. 29 haupt- und 187 ehrenamtliche Mitarbeiter im Warnamt und die drei dazugehörigen Leitmeßstellen versehen ihren Dienst rund um die Uhr. Bei den Überlegungen zu einer besseren Nutzung der vorhandenen Mittel für die zivile Verteidigung hatten im Bundesinnenministerium die Unterhaltungskosten des Warndienstes eine Rolle gespielt, so etwa die Aufwendungen für die derzeitigen Fernmelde- und Nachrichtenverbindungen. Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer hat ange-regt, den möglichen Einsatz neuer Technologien zu prüfen, um hier zu Einsparungen zu kommen, um in anderen Bereichen notwendige Vorhaben durchführen zu können.

Ausbildung – ein zentrales Thema

Ganz andere Probleme – allgemein als sehr gravie-



Das technische „Innenleben“ des Warnamts VI in Usingen erläuterten dem Staatssekretär der Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Dr. Maske, und Warnamtsleiter Lütkemeyer (rechts).



Fachgespräche vor der historischen Kulisse der Katastrophenschutzschule Hessen: Schulleiter Pirch, Staatssekretär von Schoeler und Ministerialrat Dr. Andrews (v. r.).

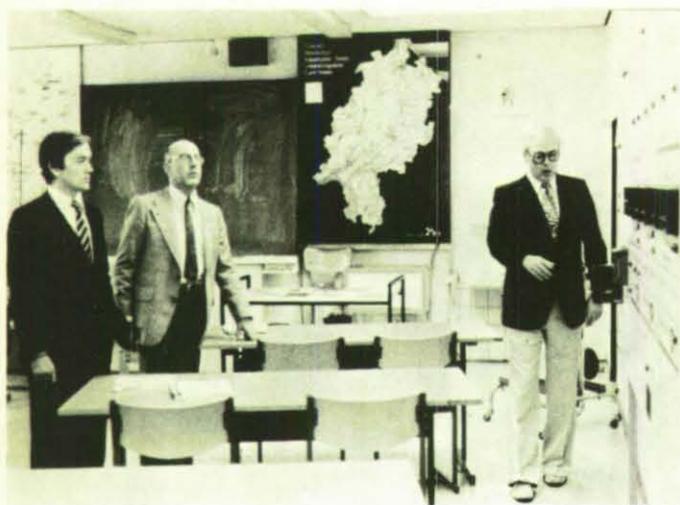
rend bezeichnet – diskutierte Staatssekretär von Schoeler in der Katastrophenschutzschule für das Land Hessen in Johannisberg, einem Ortsteil von Geisenheim. Die Ausbildung und Fortbildung der Kräfte im Katastrophenschutz ist seit längerem ein zentrales Thema. Welche Bedeutung der Bund der Ausbildung zumißt, geht auch aus der Statistik der Schule Johannisberg hervor, die vom Bund voll finanziert wird. Allein der Um- und Erweiterungsbau kostete 7,2 Mio. DM; mit einem Jahresetat von 750 000 DM – nicht eingeschlossen die Personalkosten für 32 hauptamtliche Lehrkräfte, dazu den Aufwendungen für den Verdienstausfall der Lehrgangsteilnehmer – wurden 1976 in 101 Lehrgängen 1 537 Helfer ausgebildet.

Um die Ausbildung für den Katastrophenschutz in den kleineren und mittleren Bundesländern wirtschaftlicher und wirksamer durchführen zu können, wird z. Z. geprüft, die Ausbildung für den südwestdeutschen Raum, d. h. für die Länder Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen, künftig an der Katastrophenschutzschule in Johannisberg zu konzentrieren, zumal dort die erforderlichen räumlichen Kapazitäten verfügbar sind. Dieses Vorhaben muß allerdings noch abschließend mit den betroffenen Bundesländern beraten werden.

Zum Abschluß seines umfangreichen Besuchsprogramms fragte das ZS-MAGAZIN den Parlamentarischen Staatssekretär von Schoeler nach seinen Eindrücken und den Ergebnissen dieser Information an Ort und Stelle.

ZS-MAGAZIN:

Herr Staatssekretär, Sie haben sich bei Ihrem Besuch in Alsfeld, Kassel, Usingen und Johannisberg einen persönlichen Überblick über die wesentlichen



Das vorbildliche „integrierte Funknetz Hessen“ konnte Staatssekretär von Schoeler an einem Modell in der Katastrophenschutzschule von Johannisberg studieren. Neben von Schoeler Ministerialrat Dr. von Kempis, Referent im Bundesinnenministerium.



Praktische, übungsmäßige Fernmeldeausbildung an der Schule in Johannisberg.

Bereiche Katastrophenschutz, Schutzraumbau, Warndienst und Ausbildung im Katastrophenschutz verschafft. Welches sind Ihre Eindrücke von dieser Information „vor Ort?“

Parl. Staatssekretär von Schoeler:

Auf meiner Informationsreise in Hessen habe ich ein Katastrophenschutzzentrum, eine Ausbildungseinrichtung des Katastrophenschutzes, ein Warnamt und einen öffentlichen Schutzraumbau besichtigt. Dabei konnte ich mir in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Kommunen, der Hilfsorganisationen und der Katastrophenschutzeinrichtungen, aber auch mit den aktiven Helfern einen guten Überblick über die Probleme und Sorgen „vor Ort“ verschaffen. Ich habe bei dieser Gelegenheit auch unsere Vorstellungen zur Konsolidierung der zivilen Verteidigung darlegen können und habe hierbei den Eindruck gewonnen, daß die Absichten des Bundes von meinen Gesprächspartnern verstanden worden sind.

Wichtig erscheint mir, daß alle, die in der zivilen Verteidigung mitwirken – Bund, Länder, Kommunen, Hilfsorganisationen, Verbände und die Helferschaft – bemüht sein sollten, in einem

ständigen Gedankenaustausch um einen höchstmöglichen Leistungsstand der zivilen Verteidigung zu ringen. Mir ist klar, daß hier mit einer guten Aufklärungs- und Informationspolitik viel erreicht werden kann. Auf meiner Reise habe ich daher versucht, den wesentlichen Informationswünschen meiner Gesprächspartner nachzukommen, soweit dies in der knapp bemessenen Zeit möglich war.

ZS-MAGAZIN:

Sie haben in Gesprächen mit Journalisten erklärt, daß Sie sich verstärkt um die zivile Verteidigung, den Zivil- und Katastrophenschutz bemühen werden. Welches sind Ihrer Meinung nach die Bereiche, in denen mehr für den Schutz der Bevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall getan werden sollte?

Parl. Staatssekretär von Schoeler:

Ich halte nichts von einem Maximalkonzept, das zwar allen Schutz- und Rettungsbedürfnissen in einem Verteidigungsfall gerecht werden könnte, das aber in seinen finanziellen Konsequenzen so unrealistisch ist, daß kein verantwortlicher Politiker angesichts der Vielzahl vordringlicher öffentlicher Aufgaben ver-

antworten könnte, diesem einen Bereich die erste Priorität einzuräumen. Neben der innerstaatlichen Problematik der Finanzierung muß hierbei auch die gegenwärtige außenpolitische Konstellation mitberücksichtigt werden, in der die Sicherheits- und Entspannungspolitik der Bundesregierung eine wichtige Rolle spielt.

Beide Gesichtspunkte sprechen nach meiner Überzeugung dafür, daß wir uns im Bereich der zivilen Verteidigung auf die wesentlichen Schwerpunkte konzentrieren sollten. Das heißt, wir sollten unsere Maßnahmen zum Schutz und zur Rettung der Bevölkerung in einer vernünftigen, beharrlichen Weise kontinuierlich fortsetzen. Hektische Betriebsamkeit birgt die Gefahr in sich, sowohl im Innern als auch außenpolitisch mißverstanden zu werden.

Dies vorausgeschickt, bin ich in der Sache der Auffassung, daß es sinnvoll und richtig ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt hinsichtlich des in der zivilen Verteidigung erreichten Bereitschaftsstandes Bilanz zu ziehen und die daraus folgenden Erkenntnisse so umzusetzen, daß das Leistungs-niveau mit den zur Verfügung stehenden Mitteln weiter angehoben werden kann.

Genau dieses Ziel ist auf Vorschlag des Bundesministers des Innern von der Bundesregierung am 6. Juli gebilligt worden. Im Mittelpunkt stehen hierbei, wie Sie wissen, der Schutzraumbau und der Katastrophenschutz. Das Kabinett hat – der außen-, verteidigungs- und finanzpolitischen Bedeutung der Sache angemessen – die Schutzraumbaufrage einem Staatssekretärausschuß überwiesen. Es ist zu erwarten, daß dieser Ausschuß in einer umfassenden politischen Bewertung den Orientierungsrahmen setzen wird, in dem der Schutzbau innerhalb des Gesamtspektrums staatlicher Aufgaben gefördert werden kann und muß.

Im Katastrophenschutz halte ich vor allem die Optimierung der Leitungs- und Führungsstrukturen für erforderlich. Diese Maßnahmen sind weitgehend kostenneutral und können wesentlich zur Effizienzsteigerung beitragen. Außerdem sollte sich der Bund mit besonderer Aufmerksamkeit dem Ausbildungswesen im Katastrophenschutz zuwenden. Denn: Gut ausgebildete Helfer können als Führungskräfte im Ernstfall die Schwierigkeiten, die unter Umständen infolge von Ausrüstungsgespässen

zu erwarten sind, besser bewältigen als schlecht ausgebildetes Personal.

Materiell sollte sich der Bund künftig auf diejenigen Aktivitäten der verschiedenen Fachdienste konzentrieren, durch die in erster Linie V-Fall-spezifische Bedürfnisse abgedeckt werden. Das gilt z. B. für den Bergungs- und Instandsetzungsdienst und ebenso für den ABC- und den Betreuungsdienst.

ZS-MAGAZIN:

Die zivile Vorsorge ist weitgehend auf der freiwilligen Mitwirkung der Bürger aufgebaut. Auch in der neuen Konzeption für die zivile

Verteidigung, die der Bundesminister des Innern dem Bundeskabinett vorgelegt hat, ist die Freiwilligkeit Grundlage für die staatliche und persönliche Vorsorge. Herr Staatssekretär von Schoeler, sehen Sie Möglichkeiten, den Menschen, denen die Bemühungen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes gelten, und den vielen hunderttausend Helfern, die an diesen Aufgaben freiwillig und aktiv mitarbeiten, den humanitären Gedanken des Schutzes und der Hilfe besser und klarer zu verdeutlichen, das heißt, auch durch das staatliche Engagement stärker zu unterstützen?

Parl. Staatssekretär von Schoeler:

Ich habe bereits in meiner Antwort auf Ihre vorige Frage darauf hingewiesen, daß der Ausbildung künftig ein besonderer Rang eingeräumt werden muß. Wer sich freiwillig zum Nutzen des Gemeinwohls in der zivilen Verteidigung engagiert, hat einen Anspruch darauf, zumindest über die Zielvorstellungen des Staates in Bezug auf diesen Bereich umfassend informiert zu werden. Hierbei sollten jedoch gleichzeitig auch die Grenzen aufgezeigt werden, innerhalb derer der Staat das freiwillige Engagement fördern

kann. In diesem Zusammenhang begrüße ich sehr, daß in meinem Haus z. Z. ein Ausbildungskonzept entwickelt wird, das sich an den aktuellen Bedürfnissen ausrichtet. Eine solche Betreuung ist nach meiner Überzeugung auch für die Motivation der Helfer von entscheidender Bedeutung.

Auch das ist mir in den vielen Gesprächen, die ich geführt habe, nachdrücklich bestätigt worden. Ich selbst habe auf meiner Informationsreise vieles gesehen, gehört und gelernt, was mir bei meiner künftigen Arbeit im Bereich der zivilen Verteidigung sehr von Nutzen sein wird.

Vier Mann in einem Korb

Neues Hubrettungsgerät mit 30 m Steighöhe
auf der IAA vorgestellt



Auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt wurde die neueste Leiterbühne, ein Hubrettungsgerät für 30 m Steighöhe mit Lösch- bzw. Arbeitsplattform für vier Mann Besatzung gezeigt. Das Fahrzeug wurde nach der Ausstellung von der Berufsfeuerwehr Frankfurt übernommen.

Der neue fünfteilige Stahl-Leitersatz entspricht in den Bauteil-Komponenten denen der genormten, ebenfalls hydraulisch betätigten 30-m-Drehleitern. Auf dem Leiterbühnen-Drehgestell der LB 30/5 hat ein Generator mit kleinem separatem Antriebsdiesel für die Energieversorgung der Beleuchtungseinrichtungen oder von Arbeitsgeräten Platz gefunden. Der nicht demontierbare, bei jeder Leiteneigung waagrecht geführte Arbeitskorb kann bis zu 360 kg tragen. Auf die Arbeitsplattform läßt sich eine Krankentrage aufstecken und 1 abnehmbares Wendestrahrohr, 2 Sprühdüsen, Strom-Steckdosen sowie 4 Halogen-Flutlicht-Scheinwerfer gehören zu ihrer Ausstattung. Die stufenlose Regelung und Steuerung aller Leiterbewegungen kann von der Arbeitsplattform selbst oder von einem Bedienungssitz vom Drehgestell aus erfolgen.

Hinter der Trupp-Fahrerkabine (für 4 Mann) befinden sich Gerätekästen für die feuerwehrtechnische Ausrüstung. Das Dreiachs-Fahrgestell FM 310 D 21 F 6x4 besitzt an den Seiten hydraulisch ausfahrbare Abstützungen. Für 22 t Gesamtgewicht ausgelegt und mit längerem Radstand wird das gleiche Chassis künftig für 50 m hohe Drehleitern (mit Fahrstuhl) verwendet.

Fairer Wettstreit um Punkte und Plätze

Der saarländische Ministerpräsident Dr. Röder unterstrich den Wert der ehrenamtlichen Tätigkeit

Zum friedlichen Wettstreit um die Ehre, die in Theorie und Praxis bundesweit beste Gruppe der Sanitätseinheiten des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) zu sein, traten am 3. und 4. September in Homburg an der Saar insgesamt 20 Teams zu je sieben Helfern zum 1. Bundesleistungswettbewerb des MHD an. Nachdem in den früheren Jahren bereits in den einzelnen Diözesen und auch auf Landesebene Leistungswettbewerbe des MHD stattgefunden hatten, ging es nun um die Ermittlung des Bundesessiegers. Gruppen aus den folgenden Diözesen und selbständigen Gliederungen kamen nach Homburg: Augsburg, Bamberg, Freiburg, Fulda, Köln, München, Münster, Oldenburg, Osnabrück, Bremen, Hamburg, Paderborn, Passau, Rottenburg, Mainz, Trier, Würzburg, Regensburg. Als Gäste und außer Konkurrenz nahmen der MHD Luxemburg und der MHD

Neunkirchen, Sieger des Landeswettbewerbes 1977 im Saarland, teil. Zugelassen zum Wettbewerb waren nur aktive, ehrenamtliche Helfer in Gruppen mit Gruppenführer und sechs Helfern, ein „Ersatzmann“ konnte benannt werden, durfte sich aber an der Lösung der Aufgaben nicht beteiligen.

Schirmherr Ministerpräsident Dr. Röder

Der MHD-Bundesleistungswettbewerb stand unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Saarlandes, Dr. Franz-Josef Röder. Unter den Augen von Ministerpräsident Dr. Röder, des Leiters des MHD, Dieter Graf Landsberg-Velen, und des MHD-Generalsekretärs Georg von Truszczyński wurde der Wettbewerb von MHD-Bundesarzt Dr. K. W. Wedel und Bundesausbildungsleiter Mario Nowak durchge-

führt. Als Schiedsrichter fungierten die Diözesanausbildungsreferenten des MHD und Soldaten des Sanitätsbataillons 310, Hermeskeil.

Als Beobachter, die besonders von der Disziplin der Teilnehmer beeindruckt waren, wurden der Oberbürgermeister der Stadt Homburg, Ulmke, der Katastrophenschutz-Dezernent beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Voss, sowie Vertreter aller Katastrophenschutz- und Sanitätsorganisationen begrüßt.

Die Wettbewerbsaufgaben

Der Wettbewerb gliederte sich in fünf Teile:

Zeltaufbau

Die Gruppen hatten die Aufgabe, das jeweils mitgeführte Zelt vom Typ SG 20 betriebsbereit aufzustellen. Bewertet wurde die hierfür benötigte Zeit sowie die

ordnungsgemäße Ausführung.

Die Zelte blieben aufgebaut und dienten der jeweiligen Gruppe als Sammelpunkt, von wo aus sie zu den weiteren Wettbewerben abgerufen wurden.

Sonderwertung

Hier wurde die ordnungsgemäße Dienstbekleidung gemäß Kleiderordnung des MHD für Helfer bewertet.

Trageübung

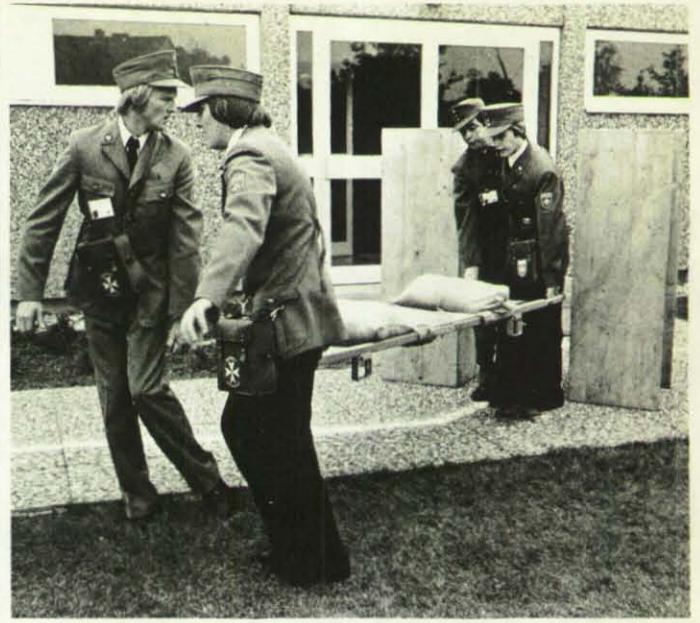
Vier Helfer einer jeden Gruppe bestritten den Tragetest. Sie hatten die Aufgabe, eine mit 140 Pfund belastete Trage über insgesamt vier Stationen zu bringen. In der Mitte der Trage befand sich verdeckt ein Gefäß mit roter Farbe. Es galt, die Trage möglichst rasch und schonend über die mit Hindernissen gespickte Teilstrecken zu tragen. Bewertet wurde die für den Streckenabschnitt benötigte Zeit sowie die verschüttete Farbe.



Erste Aufgabe beim Bundesleistungswettbewerb des MHD: Aufstellen des Gruppenzelts. Schnell und natürlich richtig mußte das Zelt aufgestellt werden – jeder Hammerschlag sollte „sitzen“.



Der Tragetest . . .



. . . bei dem Geschicklichkeit und Schnelligkeit gewertet wurden.



Links: Eine sehr realistische Aufgabe – beim Grillen ereignete sich ein Unfall, Brandwunden waren fachgerecht zu versorgen. Rechts: Beckenbruch des Verletzten sollten die Helfer nach diesem Unfall diagnostizieren.



Eine Wettkampfgruppe unter den kritischen Augen der Schiedsrichter: Übungsaufgabe „Seitenlage“ und „Herz-Lungen-Wiederbelebung“.



Sturz mit dem Motorrad – der angenommene Unterschenkelbruch erforderte die Ruhigstellung des Beins mit einer pneumatischen Schiene.





Der theoretische Teil des Wettkampfes: hier die Gästegruppe des MHD-Luxemburg bei der Beantwortung der Fragen.



Die Bekanntgabe der Sieger durch MHD-Generalsekretär von Truszczynski, neben ihm der Ministerpräsident des Saarlandes, Dr. Röder.



Strahlende Gesichter bei den drei Erstplatzierten, den Helfern aus Köln, Fulda und Augsburg.

Diagnose- und Erste-Hilfe-Test

Insgesamt mußten bei sechs realistisch dargestellten Notfallsituationen die Verletzungszustände erkannt und sachgerechte Hilfe geleistet werden. Die Aufgaben mußten von jeweils zwei bzw. drei Helfern gelöst werden.

Die Entscheidung, welcher Helfer welche Aufgabe erfüllen mußte, erfolgte durch das Los. Die Helfer hatten Gelegenheit, innerhalb von vier Minuten die Verletzung festzustellen und entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Dabei durften an den Verletzten Fragen gestellt werden. Mit den Verletzendarstellern mußte im übrigen wie mit tatsächlich Verletzten verfahren werden. Bei Feststellung der Puls- und Atemwerte und der Pupillenreaktion wurden die angenommenen Werte und Ergebnisse vom Schiedsrichter bekanntgegeben. Nach Ablauf der vier Minuten mußten die Helfer dem Schiedsrichter Fragen nach ihren getroffenen Feststellungen und ihren Maßnahmen beantworten.

1. Aufgabe

Beim Grillen hatte eine Person Spiritus in das Feuer gegossen, dabei fing seine Kleidung Feuer. Die Helfer mußten bei dieser Aufgabe den Verletzendarsteller anhalten, die Flammen erstickern und alle Erste-Hil-

fe-Maßnahmen (keimfreie Wundversorgung, flache Lagerung usw.) durchführen.

2. Aufgabe

Zwei Pkw waren zusammengestoßen; in einem Pkw (1) befanden sich zwei Verletzte, im anderen Pkw (2) ein Verletzter. Bei den beiden Verletzten aus Pkw 1 hatte der Fahrer eine Gehirnerschütterung mit nachfolgender Bewußtlosigkeit, die Beifahrerin einen Schock und einen Schlüsselbeinbruch erlitten.

Die Helfer mußten die Unfallstelle absichern, den Verletzten mit Gehirnerschütterung richtig lagern und bei Auftreten der Bewußtlosigkeit durch die Seitenlage für freie Atemwege sorgen. Die Frau mußte beruhigt, der Schock bekämpft und der verletzte Arm ruhiggestellt werden.

Der Verletzte aus Pkw 2 hatte einen schweren Schock erlitten, rauchte und war verwirrt. Auch bei diesem Darsteller mußte die Schockbekämpfung durchgeführt werden. Es mußte dafür gesorgt werden, daß der Verletzte das Rauchen einstellte und daß er beruhigt wurde.

3. Aufgabe

Durch die abrutschende Holzladung eines Fahrzeugs erlitt ein Mann Bruch des Beckens, er war durch einen Holzstamm eingeklemmt.

Wesentliche Aufgabe: den Holzstamm entfernen und den Verletzten vor herunterfallendem Holz zu sichern. Außerdem mußte ohne unnötige Bewegungen eine Ruhigstellung durch Lagern, Ab- und Unterpolsterung herbeigeführt werden.

4. Aufgabe

Ein Arbeiter hatte sich beim unsachgemäßen Umgang mit einer Motorsäge ein Bein abgeschnitten. Erforderlich war in diesem Fall die ordnungsgemäße Durchführung der blutstillenden Maßnahmen, die Schockbekämpfung sowie die Sicherstellung des abgetrennten Beines für eine etwaige Replantation.

5. Aufgabe

Ein Pärchen hatte den Versuch unternommen, sich selbst zu töten; Motorabgase eines Pkw waren ins Wageninnere geleitet worden. Beim Fahrer des Wagens: Atem- und Herzstillstand, bei der Beifahrerin: Bewußtlosigkeit mit Eigenatmung.

Wesentlich war das rasche Retten der Betroffenen aus dem Gefahrenbereich unter Beachtung des Eigenschut-

zes sowie die Atem- und Kreislaufkontrolle. Beim Fahrer mußte sofort mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung (am Ambu-Simulator) begonnen, die Beifahrerin in Seitenlage gebracht werden.

6. Aufgabe

Ein Motorradfahrer war gestürzt, er erlitt einen offenen Unterschenkelbruch. Nach der keimfreien Wundversorgung sollte hier eine Ruhigstellung mit einer pneumatischen Schiene vorgenommen werden.

Fragebogentest

Alle teilnehmenden Helfer mußten einen Fragebogen, der insgesamt fünf Fragen aus dem Bereich der Ersten Hilfe und des Sanitätswesens beinhaltete, ausfüllen. Die Fragen waren im multiple-choice-System gestellt. Es galt also, unter mehreren vorgegebenen Antworten die richtigen Antworten anzukreuzen. Die Gruppenführer mußten einen Fragebogen mit fünf Fragen aus Satzung oder Leitfaden des MHD bzw. mit Fragen, die das Führen einer Gruppe im Einsatz betreffen, beantworten.

Nach Auswertung aller Teilergebnisse zeigte die

Gesamtwertung für die ersten zehn Plätze folgenden Stand:

1. Platz Diözese Köln
2. Platz Diözese Fulda
3. Platz Diözese Augsburg
4. Platz Diözese Passau
5. Platz Diözese Oldenburg
6. Platz Diözese Freiburg
7. Platz Diözese Bamberg
8. Platz Diözese Würzburg
9. Platz Diözese Rottenburg
10. Platz Diözese Hamburg

Der Bundessieger erhielt den Preis des Ministerpräsidenten des Saarlandes, der Zweitplatzierte den Preis des Generalsekretariats des MHD und für den dritten Platz gab es den Preis des MHD Saarland. Außerdem wurden Teilnehmerurkunden und für jeden Wettkämpfer ein Erinnerungsgeschenk, das vom Ministerpräsidenten und dem Oberbürgermeister von Homburg gestiftet worden war, überreicht.

Größerer Freiraum für die ehrenamtliche Mitarbeit

Bei der Siegerehrung betonte der Generalsekretär des MHD, Georg von Trusczyński, die Bedeutung solcher Wettbewerbe für die praktische Anwen-

dung der Kenntnisse, zumal die ehrenamtlichen Helfer wenig Übungsmöglichkeiten hätten, da Krankentransport und Rettungswesen immer stärker in staatlicher Hand lägen. Er befürchte – so der Generalsekretär – auch durch die Neukonzeption der Bundesregierung für den Gesamtbereich der Zivilverteidigung eine Einschränkung der ehrenamtlichen Tätigkeit. Der Bundesleistungswettbewerb habe im übrigen den guten Gemeinschaftsgeist und die Fairneß gefördert, die schon seit 25 Jahren den MHD besonders ausgezeichneten.

Ministerpräsident Dr. Röder unterstrich in seiner Rede vor den Helfern und Gästen den gesellschaftspolitischen Stellenwert des ehrenamtlichen Engagements für die Allgemeinheit und dankte besonders dem MHD für seine humanitäre Arbeit. Er werde es nicht zulassen, sagte der Ministerpräsident, daß die Mitwirkungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Helfer bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben eingeschränkt werden. Im Gegenteil, es müsse ein größerer Freiraum für die ehrenamtliche Mitarbeit geschaffen werden.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ, BONN-BAD GODESBERG, ist im REFERAT ZS 3 die Stelle eines

SACHBEARBEITERS

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet einem Angestellten Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT.

Die Eingruppierung eines Angestellten richtet sich bei der Einstellung nach den Fachkenntnissen.

Dem Arbeitsplatzinhaber obliegt die verwaltungsmäßige Durchführung der Beschaffung von ärztlichem Gerät, Krankenpflegeartikel, Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen für Hilfskrankenhäuser einschließlich Kontrolle vorhandener Bestände, Modellauswahl und Festlegung von Ergänzungsbeschaffungen, sowie die Mitwirkung bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel und die Auswertung der Ländermitteilungen.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit gründlichen und umfassenden Verwaltungskennntnissen. Bewerber mit Spezialkenntnissen auf dem Gebiet der Medizintechnik, von ärztlichem Gerät, Krankenpflegeartikel, Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen von Krankenhäusern werden bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **1. November 1977** unter Angabe der **Kennzahl 371** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 850
5300 BONN-BAD GODESBERG 1

Horst Pieper / Fotos: Günter Sers

Schnellere Hilfe bei Pannen und Unfällen

Autobahn-Notrufsäulen melden bald ihren Standort vollautomatisch

Bundesverkehrsminister ließ neue Meldetechniken im praktischen Versuch erproben

„Fast eine Million Mal rufen Verkehrsteilnehmer auf Bundesautobahnen im Laufe eines Jahres über Notrufsäulen bei den zuständigen Autobahnmeistereien an“, erklärte Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle zum Auftakt eines Betriebsversuchs zur Verbesserung der Notruftechnik an den Bundesautobahnen. Vor wenigen Wochen wurde der Versuch nun offiziell beendet. Ein erstes Modell der neuen Anlage war in der Autobahnmeisterei Weilerswist – zwischen Koblenz und Köln – getestet worden.

Minister prüfte Anlage selbst

„Ich hatte vorhin Gelegenheit, die neue, verbesserte Notrufsäule zu erproben – Anlaß war glücklicherweise kein Notfall, sondern der Start dieses Betriebsversuchs. Eindrucksvoll waren dabei für mich die Auswirkungen der neuen Technik, denn von außen unterscheiden sich diese Notrufsäulen von den anderen an den Bundesautobahnen überhaupt nicht“, stellte Bundesminister Kurt Gscheidle fest. Er unterstrich folgende Vorteile der Anlage, die bereits vor dem Teststart unbestritten waren: So ist es für den Notrufer an der Säule nicht mehr notwendig, den eigenen Standort ausfindig zu machen und dem Telefonisten in der Autobahnmeisterei zu beschreiben. Sobald man die Sprechklappe an der Notrufsäule anhebt, wird in der Autobahnmeisterei auf dem Streckentableau per Leuchtdioden-Anzeige der Standort der benutzten Rufsäule angezeigt. So kann der die Meldung aufnehmende Telefonist auf jeden Fall Hilfe vermitteln, auch wenn er sich nicht mit dem Anrufer verständigen kann. Denn häufig rufen nicht deutschsprechende Autofahrer an, andere Anrufer sind nach Unfällen nicht in der Lage, ihre Situation zu beschreiben.

Rund 97 Prozent der anrufenden Verkehrsteilnehmer ersuchen um Pannenhilfe oder haben die Orientierung verloren und warten auf eine Auskunft. Allerdings: Drei Prozent der Anrufe werden nach Unfällen ausgelöst. Bun-



desminister Gscheidle: „Hier kann die Notrufsäule und der Kontakt zur Autobahnmeisterei sowie von dort zur Polizei Leben retten!“ Gscheidle hob weitere Vorteile hervor: So sind die Sprachwiedergabe, Lautstärke und Deutlichkeit gegenüber den bisherigen Notrufsäulen erheblich verbessert worden. Selbst bei starken Verkehrsgläuschen kann der Verkehrsteilnehmer den Sprecher in der Zentrale gut verstehen. Außerdem ertönt beim Anheben der Sprechklappe das vom Telefon her bekannte Freizeichen. So hat jeder Anrufer die Gewißheit, daß die Anlage funktioniert und sein Ruf bei der Autobahnmeisterei angekommen ist. Er kann dann abwarten, bis der Telefonist sich meldet. Der Bundesverkehrsminister wies in seiner Beurteilung der neuen Möglichkeiten vor allem auf die Direktschaltung zwischen der Autobahnmeisterei und der nächstgelegenen Polizeista-

Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle stellte den Journalisten die neue Autobahn-Notrufsäule – deren Erprobung jetzt abgeschlossen wurde – vor. Der Standort der Notrufsäule wird nunmehr in der Autobahnmeisterei angezeigt, der Anrufer braucht seine Position nicht mehr zu melden. Die Umstellung aller 7000 Notrufsäulen an den bundesdeutschen Autobahnen soll bis 1980 erfolgen.

tion hin, die bisher nur dann möglich gewesen ist, wenn Autobahnmeisterei und Polizeistation im gleichen Ortsnetz lagen. Mit der neuen Technik kann der Telefonist in der Autobahnmeisterei die eingehenden Notrufe auch dann zur Polizei durchstellen, wenn diese nicht im gleichen Ortsnetz liegt. Bundesminister Kurt Gscheidle, zugleich für den Postbereich und das Fernmeldewesen im Bonner Doppelministerium zuständig, zeigte sich optimistisch: „Fernmelderechtlich bestehen hiergegen keine Bedenken. Eine bundesweite generelle Regelung müßte noch mit allen Beteiligten, besonders auch der Polizei, abgesprochen werden.“

Umstellung bis 1980

Drei Monate dauerte der Versuch, der auf einem Autobahn-Abschnitt von rund 130 Kilometern mit 177 Ruf-

säulen in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland durchgeführt wurde und die Bereiche der Autobahnmeisterei Weilerswist, Bonn und Frechen umfaßte. Insgesamt stehen an den bundesdeutschen Autobahnen rund 7000 Notrufsäulen zur Verfügung. Grundsätzlich befinden sich diese Einrichtungen im Abstand von zwei Kilometern am Fahrbahnrand. Bis 1980 kann nach dem erfolgreichen Betriebsversuch eine bundesweite Umstellung abgeschlossen werden. Dies soll nach den Angaben des Bundesverkehrsministeriums einen Kostenaufwand von 12 bis 14 Millionen DM bedingen.

Technik verfeinert

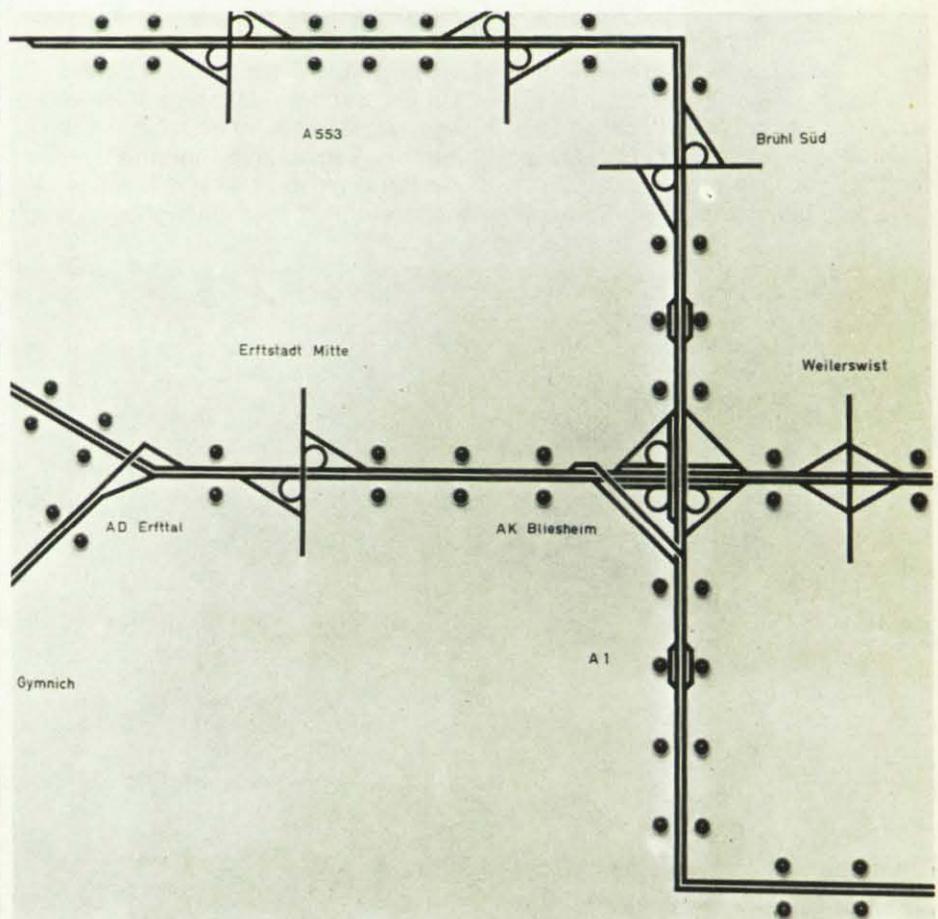
Ein großes deutsches Unternehmen der Elektro-Industrie hat die Notrufeinrichtung weiterentwickelt, die jetzt mit einer automatischen Identifizierungseinrichtung ausgestattet wurde. Damit ist die Lokalisierung der benutzten Notrufsäule in der Autobahnmeisterei möglich. Die Sprache wird über einen Vierdrahtweg übertragen, wodurch gegenüber der bisherigen zweidrahtigen Übertragung eine größere Reichweite, die bis zu 70 Kilometern sich erstrecken kann, sowie eine größere Lautstärke und damit bessere Verständigung erreicht wird. Das bei der Benutzung einer Notrufsäule automatisch ausgesandte, spezifische Mehrfrequenzcode-Signal sorgt dafür, daß am Abfragetisch in der Autobahnmeisterei der jeweilige Abschnitt, die Kilometerzahl und die Fahrbahnseite durch aufleuchtende Zahlen an einer Leuchtanzeige präzise angezeigt werden.

Streckenbild hilft

Ein Streckenbild über dem Telefonpult stellt zusätzlich zur Digital-Leuchtanzeige im Abfrageplatz-Aufsatz den gesamten Streckenbereich der Autobahnmeisterei einschließlich der fernzubedienenden Notruflinien benachbarter Zentralen dar. Diese Darstellung der Streckenabschnitte erleichtert vor allem in Bereichen engmaschiger Autobahnverbindungen – wie im Bereich von Köln und Bonn – die Standortbestimmung ganz erheblich. Zu verkehrsschwachen Zeiten kann bei Nutzung der neuen Notrufeinrichtung ein ganzer Autobahnmeisterei-Bereich von einer angrenzenden, übergeordneten Autobahnmeisterei mitabgefragt und fernbedient werden. In der Bedienung der neuen Notrufsäulen ändert sich für den Benutzer jedoch nichts.



Im Bereich der Autobahnmeisterei Weilerswist wurde die praktische Erprobung der neuen Meldetechnik durchgeführt.



So sieht ein Streckenausschnitt aus dem Tableau über dem Telefonpult in der Autobahnmeisterei aus. Wenn eine Notrufsäule betätigt wird, leuchtet auf dem Tableau die entsprechende Lampe auf.

Anfänge in dreißiger Jahren

Bereits in den dreißiger Jahren hatten die Überlegungen in diesem Problem-bereich begonnen. 1939 wurden die ersten Fernsprechsäulen an Autobahnen aufgestellt und auf diese Weise das innerbetriebliche Fernsprechnetz für die Verkehrsteilnehmer nutzbar gemacht. Bis zu 500 Gespräche kommen nach den Statistiken des Bundesverkehrsministeriums monatlich bei den Zentralen der Autobahnmeistereien für einen Streckenabschnitt von 50 Kilometern an. Andererseits betonte der Bundesverkehrsminister, daß es „außerordentlich schwierig“ sei, entlang der Bundesstraßen und anderer Straßen ein Notrufsystem aufzubauen. Vor allem müsse berücksichtigt werden, daß die Straßenmeistereien nicht unmittelbar an den betreffenden Hauptverkehrsstraßen liegen. Bereits vor knapp zehn Jahren hatte das Bundesverkehrsministerium die Entwicklung eines Notrufmelders durch das Deutsche Rote Kreuz finanziell gefördert. Nach dem Konzept des DRK sollte dieses Gerät als Nebenanschluß einer bereits bestehenden Fernsprechanlage eine telefonische Verbindung zur nächsten Polizeidienststelle schaffen. Nach dem Grundgesetz liegt die Zuständigkeit für diesen Bereich bei den Ländern. Die Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger e. V. hatte in den letzten Jahren an verschiedenen Bundesstraßen bereits für über fünf Millionen DM Notrufmelder installiert. Außerdem befindet sich ein Notfunk-

system in Vorbereitung, dessen Großversuch nach den Plänen des Bundesforschungs- und des Bundesverkehrsministeriums im März des nächsten Jahres im Raum Darmstadt gestartet werden soll (Das ZS-MAGAZIN berichtete ausführlich in der Ausgabe 3/77). Durch ein Funkrelaisstellensystem soll es vom Fahrzeug aus möglich sein, Hilfe in Notfällen herbeizurufen. Aber auch an der herkömmlichen Notrufsäule an den Autobahnen sollen noch weitere Veränderungen vorgenommen werden. Pressesprecher Nagel vom Bundesverkehrsministerium kündigte an, daß in den Sprechrichtern der Säulen vor allem zur Verbesserung der Verständigung mit Ausländern internationale Symbole angebracht werden, die den Verkehrszeichen der Straßenverkehrsordnung entsprechen. Die Symbole für das Rote Kreuz, das einen Unfall anzeigen soll und mit der englischen Bezeichnung versehen wird, für Polizei und für eine Autopanne sollen nach den Vorstellungen des Ministeriums noch an den Säulen dargestellt werden.

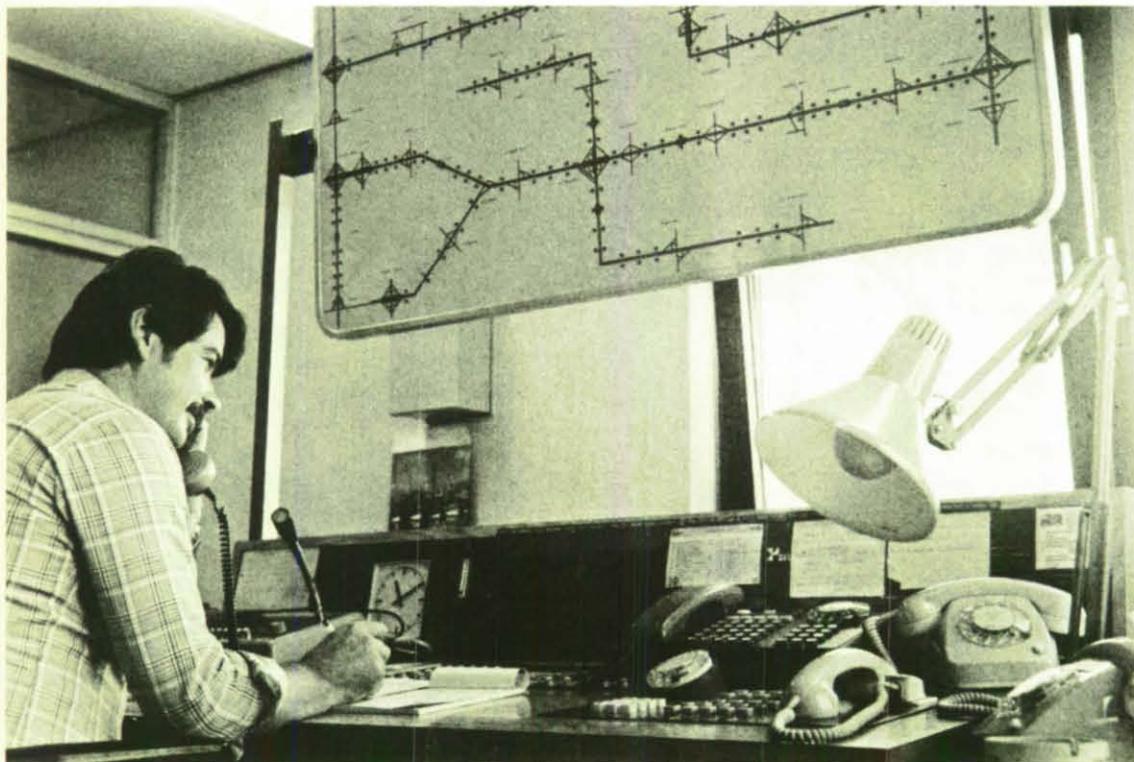
Rationalisierung

Mit dieser Umrüstung in den kommenden Jahren wird eine weitere Rationalisierung angestrebt. Der von einem Telefonisten betreute Bereich auf der Bundesautobahn soll wesentlich vergrößert werden. Nach den Plänen des Verkehrsministeriums werden die Bereiche von bisher drei Autobahnzentralen zusammengefaßt. Heute

verrichten noch in 120 Autobahnmeistereien die Notruftelefonisten im Schichtdienst ihre Tätigkeit. Nach Abschluß der Umrüstung soll diese Zahl auf 50 Dienststellen geschrumpft sein, die dann die etwa 7000 Notrufsäulen an den Autobahnen betreuen. Die Bundesländer sollen in den kommenden Monaten ihre Vorstellungen an die Fachreferate im Verkehrsministerium übermitteln, das dann „nach Dringlichkeit“ die Umrüstung veranlassen will.

Erfahrungsbericht positiv

Der vorläufige Erfahrungsbericht der Mitarbeiter der Autobahnmeisterei Weilerswist sieht positiv aus. „Wir müssen grundsätzlich davon ausgehen, daß nach einem Unfall die die Notrufsäulen benutzenden Verkehrsteilnehmer aufgeregt sind und kaum ihren Standort klar beschreiben können“, betonte Bauingenieur Heinrich Brüggemann, Leiter der Dienststelle in Weilerswist. Bereits seit dem Dezember letzten Jahres werde die Anlage betrieben: „Und nachdem einige ‚Kinderkrankheiten‘ ausgestanden sind, arbeitet die Anlage ohne Fehl und Tadel!“ Die Strecke der Autobahn A 4 zwischen der Ausfahrt Kerpen und dem Autobahnkreuz Köln-West, die A 1 zwischen dem Autobahnkreuz Köln-West und der Abfahrt Euskirchen, die A 61 von Kerpen bis zum Kreuz Meckenheim, die A 553 von Brühl bis Bliesheim, die A 555 vom Autobahnkreuz Köln-Süd bis zum



Noch sind nicht alle Einrichtungen in den Schalttisch in Weilerswist integriert. Aber nach diesem Modell sollen bis 1980 alle Autobahnmeistereien an den bundesdeutschen Autobahnen ausgerüstet werden.

BAB-Kreuz Bonn-Nord und die A 565 von Bonn bis zum Kreuz Meckenheim sind mit der neuen Anlage ausgestattet. Gerade an solchen eng vermaschten Autobahnstrecken soll das neue Anzeigensystem sich besonders bewähren.

Lautstärke notwendig

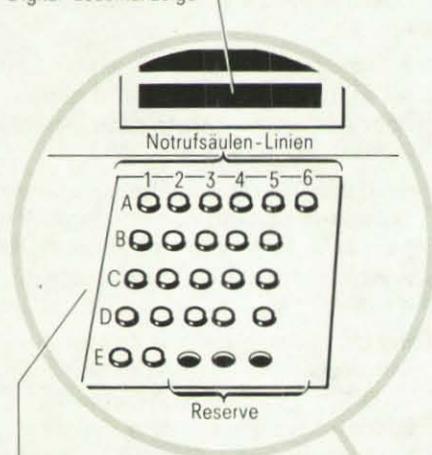
Noch einen Wert von 90 dBA erreicht die Lautstärke zehn Zentimeter vom Sprechtrichter der Säule entfernt. „Diese Werte sind notwendig, um den Verkehrslärm zu übertönen“, stellte Brüggemann fest. Die Zahl von

Notrufen an einem Wochenende erreicht im Bereich Weilerswist etwa 80 Hilfeersuchen an einem sonnigen Samstag und Sonntag. Über 90 Prozent der Notrufe werden durch technische Defekte an den Fahrzeugen ausgelöst. Manche Verkehrsteilnehmer, besonders Ausländer aus den Benelux-Staaten, ersuchen um Auskunft über ihren Standort. Die Vermittlungsleitung für Unfälle ist direkt zur Polizeiwache an der BAB-Auffahrt bei Heimerzheim geschaltet. Und bis zu sechs Notrufe laufen in der Wache in Spitzenzeiten pro Stunde auf. Rund 1000 DM wird die Umrüstung

einer Notrufsäule, deren Wert insgesamt 3000 DM beträgt, die Staatskasse kosten. 100 000 DM werden die Umstellungsmaßnahmen in der Autobahnmeisterei für die neuen technischen Anlagen am und im Telefonpult ausmachen. Allgemein wird die Lebensdauer einer Notrufsäule nach den statistischen Werten auf 15 bis 20 Jahre geschätzt. Allerdings sollen die bisher noch meist aus Gußstahl hergestellten Säulen durch Kunststoff-Gehäuse ersetzt werden, um die Unfallgefährdung für von der Fahrbahn abkommende Fahrzeuge zu verringern.

Bedienfeld für Notrufrufen

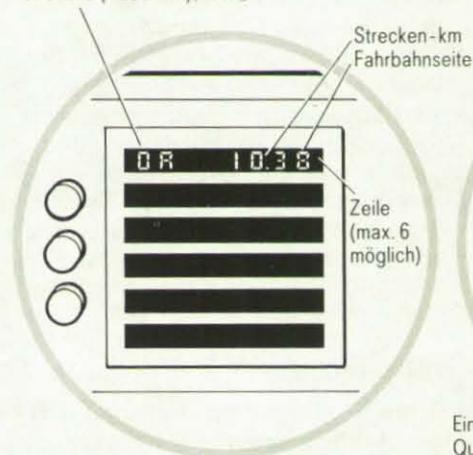
Digital-Leuchtanzeige



- A Löschen einer Digitalanzeige (Zeile)
- B Löschen der entsprechenden Lampe im Streckenbild
- C Weitervermittlung zur Polizei
- D Notruflinien-Abfrage
- E Trenntasten Notruflinie / Polizei

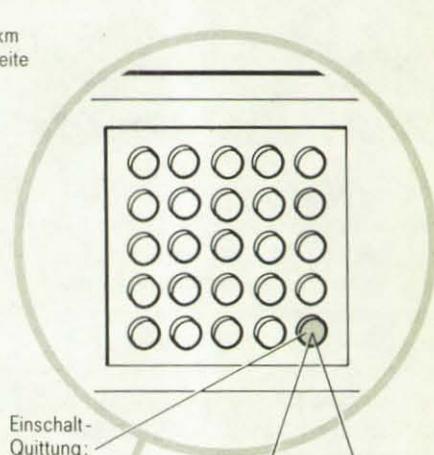
Digital-Leuchtanzeige für Notrufsäulen-Identifizierung

Eigener (0) oder fremder (1, 2 ...) Autobahnmeisterei-Bereich und Notruflinie (Abschnitt), z. B. „A“

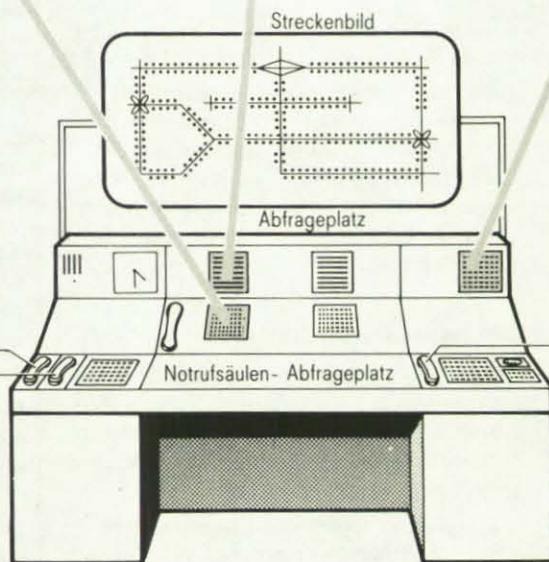


Positionslampen-Steuer- und Kontrollfeld

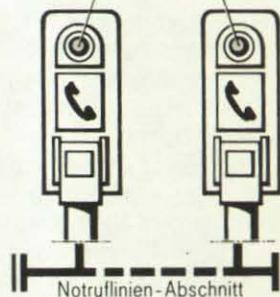
Positionslampen-Tasten. Zum Umschalten der Notrufsäulen-Positionslampen von Tag- auf Nachtbeleuchtung (und umgekehrt). Eine Taste steuert und kontrolliert einen Abschnitt.



Betriebsfunk und Betriebsfernsprechen



Fernsprechen zur Nebenstellenanlage und in das öffentliche Fernsprechnet



Die Funktionsskizze des neuen Notrufsystems.

„Die Stärkeren für mehr Rücksicht auf die Schwachen gewinnen“

Der aktuelle Stand: Verkehrssicherheit, Notruf, Auto-Notfunk, Rettungswagen der 80er Jahre



ZS-MAGAZIN:

Die Verkehrssicherheit und Unfallverhütung auf den Straßen ist seit vielen Jahren ein wesentliches Anliegen des Bundesverkehrsministeriums. Herr Minister, wie beurteilen Sie die aktuelle Situation in diesem Bereich? Können die Unfallziffern und damit auch die Zahlen der Verletzten und Unfallopfer gesenkt werden?

Bundesminister Gscheidle:

Die Zahl der Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr kann gesenkt werden. Bei den tödlich Verunglückten haben wir diese Entwicklung seit dem Jahre 1970. Damals mußten wir 19 193 Unfalltote beklagen. Im vergangenen Jahr waren es 14 820, also ein Rückgang um fast ein Viertel bei einer gleichzeitigen Zunahme des Bestandes an Kraftfahrzeugen von 18 auf über 24 Millionen, also um über ein Drittel.

Leider ist diese Entwicklung nicht in allen Bereichen ebenso günstig. So ist die Zahl der Unfälle mit Personenschaden von 1970 bis 1976 nur um 4,7 % zurückgegangen und die Verletzten haben um 9,6 % abgenommen. Angesichts der Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes um über 6 Millionen Fahrzeuge – das ist der gesamte Bestand von 1955 – im gleichen Zeitraum kann sich auch dieses Ergebnis noch sehen lassen.

Im 1. Halbjahr 1977 hat sich diese

verhältnismäßig günstige Entwicklung zumindest bei den Unfällen mit tödlichem Ausgang fortgesetzt. Gegenüber dem Vorjahr hatten wir bei insgesamt 8,1 % mehr Straßunfällen 1,2 % Getötete weniger zu beklagen. Gleichzeitig mußten wir allerdings eine Zunahme der Verletztenzahl um 7 % registrieren. Hier scheint sich die Zunahme allein des Pkw-Bestandes um rd. 6 % seit Mitte 1976 auszuwirken.

Ernste Sorge bereitet mir bei dieser Entwicklung der rasche Anstieg der Unfälle bei den motorisierten Zweirädern. Hier steigt die Unfallhäufigkeit – wenn auch unterschiedlich bei den Mofa-, Moped- und Kraftradfahrern – schneller als der Bestand dieser Fahrzeuge. Gerade auf diesem Gebiet sind deshalb im Einvernehmen mit den Bundesländern Gegenmaßnahmen in Aussicht genommen. Dazu gehören ggf. Maßnahmen im Bereich des Fahrerlaubnisrechts wie auch gezielte Aufklärungsaktionen.

ZS-MAGAZIN:

Schnelle Hilfe bei Pannen und Unfällen ist neben anderen Maßnahmen der aktiven und passiven Verkehrssicherheit das vorrangige Gebot, um unsere Straßen noch sicherer zu machen.

In der Autobahnmeisterei Weilerswist – Autobahn Köln-Koblenz – ist vor wenigen Wochen der Versuch mit einem automatischen Standortanzeiger für Notrufsäulen abgeschlossen worden. Was erhofft sich ihr Haus von dieser Neuerung, die vermutlich generell im Bundesgebiet eingeführt werden soll?

Bundesminister Gscheidle:

Die neue Autobahn-Notrufsäule unterscheidet sich äußerlich nicht von den bisherigen. Sie bringt für den hilfesuchenden Verkehrsteilnehmer jedoch folgende Verbesserungen:

1. Beim Anheben der Sprechklappe der Notrufsäule ertönt das vom Telefon her bekannte Freizeichen. Jeder Verkehrsteilnehmer weiß dann, daß die Anlage funktioniert und sein Ruf bei der Autobahnmeisterei ankommt.

Er kann dann abwarten bis der Telefonist sich meldet.

2. Gleichzeitig wird in der Autobahnmeisterei auf einem Streckentableau der Standort dieser Notrufsäule sowie mittels Leuchtdioden zusätzlich der genaue Strecken-km und die Fahrbahnseite angezeigt. Der Telefonist kann also auch dann sofort Hilfe vermitteln, wenn er sich aus irgendeinem Grunde mit dem Anrufer nicht verständigen kann, sei es, weil der Verkehrsteilnehmer nicht deutsch spricht oder z. B. nach einem Unfall zu aufgeregt ist.

3. Die Sprachwiedergabe – also Lautstärke und Deutlichkeit – ist gegenüber den alten Notrufsäulen erheblich verbessert.

4. Die bei der Autobahnmeisterei eingehenden Notrufe können dank der neuen Technik sofort zur nächstgelegenen Polizeistation durchgestellt werden.

Die Umstellung der zur Zeit an den Bundesautobahnen stehenden rund 7000 Notrufsäulen ist beschlossen und wird bis etwa 1980 mit einem Kostenaufwand von rd. 14 Millionen DM durchgeführt sein. Ich bin überzeugt, daß dann an den deutschen Autobahnen noch schneller und sicherer als bisher Hilfe im Notfall herbeigeholt werden kann.

ZS-MAGAZIN:

Die Notrufsäulen an den Bundesautobahnen sind eine bewährte Einrichtung. Gibt es Vorstellungen zu einer Verringerung der Entfernung zwischen den einzelnen Notruftelefonen an den Autobahnen oder ist eine solche Maßnahme finanziell zu aufwendig?

Bundesminister Gscheidle:

Nach den geltenden Richtlinien sollen Notrufsäulen im Abstand von höchstens 2 km aufgestellt werden. Diese Entfernungen werden in der Praxis meist unterschritten, da auch an Parkplätzen, Anschlußstellen, vor größeren Brücken usw. Notrufsäulen aufgestellt werden. Die tatsächliche Entfernung liegt daher im Durchschnitt bei etwa 1,6 km. Der Weg zur nächsten Notruf-

säule wird also in den meisten Fällen kürzer als 800 m sein. Die kürzeste Entfernung zur nächstliegenden Notrufsäule wird dem Verkehrsteilnehmer übrigens durch die schwarzen Pfeile auf den Leitpfosten am Fahrbahnrand angezeigt.

Eine weitere Verringerung des Abstands zwischen den Notrufsäulen ist nicht vorgesehen und wäre in der Tat auch finanziell zu aufwendig. Ich bin der Ansicht, daß mit der jetzigen Regelung ein guter Kompromiß zwischen Bedarf und Aufwand erzielt wird. Das wurde auch durch eine Untersuchung bestätigt, die gezeigt hat, daß es in etwa 97 % der Anrufe um Pannenhilfe oder allgemeine Auskünfte ging. Bei diesen Anliegen hat die Entfernung zur nächsten Notrufsäule keine oder nur eine geringe Bedeutung. Bei Unfällen, das sind die restlichen 3 % der Anrufe, gibt es erfahrungsgemäß sofort hilfreiche Verkehrsteilnehmer, die zur nächsten Notrufsäule weiterfahren und die Autobahnmeisterei verständigen. Die erwähnte Verbesserung der Notrufsäulenteknik trägt dann wesentlich dazu bei, Hilfsmaßnahmen schneller und sicherer einzuleiten.

ZS-MAGAZIN:

Es gibt bereits Versuche von Privatleuten und Organisationen, Notrufsäulen auch an Bundesstraßen zu installieren. Welche Vorstellungen hat der Bund zu diesem Problem?

Bundesminister Gscheidle:

Es muß vorab gesagt werden, daß die Kosten für eine Ausrüstung der Bundes- und sonstigen Straßen nicht unter die Straßenbaulast und damit in die Zuständigkeit des Bundes fallen.

Das Notrufsystem – im ganzen – gehört in den Bereich „Sicherheit und Ordnung“, für den Bundesländer nach dem Grundgesetz zuständig sind. Die in Artikel 104 a des Grundgesetzes festgelegte, zwischen Bund und Ländern aufgeteilte Finanzverantwortung läßt eine finanzielle Beteiligung des Bundes an diesen Aufgaben grundsätzlich nicht zu.

Weiterhin darf man heute nicht mehr von Versuchen sprechen. Bereits 1967 wurde vom Deutschen Roten Kreuz mit Haushaltsmitteln des Bundesministers für Verkehr ein besonderer Notrufmelder, der sogenannte DRK-Melder, für Bundes- und andere Straßen entwickelt und erprobt.

Entlang der Bundesstraßen und anderen Straßen gibt es nämlich – anders

als bei Bundesautobahnen – keine Streckenfernsprechkabel. Daher ist es außerordentlich schwierig, hier ein Notrufsystem aufzubauen. Die verhältnismäßig hohen Kosten ließen bisher alle guten Ansätze bei den Bundesländern scheitern.

Hier sprang – dieses Verdienst ist besonders hervorzuheben – die Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger e. V. in die Bresche. Sie hat im Laufe der Zeit an einer Reihe von Straßen des Bundesgebietes Notrufmelder aufgestellt und dafür insgesamt mehr als 5 Mio. DM ausgegeben. Von den zur Zeit vorhandenen 986 Notrufmeldern wurden mehr als 700 von der Stiftung aufgestellt. Sie werden auch von ihr gewartet und unterhalten.

Im übrigen arbeitet die Technische Kommission der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern zur Zeit ebenfalls an einer Lösung, die dazu noch preiswerter ist. Während für einen DRK-Melder stets ein Hauptanschluß notwendig ist, läßt die neue Entwicklung den Anschluß vieler einzelner Melder an einen Hauptanschluß zu. Die Entwicklungsarbeiten dazu sind abgeschlossen. Wir werden sicherlich bald mehr davon hören.

ZS-MAGAZIN:

Die Einrichtung des einheitlichen Notrufsystems mit der Telefonnummer 110 für Notruf und 112 für Feuerwehr hat große Fortschritte gemacht und soll heute über 90 Prozent aller Ortsnetze der Bundespost umfassen. Herr Minister, wann werden von allen Telefonen im Bundesgebiet diese Notrufnummern – kostenfrei – angewählt werden können? Gibt es noch technische Probleme?

Bundesminister Gscheidle:

Das einheitliche Notrufsystem mit den leicht merkbaren Kurzrufnummern 110 bzw. 112 ist in über 3000 Fernsprechnetzen eingeführt; das sind nicht 90 % der rd. 3800 Ortsnetze, sondern 90 % der Bundesbürger, die nämlich im Bereich dieser Ortsnetze wohnen, können das System nutzen.

Die Deutsche Bundespost hofft, daß das Notrufsystem bis Ende 1979 überall eingerichtet sein wird, wenn die für die öffentliche Sicherheit zuständigen Behörden der Länder die dafür nötigen Anträge bei der Deutschen Bundespost stellen.

Kosten- oder besser gebührenfrei werden die Anrufe bei den Notrufnummern erst mit Einführung der Ortszeitählung sein. Bis dahin kostet

der Anruf über die einheitliche Nummer 110 oder 112 noch Ortsgebühr, auch wenn die Notrufabfragestelle tatsächlich in einem anderen Ortsnetz eingerichtet ist. Gebührenfrei ist der Anruf heute nur bei Benutzung der Notrufmelder, die bei öffentlichen Münzfernsprechern untergebracht sind. Bei diesen kann man eine Verbindung zur Rufnummer 110 bzw. 112 durch einfaches Umlegen eines Hebels herstellen, auch wenn man keine passenden Münzen für den Münzfernsprecher bei sich hat. Übrigens sind die mit diesen Notrufmeldern ausgestatteten Telefonzellen durch ein rotes, reflektierendes Band am Dach gekennzeichnet.

ZS-MAGAZIN:

Außerdem steht im kommenden März das Auto-Notfunk-System zur Erprobung an (das ZS-MAGAZIN berichtete ausführlich in Heft 3/77 darüber), das das Forschungsministerium in Zusammenarbeit mit Ihrem Hause entwickelt hat. Welche Erwartungen verbinden Sie mit diesem Versuch?

Bundesminister Gscheidle:

Die Versuche mit dem Auto-Notfunk im Raum Darmstadt werden wohl noch nicht im März 1978 beginnen können. Der Versuchsaufbau wird aber bis dahin in Gang sein. Der Feldversuch erfordert nun einmal von der Infrastruktur her gewisse Vorbereitungen. Es müssen einige Relaisstellen eingerichtet, die Versuchsfahrzeuge mit den Bordgeräten ausgerüstet und die Rettungsleitstelle mit zusätzlichen Einrichtungen, z. B. Rechnern und Anzeigern der Notrufstelle, versehen werden.

Ich erwarte vom Auto-Notfunk-System eine erhebliche Verbesserung der Notrufmöglichkeiten vor allem in ländlichen und verkehrsarmen Gebieten, in denen heute die Zeitspanne zwischen Notfallgeschehen und Notfallrettung noch unverhältnismäßig groß sein kann. Dort würde nach Einführung des Auto-Notfunk-Systems ein wesentlich rascherer und damit gezielter Einsatz der vorhandenen Rettungsmittel möglich.

ZS-MAGAZIN:

Im Bereich des Rettungswesens hat sich das Bundesverkehrsministerium auch für die Entwicklung eines neuen Unfallrettungsfahrzeuges eingesetzt. Herr Minister, wie wird der Rettungswagen der kommenden Jahre aussehen und welche Mängel sind noch zu beseitigen?

Bundesminister Gscheidle:

Es schien angebracht, bei den zur Zeit handelsüblichen Rettungswagen den Fahrkomfort und das Schwinungsverhalten zu verbessern. Daher hat das Deutsche Rote Kreuz mit dem Kraftfahrtechnischen Institut der Universität Aachen – mit finanzieller Unterstützung meines Hauses – kürzlich eine befriedigende technische Lösung entwickelt. Diese Arbeiten umfaßten aber nicht das Gesamtsystem „Rettungswagen“.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie nahm in Zusammenarbeit mit uns eine völlig andere, zukunftsweisende Konzeption in Angriff. Dies geschah, weil Markt und Hersteller der handelsüblichen Rettungswagen praktisch finanziell nicht in der Lage sind, eine umfassende Neuentwicklung allein durchzuführen. Auch wäre es nicht möglich gewesen, die Einzelverbesserungen aller Hersteller in anderer Weise bei einem einzigen Modell zu vereinigen.

Das neue Konzept eines „Rettungswagens der 80er Jahre“ stellt eine kostengünstigere Lösung dar, weil die „Rettungseinheit“ vom Trägerfahrzeug getrennt werden kann, also unabhängig vom Fabrikat des Trägerfahrzeuges einer gewissen Gewichtsklasse ist. Außerdem bringt die Neuentwicklung wesentliche Fortschritte in den Bereichen Geräuschdämpfung,

Klimatisierung, Fahrverhalten, Antriebsleistung und medizinischer Technik. Die praktische Erprobung dieses „Rettungswagens der 80er Jahre“ bei den Sanitätsorganisationen beginnt im nächsten Jahr.

Wir sollten uns aber auch vergegenwärtigen, daß die Entwicklungen unserer Krankenkraftwagen, das sind die Notarzt, Rettungs- und Krankentransportwagen, bereits einen Standard erreicht haben, der sehr viel höher ist als vergleichbare Entwicklungen im Ausland.

ZS-MAGAZIN:

Die Zahl der Verkehrsteilnehmer wird nach den Prognosen Ihres Hauses weiter stark ansteigen. Welche Anstrengungen werden angesichts dieser Voraussage für den Bereich der Unfallvorsorge und Unfallbekämpfung auf den Straßen der Bundesrepublik erforderlich?

Bundesminister Gscheidle:

Wir werden die seitherige Arbeit fortführen, Schwerpunkt der Bemühungen wird es sein – das sagt schon das Verkehrssicherheitsprogramm von 1973 – den Verkehrsteilnehmer für mehr Sicherheit zu gewinnen. Die für einen sicheren Verkehrsablauf notwendigen Regeln und Einrichtungen sind vorhanden. Es geht darum, daß sie mit der Sorgfalt und Einsicht

beachtet werden, die jeder Verkehrsteilnehmer beachten muß, wenn er weder sich selbst noch andere gefährden oder verletzen will.

Ein besonderes Kapitel in diesem Bemühen wird es sein, die Stärkeren für mehr Rücksicht auf die Schwachen zu gewinnen. Der Autofahrer ist gegenüber dem Kind, dem älteren Fußgänger und gegenüber dem Zweiradfahrer nun mal der Stärkere und der zugleich besser Geschützte. Was liegt näher, als daß er noch mehr Sorgfalt einsetzt, um die ihm anvertraute Kraft jederzeit zügeln zu können.

Bestimmte Verkehrsteilnehmergruppen sind erkennbar stärker an Unfällen beteiligt als andere. Bei diesen „Zielgruppen“ gilt es, die Maßnahmen einzusetzen, die zur Hilfe oder Abhilfe erforderlich sind.

Die Nachschulung von auffälligen Fahranfängern ist hier ebenso zu erwähnen, wie das Problem der Unfallhäufigkeit von motorisierten Zweiradfahrern und deren Fahrausbildung. In diesen Zusammenhang gehört auch der Selbstschutz des Kraftfahrers durch das Anlegen des Sicherheitsgurtes und das Tragen von Schutzhelmen.

Ganz allgemein ist festzustellen, daß Verkehrssicherheitsarbeit schwieriger wird, weil sie, um erfolgreich zu sein, einzelne Schwerpunkte ermitteln und diese dann sehr differenziert und gezielt angehen muß.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad Godesberg, ist beim

**Landesbeauftragten für Bayern
in München**

der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

die Stelle des

SACHBEARBEITERS FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe IV a (vier a) BAT.

Die Eingruppierung eines Angestellten richtet sich bei der Einstellung nach den Fachkenntnissen.

Dem Sachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit obliegt in enger Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten die Darstellung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in der Öffentlichkeit. Dazu gehören die Kontaktpflege zu Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film, die Beobachtung der Publikationsorgane und die Auswertung ihrer das THW betreffenden Veröffentlichungen sowie die Verbindungen zu Behörden, Organisationen und Verbänden.

Ferner ist die Öffentlichkeitsarbeit der Ortsverbände zu initiieren und zu unterstützen.

Der Mitarbeiter muß Veröffentlichungen erarbeiten, das Informationsmaterial zusammenstellen, Ausstellungen durchführen sowie das Presse- und Bildarchiv des Landesverbandes Bayern der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk betreuen können. Gesucht wird ein Mitarbeiter mit journalistischen Fähigkeiten, der möglichst eine kaufmännische oder verwaltungsmäßige Ausbildung besitzt und der in der Lage ist, die beschriebenen Aufgaben zu erfüllen.

Organisatorische Befähigung und Bereitschaft für die in einer technisch-humanitären Hilfsorganisation auftretenden Belange werden vorausgesetzt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **1. November 1977** unter Angabe der **Kennzahl 319** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 850
5300 BONN-BAD GODESBERG 1

Rainer Schwierczinski

Die Ausstattung des Behördenselbstschutzes

Teil 1: Unterbringung und Lagerung der Ausstattung

Vorbemerkung

Einsatzfähigkeit und Einsatzmöglichkeiten des Behördenselbstschutzes werden weitgehend von drei Voraussetzungen bestimmt:

1. der Stärke und dem Ausbildungsstand der Einsatzkräfte,
2. der Art und dem Umfang der vorhandenen Ausstattung
3. der Sicherstellung einer ständigen Einsatzbereitschaft der Ausstattung.

Die zahlenmäßige Stärke und Gliederung der Einsatzkräfte richtet sich nach der Größe und Empfindlichkeit der Gebäude, nach der Anzahl der Beschäftigten sowie nach der Bedeutung und Eigenart der Behörde.

Die Ausbildung der Einsatzkräfte erfolgt entsprechend den vom Bundesamt für Zivilschutz herausgegebenen „Lehrstoffplänen für die Unterrichtung und Ausbildung der Einsatzkräfte des

Behördenselbstschutzes“ durch die Dienststellen und Ausbildungseinrichtungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Art und Umfang der Ausstattung der Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes ergeben sich im wesentlichen aus der „Ausstattungsachweisung für den Behördenselbstschutz“. Das Ausstattungssoll wird durch den Behördenselbstschutzleiter ermittelt und orientiert sich an den örtlichen Gegebenheiten.

Die Sicherstellung einer ständigen Einsatzbereitschaft der Ausstattung des Behördenselbstschutzes hängt im wesentlichen von der schnellen Verfügbarkeit und einem einwandfreien Wartungs- und Pflegezustand der einzelnen Ausstattungsgegenstände ab. Diesem Punkt kommt eine besondere Bedeutung zu, weil von der Präsenz und Funktionsfähigkeit der Geräte die Einsatzqualität des

Behördenselbstschutzes entscheidend beeinflusst wird.

Auch wenn es sich bei den für den Behördenselbstschutz empfohlenen Ausstattungsgegenständen in der Regel um langjährig erprobte und gut bewährte Selbstschutzgeräte handelt, die in der Handhabung und im Gebrauch unkompliziert, robust und weitgehend anspruchslos sind, so sind doch noch bestimmte Maßnahmen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Einsatzbereitschaft notwendig.

Hierzu gehören im einzelnen eine

- zweckmäßige Unterbringung
- ordnungsgemäße Lagerung
- fachgerechte Wartung
- richtige Pflege

der Ausstattungsgegenstände.

Diese Maßnahmen sind insbesondere auch deswegen erforderlich, weil so-



Sachgerechte Lagerung der persönlichen Ausstattung des Behördenselbstschutzes – hier der Deutschen Bundespost – in Stahlblechschränken: übersichtlich, staubgeschützt und leicht greifbar.

wohl die persönliche Ausstattung als auch die Fachdienstausstattung über Jahre gelagert werden und im Regelfall nur selten und wenn, dann auch nur anlässlich von Ausbildungsveranstaltungen und/oder Übungen zum Einsatz kommen. Häufig wird dann bei diesen Einsätzen das Gerät noch besonders „geschont“, d. h. nicht realistisch eingesetzt (z. B. wenn immer nur Trockenübungen beim Brandschutzdienst durchgeführt werden). Dies mag bei einigen Ausstattungsgegenständen, wie der Schutzbekleidung der Einsatzkräfte, noch verständlich erscheinen, um umfangreichere Reinigungsarbeiten und damit Kosten zu sparen. Bei verschiedenen Einsatzgeräten kann aber eine falsch verstandene schonende Behandlung und Sparsamkeit unter Umständen bis zur völligen Gebrauchsunfähigkeit bzw. zu einem Totalausfall der Geräte führen. Die dann für notwendige Ersatzbeschaffungen aufzubringenden Kosten dürften in den meisten Fällen bei weitem die Ausgaben übersteigen, die bei regelmäßiger Wartung, Pflege und Benutzung der Geräte angefallen wären.

Unterbringung und Lagerung der Ausstattung

Die Unterbringung und Lagerung der Ausstattung richtet sich grundsätzlich nach Anzahl und Art der vorhandenen Ausstattungsgegenstände und den örtlichen Gegebenheiten. Im allgemeinen dürfte die Unterbringung der Ausstattung im Bürogebäude oder geeigneten Nebengebäuden erfolgen. Ist die Behörde in mehreren Gebäuden untergebracht, die räumlich aber eng zusammenhängen, empfiehlt sich, für die Unterbringung der Ausstattung möglichst zentral gelegene, von den Einsatzkräften schnell erreichbare und gut zugängliche Lagerräume vorzusehen.

Bei weiter voneinander entfernten Gebäuden kann – je nach den örtlichen Voraussetzungen – unter Umständen eine dezentrale Unterbringung zweckmäßig sein.

Unterbringung

Bei der Auswahl der für die Unterbringung der Ausstattung vorgesehenen Räume sollten folgende Anforderungen berücksichtigt werden:

1. Die Lagerräume müssen
 - trocken,
 - möglichst gleichmäßig temperiert,
 - gut belüftet bzw. belüftbar,



Regale aus Lochprofileisen eignen sich ebenfalls zur Lagerung der Ausstattung des Behördenselbstschutzes.

- frei von tierischen Schädlingen und
- vor direkter Licht- und Sonneneinwirkung geschützt sein.

Temperaturen von unter 0° C und über 20° C sind zu vermeiden. Die relative Luftfeuchtigkeit sollte 75 % nicht übersteigen.

Günstige Verhältnisse liegen bei einer Raumtemperatur zwischen + 5 und + 15° C und einer relativen Luftfeuchtigkeit von 65 % und darunter vor.

Größere Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsschwankungen fördern die Korrosionsbildung an Metallteilen, lassen Holz-, Kunststoff- und Faserbestandteile brüchig werden und können zur Schimmelbildung führen.

Je nach Jahreszeit kann eine Temperierung der Lagerräume erforderlich werden.

Bei niedrigen Temperaturen ist durch Beheizen der Räume ein Ausgleich bis zur gewünschten Raumtemperatur vorzunehmen. Damit wird auch gleichzeitig die Luftfeuchtigkeit herabgesetzt. Zu hohe Temperaturen können durch Belüften der Lagerräume gesenkt werden. In den Sommermonaten sollte jedoch zur Vermeidung einer zu hohen Luftfeuchtigkeit das Belüften nur bei relativ geringen Außentemperaturen, z. B. frühmorgens, erfolgen.

Eine zu geringe Luftfeuchtigkeit kann durch Aufstellen von mit Wasser gefüllten Behältern oder Luftbefeuchtungsgeräten (Verdunstern) korrigiert werden.

Empfehlenswert ist, die Temperatur und Luftfeuchtigkeit mittels Thermometer und Hygrometer oder eines Thermohygrographen laufend zu überwachen. Erfolgt die Kontrolle von Raumtemperatur und Luftfeuchtigkeit mittels selbstschreibenden Thermohygrographen, sollten diese Meßgeräte vor Staub geschützt und temperaturisoliert von der Wand in ca. 1,5 m Höhe angebracht werden. Dabei ist zu beachten, daß sie nicht in der Nähe von Außentüren, Fenstern oder Lüftern installiert werden.

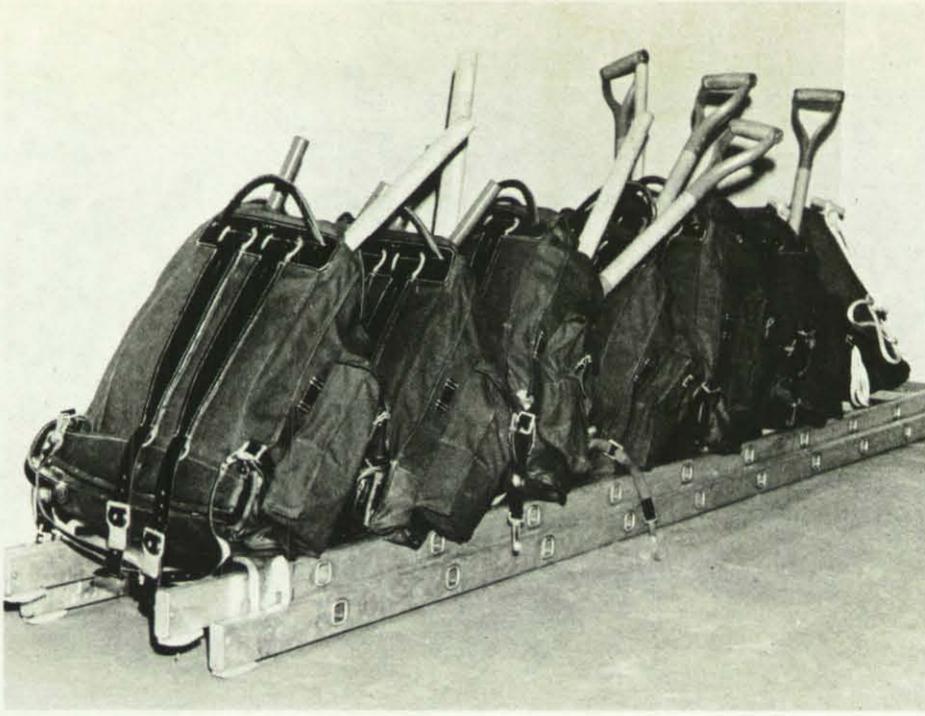
Tierische Schädlinge (Insekten, Ratten, Mäuse) sind auf jeden Fall aus den Lagerräumen fernzuhalten.

Werden trotzdem Anzeichen ihres Auftretens festgestellt, müssen unverzüglich sämtliche im Lagerraum aufbewahrten Ausstattungsgegenstände eingehend untersucht, sorgfältig gereinigt und Schädlingsbekämpfungsmittel eingesetzt werden.

Bei umfangreichem Schädlingsbefall sollte ein Fachmann mit der Durchführung der entsprechenden Bekämpfungsmaßnahmen beauftragt werden.

Nach Wiedereinlagerung ist die Ausstattung über einen längeren Zeitraum öfters zu kontrollieren.

Starke Lichteinwirkung, insbesondere direkte Sonnenstrahlung, wirkt sich wegen des UV-Anteils nachteilig auf eine Reihe von Ausstattungsgegenständen aus und führt zu einem starken Ansteigen der Raumtemperatur.



Teile der Fachdienstausstattung werden in Rucksäcken einsatzbereit aufbewahrt.

Der Lagerraum sollte deshalb so liegen, daß er hiervor geschützt ist. Steht ein solcher Raum nicht zur Verfügung, sind geeignete Verdunkelungsmaßnahmen durchzuführen. Die Fenster oder Lichteinfallöffnungen sind mit Vorhängen, Decken, Planen, Jalousien weitgehend lichtundurchlässig abzudecken oder mit einem Schutzanstrich (hierfür soll keine blaue Farbe verwendet werden) zu versehen.

2. Lagerräume müssen darüber hinaus – ausreichend groß und für die Einsatzkräfte

– gut zugänglich sein.

3. Die Lagerräume sollten möglichst so liegen, daß sie, soweit vorhersehbar, gegen Brandeinwirkung und vor Vertrümmerung geschützt sind.

4. Die Unterbringung des Großgeräts der Ausstattung des Behördenselbstschutzes, die Löschkarre der Brandschutzstaffel und der Tragkraftspritzenanhänger der Brandschutzgruppe stellen spezielle Anforderungen an Größe und Zugänglichkeit der entsprechenden Lagerräume.

Dieses Gerät wird am zweckmäßigsten in einer im oder in unmittelbarer Nähe des Bürogebäudes liegenden Garage oder einem Lagerraum mit direktem Ausgang unterzubringen sein.

5. Bei Aufbewahrung der Ausstattung außerhalb fester Gebäude sind unbedingt Maßnahmen zum Schutz vor Witterungseinflüssen (Regen, Schnee

und Sonneneinwirkung) und anderen schädlichen Einflüssen erforderlich.

Lagerung

Eine sinnvolle und zweckmäßige Lagerung der Ausstattung des Behördenselbstschutzes setzt die Erfüllung bestimmter Mindestforderungen voraus. Größe und Bauart des zur Verfügung stehenden Lagerraumes bestimmen seine Aufteilung und Belegung.

1. Schränke und Regale sind so aufzustellen, daß sie möglichst von zwei Seiten von allen Einsatzkräften erreichbar sind; es darf keine Engpässe geben und die Einsatzkräfte dürfen sich beim Ausstatten nicht gegenseitig behindern.

2. Jedes Teil der persönlichen Ausstattung ist mit dem Namen des Helfers zu kennzeichnen und bestimmte Teile der Fachdienstausstattung, wie z. B. Tragetaschen, Rucksäcke, Sanitäts- und Verbandmitteltaschen mit der Funktionsbezeichnung (z. B. TF 1 = Truppführer 1; TM 1 = Truppmann 1).

Damit ist gewährleistet, daß bei der Ausgabe der Ausstattung unnötiges Suchen und damit Zeitverlust vermieden wird.

3. Löschkarren und Tragkraftspritzenanhänger müssen so abgestellt sein, daß sie jederzeit fahr- und einsatzbereit sind.

4. Die Ausstattung muß gegen Verstaubung, Verschmutzung und Diebstahl geschützt sein.

5. Es sollten geeignete Umkleieräume zur Verfügung stehen, die auch zum Trocknen und Auslüften der Einsatzbekleidung nach Ausbildungsveranstaltungen und Übungen verwendbar sind.

Der Bundesminister des Innern hat mit Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden vom 27. Juli 1970 – ZV 5 – 746 345/4 – Empfehlungen für die Lagerung der Ausstattung des Behördenselbstschutzes herausgegeben.

Die darin gegebenen Hinweise beruhen auf Erfahrungen des Bundesamtes für Zivilschutz. Im einzelnen wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten für eine zweckmäßige Lagerung der Ausstattung des Behördenselbstschutzes nach den bisher gemachten Erfahrungen bestehen. Da diese Empfehlungen ihre Aktualität nicht verloren haben und nach wie vor anzuwenden sind, stützen sich die folgenden Ausführungen im wesentlichen darauf ab.

Die Lagerung der persönlichen Ausstattung (soweit nicht an die Einsatzkräfte ständig ausgegeben) und der Fachdienstausstattung kann in Schränken aus Stahlblech, Regalen aus Holz oder Regalen aus Lochprofilen erfolgen.

Die Ausstattung ist stets so zu lagern, daß die einzelnen Gegenstände geordnet und griffbereit aufbewahrt werden. Damit wird die Durchführung von Prüfungen, Bestands- und Zustandskontrollen erleichtert und eine schnelle Ausgabe sichergestellt.

Schränke aus Stahlblech

Vom einschlägigen Fachhandel werden Büroschränke aus Stahlblech mit entsprechender Inneneinteilung angeboten. Sie werden in zwei verschiedenen Ausführungen hergestellt und sind bereits in großen Stückzahlen u. a. an oberste und obere Bundes- und Landesbehörden geliefert worden. Eine Ausführung ist für die Lagerung der persönlichen Ausstattung von 6 Einsatzkräften (Staffelstärke), die zweite Ausführung für die Lagerung der Fachdienstausstattung von

1 Bergungsstaffel

und

1 Sanitätsstaffel

oder

1 Brandschutztrupp,

1 Bergungstrupp

und

1 Sanitätstrupp

oder

1 Bergungsgruppe (bei Verwendung von zwei Schränken)

geeignet.

In diesen Schränken lagert die Ausstattung vorbildlich. Sie ist übersichtlich geordnet, leicht greifbar und gegen Verstauben, Verschmutzen und Verlust geschützt. Diese Lagerungsart bietet darüber hinaus folgende Vorteile:

a) Durch die getrennte Unterbringung der persönlichen und Fachdienstausstattung für jede Einheit (Staffel, Gruppe), mit Ausnahme der Trupps, in je einem Schrank wird erreicht, daß die einzelnen Einheiten für die Vollzähligkeit, Wartung, Pflege und Instandhaltung ihrer Ausstattung selbst verantwortlich sein können und somit ein besonderer Geräteverwalter für die gesamte Ausstattung nicht erforderlich ist.

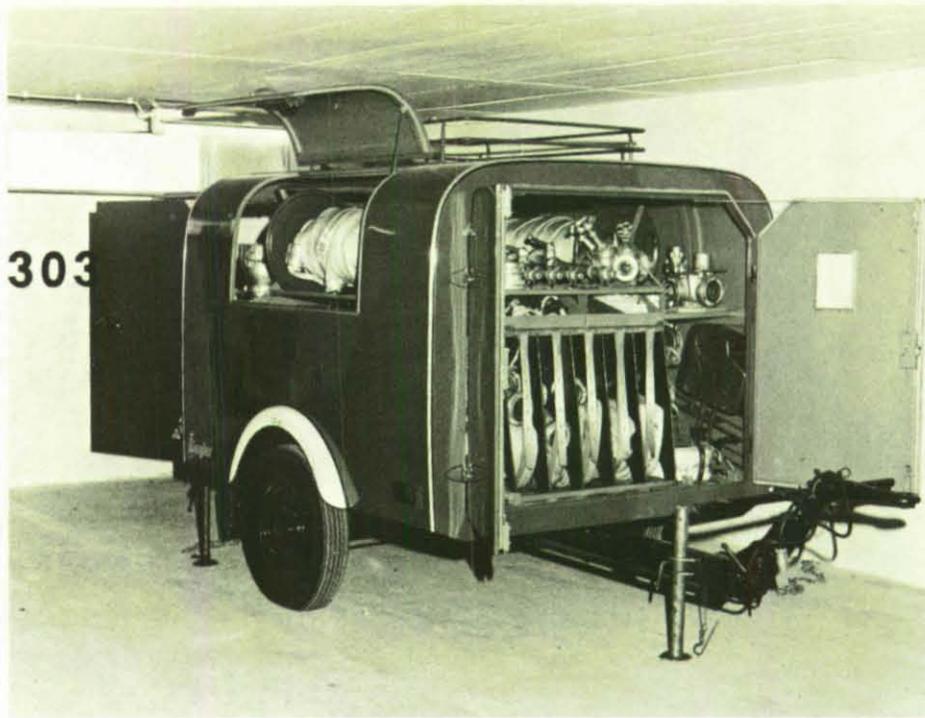
b) An den Lagerraum brauchen nicht die gleichen oder so umfangreiche Anforderungen gestellt werden, wie an andere Unterbringungsarten der Ausstattung.

Nachteilig erscheinen die hohen Anschaffungskosten für die Schränke.

Regale aus Holz oder Lochprofileisen

Regale aus Holz oder Lochprofileisen können entsprechend der vorhandenen Ausstattung und gewünschten Aufbewahrungsart selbst zusammengebaut werden. Die Einlegeböden dieser Regale sind verstellbar, so daß sie für die Lagerung der verschiedensten Ausstattungsgegenstände geeignet sind. Vor allem bei den Regalen aus Lochprofileisen bietet der Handel eine Vielzahl von Zusatzteilen für praktisch alle gewünschten Verwendungsarten an.

Erhältlich sind u. a. auch Einhängkästen, in denen Geräte- und Ersatzteile aufbewahrt werden können sowie verschließbare Einhängbehälter, die für die Lagerung von Strahlungsmeßgeräten und dem Prüfstrahler geeignet sind. Die Regale können sowohl zur getrennten Lagerung der persönlichen und der Fachdienstausstattung als auch zur gemischten Lagerung eingerichtet werden. Um die Ausstattung einigermaßen gegen Verstauben zu



Der Tragkraftspritzen-Anhänger muß ständig für Einsatzzwecke zur Verfügung stehen – hier gut zugänglich in einer Garage untergebracht.

schützen, sollten die Regale zusätzlich mit Kunststoffvorhängen versehen werden.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, die Regale zusätzlich mit Seitenteilen, Rückwänden und Türen auszustatten, so daß die Gegenstände besser gegen Verstauben, Verschmutzen und Verlust geschützt sind.

Da die einzelnen Bauelemente in verschiedenen Abmessungen erhältlich sind, können die Regale optimal im Lagerraum untergebracht werden. Selbst ungünstige Grundrisse oder bauliche Besonderheiten des Lagerraumes können mit diesen Teilen zweckmäßig genutzt und ausgestattet werden. Bei der Lagerung der Ausstattung in Regalen ist darauf zu achten, daß das Lagergut die Wände nicht berührt und die Regale Seitenstabil sind. Nach Möglichkeit sollten sie nicht unmittelbar an Außenwänden stehen.

Ist der für die Unterbringung vorgesehene Raum zu klein, kann es bei der Ausgabe der Ausstattung zur gegenseitigen Behinderungen der Einsatzkräfte kommen, die im Alarmfall zu erheblichen Zeitverlusten führen können. Kann aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ein ausreichend großer Lagerraum nicht zur Verfügung gestellt werden, empfiehlt es sich, die Ausstattung in verschlossenen Schränken unterzubringen und auf Fluren oder Korridoren aufzustellen.

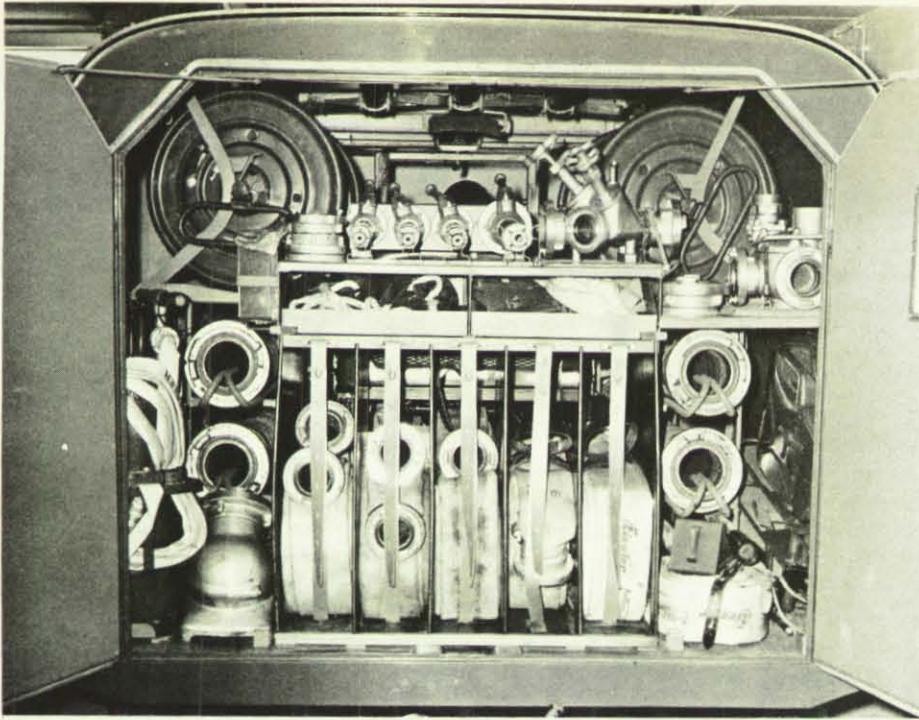
Hierbei ist aber unbedingt zu beachten, daß die Schränke nicht in „Flucht- oder Rettungsfluren“, in unmittelbarer Nähe von Ein- und Ausgängen oder vor Notausgängen aufgestellt werden und der normale Geschäftsverkehr nicht behindert wird.

Die Unterbringung der feuerwehrtechnischen Ausstattung der Brandschutzstaffel und der Brandschutzgruppe bereitet normalerweise keine Schwierigkeiten, da sie ständig auf der Löschkarre bzw. dem Tragkraftspritzen-Anhänger verladen und somit zweckmäßig untergebracht ist.

Die Fahrzeuge müssen aber so abgestellt werden, daß sie jederzeit für Einsatzzwecke zur Verfügung stehen. Eine teilweise Demontage der Fahrzeuge aus Gründen der Platzersparnis ist unter allen Umständen abzulehnen.

Um die Abstellfläche für die Löschkarre zu verkleinern, kann die Deichsel der Löschkarre hochgeklappt werden. Damit wird für die Unterbringung nur noch die Grundfläche des Löschkarrens als Stellfläche benötigt. Für Löschkarren älterer Bauart, die noch mit einer starren Deichsel ausgestattet sind, hat das Bundesamt für Zivilschutz eine technische Anleitung herausgegeben, nach der die starre Deichsel in eine bewegliche umgebaut werden kann.

Alternativ zur Unterbringung der Ausstattung der Brandschutzstaffel auf



Nach Einsätzen und Übungen ist das Zubehör sofort zu überprüfen und gegebenenfalls zu warten – auch das Zubehör des Tragkraftspritzen-Anhängers muß stets komplett und einsatzbereit sein.

der Löschkarre kann diese auch in Rücktragebehälter verlastet werden, die einfacher unterzubringen sind. Zweckmäßigerweise sollten Rücktragebehälter etwa in Schulterhöhe oder knapp darunter in einem Regal oder an einer Wand gelagert bzw. aufgehängt werden, damit die Einsatzkräfte der Brandschutzstaffel die Behälter bequem auf den Rücken nehmen können. Der für den Transport dieser Rücktragebehälter über längere Strecken empfohlene Löschkarren ist zusammenlegbar und somit ohne großen Raumbedarf zu lagern.

Wie bereits angedeutet, erscheint es zweckmäßig, die persönliche Ausstattung den Einsatzkräften des Behördenselbstschutzes auszuhändigen und von diesen im Arbeitszimmer oder am ständigen Aufenthaltsort aufzubewahren. Damit kann Lagerraum gespart und gleichzeitig die schnelle Einkleidung und Einsatzbereitschaft der Einsatzkräfte sichergestellt werden.

Ebenso wie die zentral gelagerte Ausstattung sollte auch die ausgegebene persönliche Ausstattung von Zeit zu Zeit auf Einsatzbereitschaft, Vollständigkeit und Zustand durch den Behördenselbstschutzleiter oder den für diese Ausstattung zuständigen Geräteverwalter überprüft werden. Für die Lagerung im Büroraum gelten grundsätzlich die gleichen Bestimmungen und Verhaltensweisen wie für die Aufbewahrung im Lagerraum.

Sicherheitsmaßnahmen

In den Lagerräumen sollten allgemeine Sicherheitsmaßnahmen und vorbeugende Maßnahmen in erster Linie gegen Brand und Diebstahl getroffen werden. Zu den vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen gehört neben dem Anbringen von entsprechenden Hinweisschildern, wie z. B. „Rauchverbot“, das Aufstellen bzw. Bereithalten von Feuerlöschern bzw. Kleinlöschgeräten (z. B. Kübelspritze). Als Feuerlöscher sind Pulverlöscher in den Ausführungen PG 6 H oder PG 12 H (nach Neufassung der DIN 14406 jetzt ABC-Feuerlöscher) zur Bekämpfung von Bränden der Brandklassen A (brennbare feste Stoffe, flammen- und glutbildend), B (brennbare flüssige Stoffe) und C (brennbare Gase) empfehlenswert, soweit nicht schon aufgrund bestehender Brandschutzvorschriften das Vorhandensein von Feuerlöschern gesetzlich bestimmt ist. Die Anzahl der bereitzustellenden Feuerlöscher bzw. Kleinlöschgeräte richtet sich nach der Größe des Lagerraumes und der Menge und Brandempfindlichkeit der eingelagerten Ausstattungsgegenstände. Als Faustformel für die Ausstattung mit Feuerlöschern kann dabei gelten: für normal große Räume 1 Feuerlöscher, für Räume bis ca. 150 m² 2 Feuerlöscher. Sind andere Löscheinrichtungen vorhanden, kann hiervon abgewichen werden. Selbstverständlich sollte beim Aufstellen von Feuerlöschern eine regelmäßige

Wartung und Überprüfung auf ihre Funktionsfähigkeit sein. Bei aufgestellten Kübelspritzen ist von Zeit zu Zeit das Wasser zu erneuern.

Darüber hinaus ist eine Notbeleuchtung (Batterieleuchten) wünschenswert, insbesondere in solchen Lagerräumen, die nicht über ausreichendes Tageslicht verfügen.

Die Lagerräume sollten verschlossen sein. Damit im Einsatzfall die Ausstattung aber sofort für die Einsatzkräfte verfügbar ist, muß an oder neben der Tür des Lagerraumes ein Zweitschlüssel in einem Schlüsselkästchen aufbewahrt werden, das leicht zu öffnen ist (z. B. durch Zerschlagen einer Glasscheibe). Der einschlägige Fachhandel (Ausrüster für Feuerwehrbedarf) bietet entsprechende Ausführungen preisgünstig an.

Bestandskontrollen

Gelegentliche Bestandskontrollen der Ausstattung dienen nicht nur zur Feststellung des genauen Bestands, sondern bieten zugleich die Möglichkeit, den Wartungszustand der einzelnen Geräte zu überprüfen. Bestands- (und Zustands-)kontrollen sind zweckmäßigerweise aktenkundig zu machen.

Folgende Grundsätze sollten bei der Lagerung der Ausstattung immer beachtet werden:

- Niemals verschmutzte, defekte oder unbrauchbar gewordene Ausstattungsgegenstände mit den übrigen Geräten zusammen lagern! Auch nicht vorübergehend.
- Möglichst immer die Ausstattung sofort nach Gebrauch reinigen und instandsetzen und dann erst einlagern. Auch notwendig gewordene umfangreichere Wartungsarbeiten sofort ausführen oder durch Fachfirmen oder Katastrophenschutzeinrichtungen (Zentralwerkstätten) ausführen lassen.
- Fehlende Ausstattungsgegenstände möglichst sofort ersetzen. Denn jedes fehlende oder nicht funktionierende Ausstattungsteil vermindert im Einsatzfall die Einsatzfähigkeit des Behördenselbstschutzes.

Dieser Beitrag wird mit Hinweisen zur fachgerechten Wartung und richtigen Pflege der Ausstattung des Behördenselbstschutzes fortgesetzt.

Erfolgreiche Wettkampfgruppen

Ein Bericht vom VI. Internationalen Feuerwehrwettkampf in Trient

Die „VI. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe“ fanden in der Zeit vom 31. 7.–7. 8. 1977 in Trient statt. 15 Nationen des CTIF waren zu den verschiedenen Wettkämpfen angetreten.

Für die teilnehmenden Mannschaften waren die Temperaturen gerade noch erträglich; sie lagen um 35–40 Grad.

Ein Südtiroler meinte dazu: „Es ist augenblicklich kein guter Sommer, es ist etwas kühl und unbeständig“.

Die Feuerwehren sind in Südtirol keine neue Einrichtung. Die ältesten Feuerwehren bestehen schon über 110 Jahre. 1925 wurden sämtliche Feuerwehren aus politischen Gründen aufgelöst; nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten die Wiedergründungen. Derzeit bestehen in Südtirol 294 Feuerwehren mit rund 10 000 Feuerwehrmännern. In Bozen und Trient besteht je eine Berufsfeuerwehr. Außerdem gibt es in Südtirol derzeit 20 Jugendfeuerwehren.

Um die besten Wettkampfgruppen nach Trient entsenden zu können, fanden im September 1976 in Holzminden bundesdeutsche Ausscheidungen statt. Der Wettkampf (Männer) der Freiw. Feuerwehren teilt sich auf in:

Klasse A (Gruppen ohne Altersbewertung; Gesamtalter der neun Gruppenmitglieder darf 269 Jahre nicht überschreiten)

Klasse B (Gruppen mit Altersbewertung; Gesamtalter der neun Gruppenmitglieder liegt über 270 Jahre)

Ferner gibt es eine Wertungsgruppe für Frauenmannschaften und für Berufsfeuerwehren.

Der Deutsche Feuerwehrverband wurde in Trient vertreten von:

Freiwillige Feuerwehren (ohne Altersbewertung)

FF Eichen 2 (Hessen)
FF Nieder-Roden 1 (Hessen)
FF Klein-Reken (NRW)
FF Gerstetten (Baden-Württemberg)
FF Partenkirchen (Bayern)

Freiwillige Feuerwehren (mit Altersbewertung)

FF Asendorf 1 (Niedersachsen)
FF Brañel (Niedersachsen)
FF Olpe (NRW)
FF Friedrichstal (Saarland)

Freiwillige Feuerwehren (Frauengruppe)

FF Differten 2 (Saarland)

Berufsfeuerwehren

BF Berlin

Verantwortlicher Wettkampfleiter der deutschen Mannschaften war, wie schon bei den vorausgegangenen internationalen Feuerwehrwettkämpfen, Stadtbrandmeister Kurt Frech

nahm nur an diesem Wettbewerb mit einer Gruppe teil.)

Am Wettbewerb der Frauengruppe nahmen folgende vier Nationen mit sechs Mannschaften teil:

Bundesrepublik Deutschland, Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei.

Die elf deutschen Mannschaften sowie die 25 Wettkampfrichter und die Mannschaftsführung trafen sich in



Präsident Albert Bürger, gleichzeitig Vizepräsident des CTIF, eröffnet die VI. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe in Trient. Rechts neben ihm sitzend der Präsident des CTIF, Halaubek (Wien).

(Böblingen). Technischer Leiter war Heinz Kayser (Böblingen) und als Mannschaftsarzt fungierte Dr. Eberhard Bürger (Tübingen).

Am „VI. Internationalen Feuerwehrwettkampf“ in Trient beteiligten sich beim Wettbewerb der Freiwilligen Feuerwehren folgende 14 Nationen mit 119 Mannschaften:

Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Österreich, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn.

Am Wettbewerb der Berufsfeuerwehren nahmen folgende sieben Nationen mit zehn Mannschaften teil:

Bundesrepublik Deutschland, Italien, Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei, UdSSR, Ungarn. (Die UdSSR

den Nachmittagsstunden des Samstags (30. 7.) in Mittenwald, wo alle in dortigen Bundeswehrkasernen übernachten konnten. Am Sonntagmorgen wurde die Fahrt in einem rund 20 Fahrzeuge umfassenden Konvoi in Richtung Trient fortgesetzt. In Mittenwald wurde dieser von der österreichischen Polizei übernommen und in zügiger Fahrt zum Brennerpaß geleitet. Tiefhängende Regenwolken und zeitweise starker Regen ließen wenig von der schönen Landschaft erkennen. Ohne großen Aufenthalt wurde die Fahrt vom Brennerpaß über die Autobahn bis Trient fortgesetzt, wo man in den frühen Nachmittagsstunden eintraf. Präsident Bürger nahm hier die deutsche Delegation im Empfang.

Mannschaften und Wettkampfrichter

wurden in Schulen (Massenunterkünften) und teilweise in Hotels untergebracht, so wie auch die übrigen rund 1500 Feuerwehrmänner der anderen Nationen. Allgemein kann festgestellt werden, daß die Unterkünfte und die Organisation gut waren. Besonders gelobt wurde von den Wettkämpfern die Verpflegung. Die gesamte Veranstaltung in Trient kann als eine gelungene Wettkampferveranstaltung bezeichnet werden. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß Verständigungsschwierigkeiten vorhanden waren, die Probleme schufen.

Das einwöchige Veranstaltungsprogramm in Trient begann am Montagmorgen (1. 8.) mit der feierlichen Lageröffnung. Am Mittwochmorgen folgte die Wettkampferöffnung im Stadion von Trient. An den Tagen davor hatten alle Mannschaften nach einem genauen Plan Trainingsmöglichkeiten. Die Wettkampferöffnung fand vor vollbesetzten Rängen statt und war sehr beeindruckend.

Der Vizepräsident des CTIF, Präsident Bürger, als Verantwortlicher für die Veranstaltungen, eröffnete die Wettkampferveranstaltung und wünschte allen Mannschaften viel Erfolg im kameradschaftlichen Wettstreit. Anschließend erteilte der Präsident des CTIF, Holaubek, dem Wettkampfleiter Kast (Österreich) den Auftrag, die Wettkämpfe durchzuführen.

Bei teilweise hohen Temperaturen wurden am Mittwoch und Donnerstag die Wettkämpfe vor gut besetzten Stadionrängen durchgeführt. Höhepunkt der VI. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe war die Schlußfeier mit der Siegerehrung am Freitagmorgen (5. 8.). Nachdem alle Wettkampfgruppen ins Stadion einmarschiert waren, erfolgte durch Präsident Holaubek und seinem Vizepräsidenten Bürger die mit Spannung erwartete Siegerehrung. Welch eine Freude dabei unter der deutschen Delegation! Sie errang insgesamt sieben Gold-, eine Silber- und zwei Bronze-Medaillen. Noch nie war eine deutsche Delegation bei den vergangenen fünf Wettkämpfen so erfolgreich gewesen. Der gesamten deutschen Delegation an dieser Stelle unser herzlicher Glückwunsch. Die gleiche Anzahl Medaillen errangen auch die Feuerwehren unseres Nachbarlandes Österreich.

Hier die Ergebnisse:

Gold wurde vergeben für 395–408 Punkte.

Silber wurde vergeben für 368–390 Punkte.

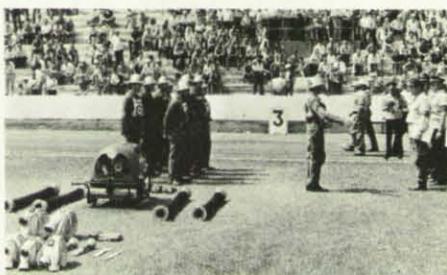
Bronze wurde vergeben für 329–365 Punkte.

Freiwillige Feuerwehren (ohne Alterspunkte): Gold: Nieder-Roden (401 Pkt.), Nidderau-Eichen (400 Pkt.), Parthenkirchen (400 Pkt.); beste Gruppe war: Zibohlavy/CSSR mit 408 Pkt.

Silber: Klein-Reken (372 Pkt.)



Bei der feierlichen Eröffnungsfeier im vollbesetzten Stadion von Trient wird die Fahne des CTIF hereingetragen.



Eine Phase aus dem internationalen Wettkampf: hier der Start zum Löschangriff.



Zur deutschen Mannschaft gehörte auch eine Frauengruppe aus Differten (Saarland). Unser Bild zeigt einige der Teilnehmerinnen vor dem Start zum Wettkampf.



Die deutschen Gruppen erzielten in Trient ausgezeichnete Ergebnisse. Die zehn Freiwilligen Feuerwehren errangen insgesamt sieben Gold-, eine Silber- und zwei Bronze-Medaillen. Hier nimmt der Gruppenführer der Gruppe aus Olpe (NRW) aus der Hand Präsident Bürgers die Goldmedaille entgegen.

Bronze: Gerstetten (361 Pkt.)

Freiwillige Feuerwehren (mit Alterspunkten)

Gold: Asendorf (409 Pkt.), Olpe (408 Pkt.), Bramel (404 Pkt.), Friedrichsthal (395 Pkt.); beste Gruppe war: St. Pölten/Österreich mit 421 Pkt.

Frauengruppe

Bronze: Differten (354 Pkt.); beste Gruppe war: Frydek/CSSR mit 390 Pkt.

Ein besonderes Kompliment gilt an dieser Stelle der Frauengruppe aus Differten, die das höchste Durchschnittsalter hatte. Es sollte überlegt werden, ob bei der Bewertung der Frauengruppen nicht auch eine Gruppe „mit Alterspunkten“ wie bei den Männern eingeführt werden kann.

Die Wettkampfgruppe der Berufsfeuerwehr Berlin nahm erstmalig an dem Wettkampf teil. Unter Berücksichtigung der Umstände, daß diese Gruppe sich erst im Frühjahr zur Teilnahme entschlossen hatte und somit nur eine verhältnismäßig kurze Zeit trainieren konnte, waren die gezeigten Leistungen sehr anzuerkennen. Unter zehn Gruppen belegte die Berliner Gruppe einen guten 7. Platz. Ferner muß man hierbei wissen, daß die anderen teilnehmenden Wettkampfgruppen eine „Nationalmannschaft“ des betreffenden Landes verkörperten. Sie waren als Landesauswahl zusammengestellt und jahrelang auf diesen Wettbewerb trainiert worden. Die Berliner Gruppe war eine Wettkampfgruppe ohne Wettkampferfahrung. Die Leistungen der Berliner Gruppe sollten aber für alle deutschen Berufsfeuerwehren ein Ansporn sein, im Jahre 1981 in England auch mit einer deutschen „Berufsfeuerwehr-Auswahl“ anzutreten.

Den Abschluß der VI. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe bildete am Samstag (6. 8.) ein Ausflug zu italienischen Feuerwehren in der näheren Umgebung von Trient, die alle Gruppen der Nationen eingeladen hatten; ein guter Brauch zur Völkerverständigung.

In den frühen Morgenstunden des Sonntags trat die deutsche Delegation im Konvoi die Rückreise nach Deutschland an. Am Brennerpaß gab es noch eine freudige Überraschung:

Von den Feuerwehren unseres Nachbarlandes Österreich wurde der deutsche Konvoi mit einer Musikkapelle empfangen. In Mittenwald angekommen, löste sich der Konvoi auf und die deutschen Feuerwehren fuhren getrennt den Standorten in der Bundesrepublik zu. **R. Voßmeier, BGF**

Der nächste Waldbrand kommt bestimmt!

Der Einsatz von Luftfahrzeugen zur Waldbrandbekämpfung

Es hat den Anschein, als würde die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahre von größeren Waldbrandkatastrophen verschont werden. Regelmäßige und zum Teil ergiebige Niederschläge und überdurchschnittlich hohe relative Luftfeuchtigkeiten in der ersten Jahreshälfte 1977 haben dazu beigetragen, daß auch in der besonders kritischen Waldbrand-Saison im Frühjahr und während der heißen Sommermonate anstelle der üblichen Waldbrandkatastrophen bisher nur kleinere Waldbrände, die aber schnell wieder unter Kontrolle gebracht werden konnten, gemeldet wurden.

Daß aber nach wie vor große Waldbrandkatastrophen möglich sind, daran werden wir erinnert, wenn man während der letzten Monate die Meldungen über die verheerenden Waldbrände auf Korsika und im fernen Kalifornien verfolgte. Hier stehen die Einsatzkräfte trotz einer hervorragenden Ausrüstung und jahrelanger Erfahrung bei der Bekämpfung derartiger Katastrophensituationen immer wieder vor unlöslichen Problemen. Wertvolle Waldbestände werden vernichtet, Wohnsiedlungen und Menschenleben sind bedroht, wenn die Urgewalt des Feuers sich ungehindert ausbreiten kann. Aus nächster Nähe konnten wir in der Bundesrepublik die Grenzen der Möglichkeiten zur Waldbrandbekämpfung erkennen, als sich im August 1975 im Regierungsbezirk Lüneburg die größte Waldbrandkatastrophe ereignete, die Deutschland



Löschwasserbehälter als Außenlast für Hubschrauber haben sich in der Vergangenheit bei Waldbränden in verschiedenen Ländern bewährt. Unser Bild: Der 1500-l-Kunststoffbehälter SMOKEY II mit Überlastöffnungen am Lasthaken einer Bo 105.



Links: Dieser Löschwasserbehälter QD aus Stahl wurde zunächst mit einer Füllmenge von 3800 l angeboten. Durch die Verwendung einer Aluminium-Legierung konnten zugunsten der Füllmenge Gewichtseinsparungen erzielt werden. – Rechts: Hier befestigt ein Feuerwehrmann einen Kunststoffbehälter SMOKEY I mit 5000 l Fassungsvermögen am Lasthaken eines schwebenden Hubschraubers vom Typ CH 53.

je erlebte. Trotz massierten Einsatzes aller verfügbaren Kräfte, einschließlich des Einsatzes von Hubschraubern und Flugzeugen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes und von französischen Löschwasserflugzeugen, konnten die immer wieder aufflackernden Brände erst nach Wochen endgültig unter Kontrolle gebracht werden. Wertvolle Waldbestände waren vernichtet, mehrere Menschenleben waren zu beklagen.

Der vom Niedersächsischen Minister des Innern erstellte ausführliche Erfahrungsbericht über die Waldbrandkatastrophe im August 1975 zeigt notwendige organisatorische und materielle Verbesserungsvorschläge auf, die auch von den übrigen Bundesländern ausgewertet wurden. In Zusammenarbeit mit den Bundesministerien des Innern und für Forschung und Technologie und anderen Bundesländern bemühen sich die mit der Waldbrandbekämpfung befaßten bayerischen Behörden seitdem vor allem, durch gezielte Vorbeugungsmaßnahmen, Waldbrände zum frühesten Zeitpunkt zu erfassen, um großflächige Ausdehnungen zu vermeiden. Ein Teil dieser Vorbereitungen ist die vorbeugende Luftbeobachtung, der Einsatz von Luftfahrzeugen zur Waldbrandbekämpfung und die Entwicklung von Löschwasserbehältern zur Brandbekämpfung aus der Luft, auf die der nachfolgende Bericht eingeht. Auf Anregung der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und

Luftrettungsdienst wurde schon 1968 in Bayern die „Luftrettungsstaffel Bayern“ eingerichtet. Sie umfaßt inzwischen insgesamt 31 bayerische Luftsportvereinigungen und Fliegerclubs mit 143 Luftfahrzeugen, deren 345 Piloten sich beereitert haben, mit ihren Privatflugzeugen bei der Katastrophenabwehr mitzuwirken. Anforderungsbe-rechtigt sind die örtlichen Katastrophenschutzbehörden, die auch die anfallenden Einsatzkosten zu tragen haben, soweit sie nicht vom Bayer. Staatsministerium des Innern aus Mitteln des im Vollzug des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) eingerichteten Katastrophenfonds getragen werden.

Eingesetzt werden überwiegend kleinere, zwei- bis viersitzige Sportflugzeuge, für die pauschale Selbstkosten in Höhe von 80 bis 120 DM pro Flugstunde in Rechnung gestellt werden. Die Flugstundenpauschale umfaßt sämtliche Nebenkosten, einschließlich Piloten, Kraftstoff, Haftpflicht- und Unfallversicherung.

Ergänzend hierzu wurde frühzeitig mit der Ausbildung von geeigneten Luftbeobachtern begonnen, die zur Unterstützung der Piloten erforderlich sind. Inzwischen haben etwa 160 Personen an einwöchigen Luftbeobachterlehrgängen teilgenommen, darunter vor allem

- Katastrophenschutzsachbearbeiter der Regierungen und der Kreisverwaltungsbehörden,
- Führungskräfte der Bayer. Landespolizei und des Bundesgrenzschutzes,
- Führungskräfte des Brandschutzes und des Bergungsdienstes (THW) und
- Forstbeamte.

Die überwiegend jüngeren Luftbeobachter werden



5000 l Wasser werden in Sekundenschnelle punktuell abgeregnet.

zu Lehrgangsbeginn von der Fliegerärztlichen Untersuchungsstelle Nordbayern fliegerärztlich untersucht und unterziehen sich nach einer eingehenden theoretischen und praktischen Ausbildung einem Eignungstest. Als Lehrkräfte stehen neben erfahrenen Fluglehrern und Piloten der Luftrettungsstaffel und der Polizeihubschrauberstaffel Bayern auch Beamte der Luftämter Nord- und Südbayern und Gastlehrer aus einschlägigen Staatsbehörden zur Verfügung.

Für die praktische Ausbildung werden eingesetzt:

- 1-2 Hubschrauber der Polizeihubschrauberstaffel Bayern vom Typ MBB Bo 105,
- 3 Flächenflugzeuge, darunter eine zweisitzige PIPER (Hochdecker) zur Anfertigung von Polaroid-Luftaufnahmen und zwei mehrsitzige Flugzeuge (CESSNA, IODL o. ä.).

Da die Luftrettungsstaffel über keine BOS-berechtigten Sprechfunkeinrichtungen verfügt und entsprechende Funkgeräte aus fernmelderechtl. Gründen auch nicht zugeteilt werden können, hat der



Flächendeckendes Abregnen wird im Vorwärtsflug bei einer Geschwindigkeit von ca. 100 Knoten erreicht.

jeweils eingesetzte Luftbeobachter ein FuG 7 b mitzubringen und während des gesamten Einsatzes Sprechfunkverbindung mit der alarmauslösenden Einsatzzentrale zu halten. Zur Zeit wird eine mobile FuG 7-b-Halterung mit Sprechgeschirr, Klemmantenne und Stromanschluß vorbereitet, die als luftfahrtechnisches Gerät zugelassen werden kann.

Das bayerische System der vorbeugenden Luftbeobachtung hat seine Bewährungsprobe im Sommer 1976 bestanden. Nach einer anhaltenden Frühjahrstrockenheit und einer mehrwöchigen Dürreperiode im Sommer wurde im Juni 1976 vom Bayer. Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über einen Zeitraum von 21 Tagen mit bis zu 14 Sportflugzeugen täglich die Luftbeobachtung der besonders gefährdeten Waldgebiete angeordnet. Unterstützt wurde die Luftbeobachtung durch die Hubschraubereinheiten der Polizei, des Bun-

desgrenzschutzes, der Bundeswehr und des Rettungsdienstes im Rahmen ihrer üblichen Einsätze.

Die Erfahrungsberichte der Forstverwaltung und der regionalen K-Behörden bestätigen, daß trotz extremer Witterungsverhältnisse größere Waldbrände verhütet werden konnten. Während im langjährigen Durchschnitt (Zeitraum 1955-1975) 183 Waldbrände mit einer Brandfläche von 155 ha zu verzeichnen waren, entstanden im Jahre 1976 insgesamt 672 Waldbrände mit einer Brandfläche von 419 ha. Nicht zuletzt durch den konzentrierten Einsatz von Flugzeugen zur Luftbeobachtung konnte die durchschnittliche Fläche pro Einzelbrand mit 0,62 ha wesentlich unter dem langjährigen Durchschnitt (0,85 ha) gehalten werden.

Es wäre zu begrüßen, wenn die von mehreren Ländern auf diesem Gebiet eingeleiteten Initiativen fortgeführt und die Ausbildung gemeinsam koordiniert werden könnten.

Abwurf von Kunststoff-Wassersäcken

Die von Anfang an geteilten Meinungen über die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit des Abwurfs von Wassersäcken mit Hubschraubern zeigen auch das Für und Wider dieser Einsatzmethode auf. Während man zum einen die Auffassung vertreten kann, daß in einer Katastrophensituation jedes erfolgversprechende Hilfsmittel geeignet ist, mehren sich die Bedenken gegen diese „Löschwasserbomben“, die Einsatzkräfte und -fahrzeuge gefährden können. Hinzu kommt der relativ hohe Anschaffungspreis der von einer Schweizer Firma entwickelten und neuerdings auch in der Bundesrepublik angebotenen „Wegwerfbehälter“, der bei einem Fassungsvermö-

gen von ca. 800 l bei rd. 200 DM liegen soll.

Es könnten allenfalls noch die von der Landesfeuerweherschule Celle und der Berufsfeuerwehr Innsbruck erprobten und vergleichsweise billigen Eigenkonstruktionen befürwortet werden. Dabei handelt es sich um selbstgefertigte Wassersäcke aus Folienschläuchen, die an beiden Enden und in der Mitte abgebunden werden. Die Füllmenge richtet sich nach der zulässigen Außenlast des Hubschraubers. Die angesprochene Gefährdung der Einsatzkräfte ist jedoch auch hier zu beachten.

Nach den vorliegenden Erfahrungsberichten liegt die günstigste Abwurfhöhe bei 80–100 m. Unterhalb dieser Höhe sind bei längerem Stillstand Auswirkungen des Rotorabstrahls auf die Brandstelle zu befürchten. Größere Höhen verringern die Zielgenauigkeit und erhöhen die Gefahr für die Einsatzkräfte.

Löschwasserbehälter als Außenlast für Hubschrauber

Nach den positiven Erfahrungen, die in der Schweiz, in Österreich und auch bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen mit dem amerikanischen Löschwasserbehälter vom Typ „CHADWICK“ (530 l) gewonnen werden konnten, wurde auch in der Bundesrepublik mit der Entwicklung und dem Einsatz von Wasserbehältern als Außenlast für Hubschrauber begonnen. Unterstützt wurde diese Entwicklung vor allem auch durch den Bundesminister des Innern, die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß die von der Industrie angebotenen Prototypen unter vergleichbaren Bedingungen einer kritischen Erprobung und Beurteilung unterzogen werden konn-

ten. Ohne auf die flugtechnischen Belange einzugehen, die einem abschließenden Erfahrungsbericht der Bundeswehreprüfungsstelle 91 in Meppen/Emsland vorbehalten sind, lassen sich die derzeit angebotenen und für den vorgesehenen Einsatzzweck geeigneten Löschwasserbehälter vergleichend wie folgt darstellen, wobei darauf hinzuweisen ist, daß alle Behälter, wenn auch mit unterschiedlicher Technik sowohl stationär als auch vom Hubschrauber aus durch Eintauchen in stehende oder schwach fließende Gewässer befüllt werden können.

CHADWICK C-140, C-450

Die in Amerika hergestellten und mit elektrischen Stellmotoren betriebenen Kunststoff-Behälter werden in zwei Größen angeboten und zwar

● C-140:
Leergewicht 40 kg
Füllmenge 530 l
Gesamtgewicht ca. 570 kg
Preis ca. 7800 DM

● C-450:
Leergewicht 90 kg
Füllmenge 1700 l
Gesamtgewicht 1790 kg
Preis ca. 9500 DM

Der CHADWICK-Behälter C-140 eignet sich als Außenlast für die Hubschrauber vom Typ Bell UH 1 D, Bo 105, Alouette II und III, wobei die Füllmenge bei den leichten Hubschraubern Bo 105 und Alouette der zulässigen Außenlast angepaßt werden kann. Der Nachteil dieses Typs gegenüber anderen Fabrikaten besteht darin, daß der elektrisch betriebene Stellmotor den Anschluß an das Bordnetz (?) oder an eine zusätzlich mitzuführende Batterie erfordert.

Der CHADWICK-Behälter C-450 mit seinem relativ hohen Gesamtgewicht von 1790 kg kann ohne Beschränkung der Füllmenge nur von größeren Hubschraubertypen transportiert



Anflug mit einem BGS-Hubschrauber vom Typ Bell UH 1 D zum Eintauchen des Löschwasserbehälters SMOKEY II (1500 l).



Nach dem Eintauchen des Behälters (Mindesttiefe 2 m) hebt der Hubschrauber ab. Dabei läuft die Überlast ab.



Das pneumatische Auslösen des Öffnens und Schließens der Auslauföffnung geschieht über einen Druckluftzylinder, der mittels genormter Preßluftflaschen (200–300 bar) betrieben wird.

werden, insbesondere dann, wenn das zulässige Abfluggewicht durch zusätzliche Besatzungsmitglieder (Luftbeobachter, Sprechfunker) oder hochgelegenen Einsatzort frühzeitig erreicht wird.

Das Flugverhalten des CHADWICK-Behälters ist einwandfrei und gab bisher – soweit bekannt – zu keinerlei Beanstandungen Anlaß.

SMOKEY I und II

Der von einer Behälterfirma aus Uelzen in enger Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Feuerwehrflugdienst entwickelte pneumatisch gesteuerte Kunststoff-Behälter wird ebenfalls in zwei Größen angeboten:

● SMOKEY I:

Leergewicht 225 kg
Füllmenge 5000 l
Gesamtgewicht 5225 kg
Preis ca. 9000 DM

● SMOKEY II:

Leergewicht 125 kg
Füllmenge 1500 l
Gesamtgewicht 1625 kg
Preis ca. 7000 DM

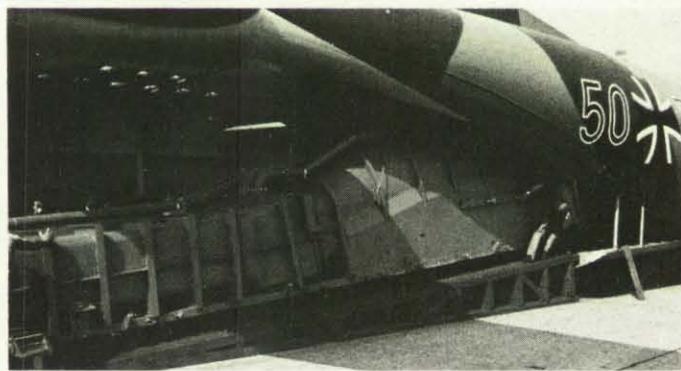
Der Löschwasserbehälter SMOKEY I kann bei einem Gesamtgewicht von 5225 kg nur von schweren Transporthubschraubern, wie z. B. dem bei der Bundeswehr eingesetzten Typ CH 53 befördert werden. Dagegen kann der Behälter SMOKEY II bei einem Gesamtgewicht von 1625 kg auch noch von leichten Transporthubschraubern des Typs Bell UH 1 D (max. Anhängelast = 1815 kg) transportiert werden. Durch eine entsprechende Überlaufmechanik (Überlastöffnungen) kann darüber hinaus die Füllmenge soweit begrenzt werden, daß sie der zulässigen Anhängelast des zur Verfügung stehenden Hubschraubertyps angepaßt werden kann (z. B. Bo 105, Alouette II und III, Lama). Das pneumatische Auslösen des Öffnens und Schließens der Auslauföffnung ge-



Das Fassungsvermögen dieses Alu-Behälters beträgt 1500 l. Durch hydraulische Steuerung kann der Mantel angehoben werden, wodurch ein flächenförmiges Abregnen erreicht wird.



Eine bemerkenswerte Entwicklung: Der 13,80 m lange Feuerlösch-Rüstsatz für das Transportflugzeug C-160 TRANSALL. Das Leergewicht beträgt 2100 kp.



Über die künstlich verlängerte Laderampe kann der Feuerlösch-Rüstsatz von vier bis sechs Personen in den Laderaum der TRANSALL geschoben werden. Die Einrüstdauer beträgt 45 bis 60 Minuten.



In vier bis fünf Minuten wird der Löschwasserbehälter über vier genormte B-Schläuche der Feuerwehr mit 12 200 l Wasser gefüllt.

schieht über einen Druckluftzylinder, der mittels genormter, bei den Feuerwehren vorhandener Preßluftflaschen (200–300 bar) betrieben wird. Mit einem Satz dieser sogenannten „Atemluftflaschen“ können ca. 25 Einsätze durchgeführt werden. Das Auswechseln dauert etwa 15–20 Sek. Gegenüber einer elektrischen Steuerung hat die Pneumatik den Vorteil, daß in den Pilotenraum nur zwei Kunststoffschläuche zu führen sind, die bei Notabwurf gekappt werden können.

Die von der Bundeswehr und dem Bundesgrenzschutz unter modellartigen Bedingungen durchgeführten Versuche gaben hinsichtlich des Flugverhaltens weder im leeren noch im gefüllten Zustand zu irgendwelchen Beanstandungen Anlaß, wobei als Anhängervorrichtung die luftfahrtechnisch zugelassenen 6 bzw. 2 Tonnen-Lastgurte verwendet wurden.

QD-System 1500, 5000

Das von einer renommierten deutschen Flugzeugfirma aus Bremen entwickelte QD-System (QD = quick-delivery) wurde zunächst in einer Stahlkonstruktion mit einer Füllmenge von 3800 l angeboten. Wegen des damit verbundenen relativ hohen Eigengewichts wurden die QD-Versionen neuerdings umgebaut. Neben einer aus flugtechnischen Gründen veränderten äußeren Form besteht die wesentlichste Neuerung in der Gewichteinsparung durch Verwendung einer Aluminium-Legierung, so daß sich zum Vergleich folgende Werte ergeben:

● QD 1500:
Leergewicht 150 kg
Füllmenge 1350 l
Gesamtgewicht 1500 kg
Preis ca. 7650 DM

● QD 5000:

Leergewicht 550 kg
Füllmenge 4500 l
Gesamtgewicht 5050 kg
Preis ca. 12 150 DM

Die von den Größenordnungen her mit den SMOKEY-Behältern vergleichbaren QD-Systeme können in der größeren Ausführung (Füllmenge 4500 l) ebenfalls nur von schweren Transporthubschraubern (z. B. CH 53) befördert werden, während die kleinere Ausführung (Füllmenge 1350 l) auch von leichten Transporthubschraubern des Typs Bell UH 1 D eingesetzt werden kann.

Für die ebenfalls hydraulisch gesteuerte Mechanik gelten bezüglich der Verwendung von Normflaschen die gleichen Hinweise wie für die SMOKEY-Behälter.

Ein wesentlicher Unterschied besteht in der Anordnung der Austrittsöffnung. Während der SMOKEY-Behälter eine kreisrunde Boden-Abdeckplatte mit ca. 60 cm Durchmesser hat, die hydraulisch nach innen angehoben wird, kann beim QD-Behälter der Mantel des Behältnisses – ebenfalls hydraulisch – nach oben abgehoben werden, wodurch ein flächenförmiges Abregnen erreicht wird.

Diese unterschiedlichen Austrittsöffnungen beeinflussen zwangsläufig den Wasserablaß bei Stillstand des Hubschraubers.

Gegen die Aluminium-Ausführung werden trotz einer vorgesehenen Holzbodenkonstruktion teilweise die Befürchtungen geäußert, daß bei unkontrolliertem Aufsetzen oder Aufschlagen der Behälter so stark beschädigt werden könnte, daß trotz der angebrachten Gummilippendichtung das aufgenommene Wasser vorzeitig abläuft und Reparaturen u. U. nicht mehr möglich sein könnten, während die Reparatur eines Kunststoff-Behältnisses in der Regel unproblematischer sein dürfte.



Die TRANSALL im Löschwassereinsatz.



Anflug 30 m über Grund zum punktuellen Zielabwurf.



Durch Hochziehen der Maschine und Vergrößerung des Anstellwinkels wird das Auslaufen des Wassers beschleunigt.

Löschwasserflugzeuge

CANADAIR CL-215 „Wasserbomber“

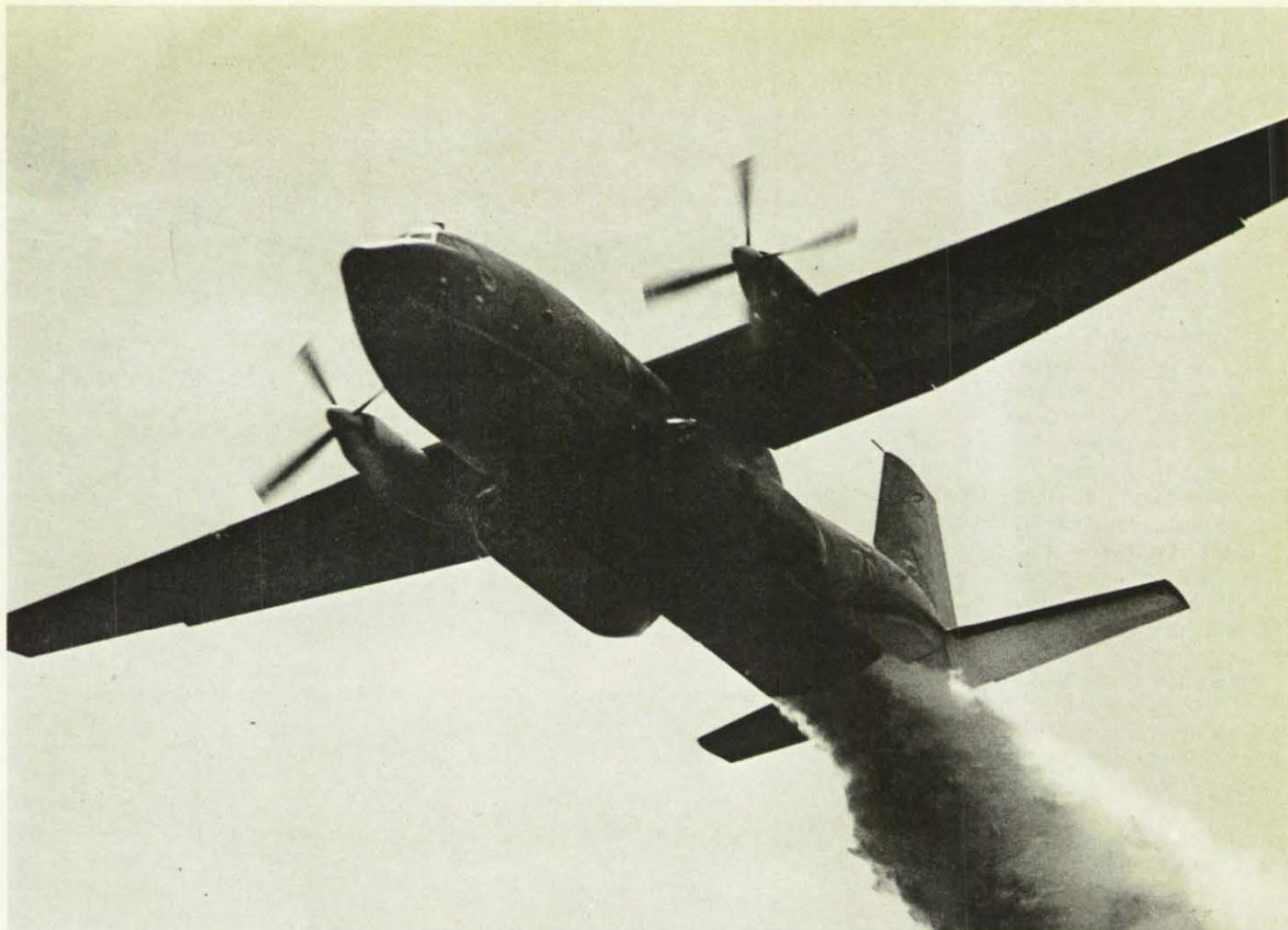
Die französische Zivilschutzorganisation „Protection civile“ verfügt über insgesamt 12 Amphibienflugzeuge vom Typ „CANADAIR CL-215“, allgemein auch „Wasserbomber“ genannt, die sich in den letzten Jahren bei den großen Waldbränden in Südfrankreich und auf der Insel Korsika sehr bewährt haben.

Auch während der Waldbrandkatastrophe 1975 in Niedersachsen konnten zwei Löschflugzeuge dieses Typs wirkungsvoll eingesetzt werden, die lt. vorliegendem Erfahrungsbericht insgesamt 175 Einsätze flogen, davon 102 durch Betanken auf einem Flugplatz und 73 durch Wasseraufnahme im Landungsflug am Steinhuder Meer (scooping).

Die in Marignane bei Marseille stationierten CANADAIR-Wasserbomber können auf der Grundlage eines deutsch-französischen Vertrages über die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen angefordert werden. Zentraler Ansprechpartner für die Bundesrepublik ist der Bundesminister des Innern, der die Anforderung an das französische Innenministerium weiterleitet.

C-160 TRANSALL-Löschsystem

Die bemerkenswerteste Entwicklung auf diesem Gebiet ist wohl der im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie von der Firma MBB in Hamburg entwickelte Prototyp eines Feuerlöschrüsstsatzes für das Transportflugzeug C-160 TRANSALL. Dabei ist man von der Überlegung ausgegangen, daß es wirtschaftlicher ist, bei Bedarf eine größere Anzahl vorhandener Flugzeuge umzurüsten (Einrüstdauer = 45–60 Minuten), als speziell entwickelte und



Die Ablaßzeit des Wassers ist abhängig vom Fluglagewinkel. Sie liegt minimal (bei 11° Fluglagewinkel) bei 4,5 Sekunden und maximal (bei 6,5° Fluglagewinkel) bei 7 Sekunden.

nur für diese Einsatzart verwendbare Feuerlöschflugzeuge wie den „CANADAIER-Wasserbomber“ zu beschaffen. Gegenüber den französischen Amphibienflugzeugen hat das TRANSALL-System zwar den scheinbaren Nachteil, daß es Wasser nicht im Landungsflug (scooping) aufnehmen kann, sondern immer auf einem größeren Flugplatz betankt werden muß. Da die Möglichkeiten der unmittelbaren Wasseraufnahme in einer angemessenen Nähe zu den gefährdeten Gebieten in der Bundesrepublik ohnehin begrenzt sind, dagegen aber ausreichend geeignete Flugplätze zur Verfügung stehen, spielt dieser Umstand jedoch keine große Rolle.

Der TRANSALL-Rüstsatz besteht aus dem eigentli-

chen Löschmittelbehälter mit einem Fassungsvermögen von 12 200 l (CANADAIER CL-215 = 5500 l), einem Klappventil, einem Zwischenkanal und einer flexiblen Verbindung zum Endkanal an der Laderampe.

Der Löschmittelbehälter wird mittels 4 genormter B-Schläuche in 3–4 Minuten betankt. Während des Anflugs zum Einsatzort werden die Laderampe und das Ladetor geschlossen gehalten und erst kurz vor dem Ablassen des Löschwassers wieder geöffnet. Die Bedienung des Schnellöffnungsventils erfolgt durch den Lademeister, der seine Weisungen vom Piloten über die Bordsprechanlage erhält. Der Löschmittelbehälter entleert sich je nach Fluglage in 4 bis 8 Sekunden. Für das erneute Landen, Betanken und den

Start werden ca. 10 Minuten benötigt. Die Fluggeschwindigkeiten betragen

- im Anflug (beladen) 385 km/h,
- beim Löschen 235 km/h und
- im Rückflug (leer) 450 km/h.

Bei einer Entfernung zwischen Flugplatz und Einsatzort von 60 km sind somit mit einem Flugzeug pro Stunde 2 Löscheinsätze (= 24 400 l Wasser) möglich. Stehen 10 Flugzeuge dieser Art zur Verfügung so ergeben sich bei richtiger Koordinierung 20 Einsätze pro Stunde, also eine Löschorfolge von 3 Minuten für jeweils 12 200 l Wasser (= 244 t Wasser pro Stunde). Das ist eine Größenordnung, die auch bei

Waldbrandkatastrophen ihre Wirkung nicht verfehlen würde.

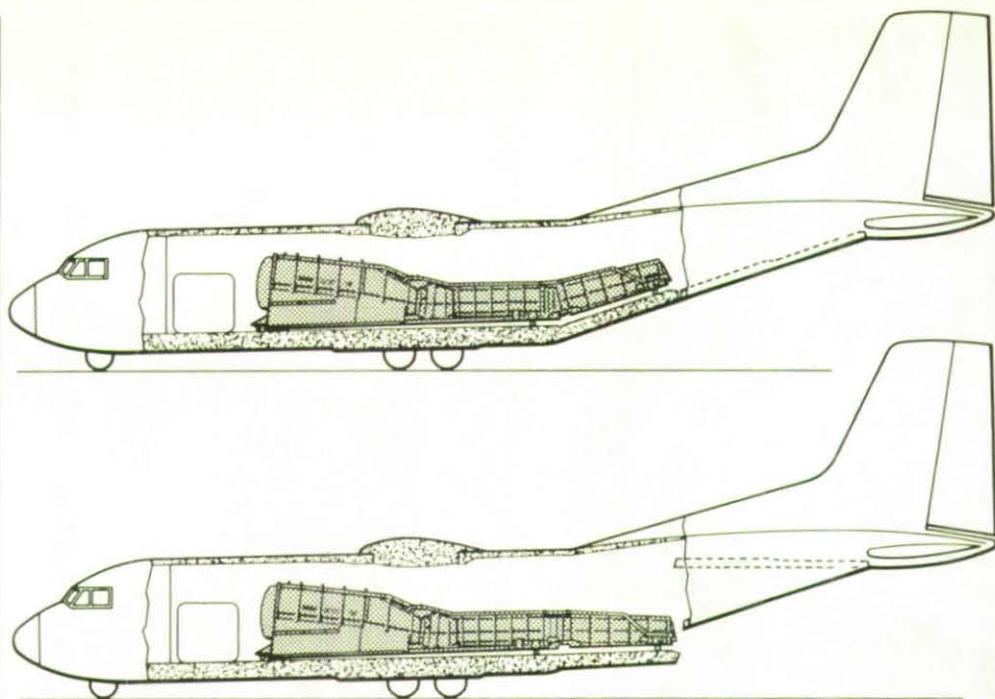
Damit stellt sich zugleich die Frage nach der Stückzahl, die für effektive Großeinsätze vorzuhalten wäre. Die Sachverständigen sind der Meinung, daß etwa 12 Rüstsätze, verteilt auf die drei TRANSALL-Standorte im Bundesgebiet, den Bedarf sowohl regional als auch für geschlossene Großeinsätze abdecken könnten.

Angesichts der relativ hohen Kosten – nach Angaben der Entwicklungsfirma liegt der Preis pro Rüstsatz knapp unter 300 000 DM – kann wohl kaum damit gerechnet werden, daß die Länder eine derart aufwendige Ausstattung vorhalten können, da der Brandschutz eine kommunale Aufgabe ist und die staatliche Förde-

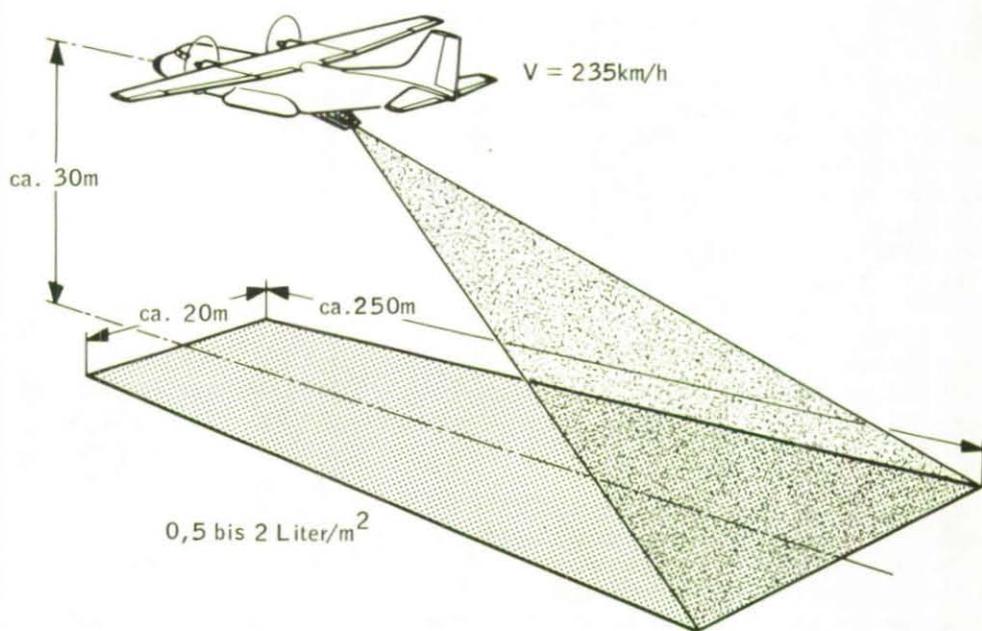
rung überwiegend durch Zuschüsse erfolgt.

Stattdessen wäre es sinnvoll, wenn die Beschaffung der TRANSALL-Rüstsätze für die Aufgabenbereiche der Bundesministerien der Verteidigung und des Innern durch den Bund und die Beschaffung von Löschwasserbehältern als Außenlast für Hubschrauber durch die Länder erfolgen würde. Nach einer abschließenden Koordination mit den beteiligten Bundesministerien und den Ländern wird der Freistaat Bayern eine größere Anzahl von 1500-l-Behältern beschaffen, die mit einer Überlaufmechanik ausgestattet sind, damit sie ggf. auch von kleineren Hubschraubern eingesetzt werden können. Die beteiligten Stellen sind sich – unabhängig von den noch zu klärenden Fragen (Zumischung chemischer Stoffe, Kontrolle der Füllmenge) – darüber einig, daß im ganzen Bundesgebiet möglichst nur ein Fabrikat, wenn auch in zwei Größen (1500 und 5000 l) beschafft werden sollte, damit eine überregionale Einsetzbarkeit sichergestellt ist und eine einheitliche Ausbildung erfolgen kann.

Das Bayer. Staatsministerium des Innern wird in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr Ende Oktober 1977 einen Teil der hier angesprochenen neuen Systeme zur Waldbrandbekämpfung aus der Luft im Rahmen einer großen Waldbrand-Katastrophenschutzübung im Voralpengebiet des Regierungsbezirks Oberbayern einsetzen, um insbesondere die Zusammenarbeit mit der örtlichen Katastropheneinsatzleitung und den Einsatzkräften praktisch zu erproben. Damit soll ein Beitrag zur weiteren Entwicklung dieser für die Waldbrandbekämpfung wichtigen Geräte geleistet werden, denn um es mit einer abgewandelten Redewendung auszudrücken – „... der nächste Waldbrand kommt bestimmt!“



Schematische Darstellung des Einbaus eines Feuerlösch-Rüstsatzes in das Transportflugzeug C-160-TRANSALL.



Die Skizze zeigt die großflächige Benetzung im Vorwärtsflug bei normaler Fluglage. Die angegebenen Werte sind Circa-Werte. Der Maximalwert der Benetzung beträgt 5 l/m².

Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ an vier Orten

Der diesjährige Einsatz der BVS-Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ war in Schleswig-Holstein besonders erfolgreich.

Bei der Eröffnung in **Itzehoe** in Anwesenheit von Vertretern der Behörden, Verbände und Organisationen betonte BVS-Landesstellenleiter Beiter, der Bürger sollte sich über die Hilfsorganisationen mehr informieren, wenn nicht gar sich ihnen anschließen. Bürgermeister Hörnlein meinte:

„Wenn diese Ausstellung erreicht, das Interesse der Bevölkerung an den Organisationen wachsen zu lassen, und wenn durch die Informationen auch nur ein einziger Unfall verhindert oder in seinen Folgen gemildert wird, dann haben sie ihren Zweck voll und ganz erfüllt.“ Offiziell wurde die Ausstellung durch Landrat Dr. Brümmer eröffnet. In seinen Ausführungen stellt er heraus, nicht nur der BVS von seinem gesetzlichen Auftrag her, sondern alle, die irgendwie dem Katastrophenschutz verbunden sind, hätten Verständnis für die Belange des Zivilschutzes, der den Katastrophenschutz im Frieden wie auch im Verteidigungsfall einschließt, bei der Bevölkerung zu schaffen und zu erhalten.

Neben dem Informationszelt des BVS hatten DRK, JUH, THW und Feuerwehr ihre Fahrzeuge und Rettungsgeräte aufgestellt. Ganz besondere Aufmerksamkeit erregte eine Demonstration des Bundesgrenzschutzes: Übungsmäßig wurden zwei bei einem Autounfall schwer verletzte junge Leute mit einem Rettungshubschrauber geborgen und dann aus windiger Höhe fachgerecht abgeseilt. Aus einem Lautsprecherwagen, den die Polizei zur Verfügung gestellt hatte, wurde vom Leiter der BVS-Dienststelle Itzehoe, Gustav von Gruenewaldt, den Zuschauern der Handlungsablauf erklärt. Nicht um eine Übung, sondern um einen wirklichen Notfall handelte es sich, als THW und DRK, die während der Veranstaltung abgerufen worden waren, mit ihren Fahrzeugen in Richtung Bruns-

büttel eilten, um bei einem Grundbruch des Deiches von St. Margarethen Hilfe zu leisten.

Rund 3500 Ausstellungsbesucher wurden übrigens in Itzehoe gezählt.

*

In **Neumünster** galt die Ausstellung als ein Beitrag zur 850-Jahr-Feier der Stadt. Sie wurde dort Anfang Juni gezeigt und hatte annähernd 5000 Besucher. Auf dem Parkplatz neben dem Rathaus hatten Freiwillige Feuerwehr, THW, DRK, ASB, JUH und MHD ihre Zelte, Fahrzeuge und Geräte um das BVS-Zelt herum aufgebaut.

*

Gleichfalls mit Beteiligung der Katastrophenschutzorganisationen wie auch der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft wurde die BVS-Wanderausstellung in **Pinneberg** durchgeführt. Die Schirmherrschaft hatte Bürgermeister Kath übernommen, die Eröffnung erfolgte durch Landrat Hebisch. Erfreut wies dieser darauf hin, daß die Bevölkerung nun die Möglichkeit habe, sich über die Arbeit der Hilfsorganisationen zu informieren. In seinen Ausführungen betonte er, der Mensch sei nicht nur durch die Naturkräfte bedroht, auch durch die Industrie entstünden immer neue Gefahren. Der Leiter der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, Franz Beiter, machte in seiner Ansprache auf die Gefahren des täglichen Lebens aufmerksam, ob im häuslichen Bereich, am Arbeitsplatz oder im Straßenverkehr. Eine Vielzahl von Unfällen ließe sich vermeiden durch Aufklärung und Ausbildung bei einer der Organisationen. Gustav von Gruenewaldt, Leiter der für die Kreise Pinneberg, Segeberg, Steinburg und Dithmarschen zuständigen BVS-Dienststelle, zeigte sich glücklich darüber, daß die Wanderausstellung des BVS gerade in der Zeit gezeigt werde, in welcher die Pinneberger Freiwillige Feuerwehr ihr 100. Jubiläum feiere.

Fast 4800 Pinneberger Bürger informierten sich während der Ausstellungstage über den Katastrophenschutz.

Ca. 2500 Personen waren es in **Eutin**, welche die BVS-Wanderausstellung und die Einrichtungen der Hilfsorganisationen des Kreises Ostholstein besichtigten. Bereichert wurde die Veranstaltung durch praktische Vorführungen. Den Abschluß bildete ein Volksfest mit vielen Attraktionen.

Mit der Aktion „Rund um den Katastrophenschutz“ in vier Orten in Schleswig-Holstein konnte der BVS der Bevölkerung deutlich die Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeiten der Hilfeleistung in Not- und Katastrophensituationen demonstrieren.

Selbstschutz-Bestandsaufnahme in Schleswig-Holstein

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat mit Erlaß vom 9. Juni 1977 eine Bestandsaufnahme in Sachen Selbstschutz angeordnet, die eine genaue Übersicht über den Aufbau und Ausbildungsstand des Selbstschutzes in Schleswig-Holstein ergeben soll.

Die Amtsvorsteher und Bürgermeister der amtsfreien Gemeinden müssen den Landräten Bericht erstatten, diese und die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte haben dem Innenminister die Berichte mit einer Stellungnahme vorzulegen. Die dem Erlaß des Innenministers beigelegte Anlage umfaßt 8 Punkte, über die Auskunft verlangt wird.

Die präzise Fragestellung läßt erkennen, daß die Landesregierung den Weg, der mit der vorbildlichen Katastrophenvorsorge eingeschlagen wurde, auch auf dem Gebiet des Selbstschutzes weitergehen will. Den leitenden Verwaltungsbeamten in Schleswig-Holstein wird die Beantwortung der Fragen sicher nicht immer ganz leichtfallen. Durch die Bestandsaufnahme werden jedoch alle verantwortlich Beteiligten an ihre Pflicht erinnert, den Selbstschutz aufzubauen, zu fördern und zu leiten. Eine solche Erinnerung könnte – das ist zu hoffen – zumindest eine Aktivierung auf diesem oft vernachlässigten Gebiet bewirken.

Neue Initiativen gefordert

Zu größeren Anstrengungen im Zivilschutz forderte der Vorsitzende des „Arbeitskreises Zivilschutz und Katastrophenschutz in der Ärztekammer Bremen“, Dr. med. Eckehard Frühbrodt, in einem Pressegespräch anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Zivilschutz“ in der Handelskrankenkasse Bremen auf. Wenn Schweden, Norwegen und die Schweiz verstärkt Bemühungen zum Schutz ihrer Bevölkerung unternähmen, sollte dies zu denken geben, meinte der Mediziner.

Auch die UdSSR und China, so Frühbrodt, haben in den letzten Jahren große Anstrengungen im Schutzraumbau gemacht. Peking beispielsweise könne – wie jede andere größere Stadt in der Volksrepublik China – unterirdisch voll versorgt werden. In den unterirdischen Gewölben seien bereits Fundamente geschaffen worden, auf denen die jetzt noch

„über Tage“ arbeitenden Maschinen im Ernstfall innerhalb weniger Stunden montiert werden können. Alles sei bereits jetzt so vorbereitet, daß ein mehrwöchiges sicheres Arbeiten möglich sei.

Dr. Frühbrodt sprach sich für neue Initiativen in der Bundesrepublik aus. Verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen und das Verhalten in Krisenzeiten sei unbedingt notwendig.

Der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Bremen, Freese, verwies darauf, daß über 40 Vortragsveranstaltungen mit Filmvorführungen zum Thema „Zivilschutz und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland“ stattgefunden hätten. Abgangsklassen der Schulen sowie Mitarbeiterinnen des Deutschen Hausfrauenbundes und Bedienstete verschiedener Ortsämter hätten daran teilgenommen. Im 2. Halbjahr 1977 sollen fünf „Zivilschutzseminare“, davon vier für Bre-

mer Polizeibeamte und eines für verantwortliche Mitarbeiterinnen politischer und konfessioneller Frauenverbände, stattfinden. Zwei Tagesseminare für Bremer Pädagogen werden noch vorbereitet.

Freese wies ausdrücklich auf die Initiative der Bremer Landesregierung hin; am 14. März dieses Jahres habe diese Richtlinien zur Förderung des Behördenselbstschutzes beschlossen.

Lehrerkollegium informierte sich

Vor dem Lehrerkollegium der Luther-Schule fand eine Informationsveranstaltung der BVS-Dienststelle Bremerhaven mit Filmvorführungen statt, die mit großem Interesse aufgenommen wurde. Es ist geplant, für Lehrer und Hausmeister der Schule einen Selbstschutz-Grundlehrgang durchzuführen.

Fahrbare Zivilschutz-Ausstellung an „Beruflichen Schulen“

Nach einer intensiven Vorarbeit der BVS-Dienststelle Wiesbaden wurde die Fahrbare Zivilschutzausstellung (FZA) Hessen an den „Beruflichen Schulen Untertaunus“ in Taunusstein eingesetzt.

Den Berufsschülern konnte durch den Einsatz der FZA der Selbst- und Zivilschutz an Hand von Vorträgen, Filmvorführungen und durch die Tafelausstellung „Zivilschutz“ nähergebracht werden. Die Dienststelle Wiesbaden führte am letzten Tag für das Lehrerkollegium eine Einweisung „Brandbekämpfung“ durch, bei der u. a. der Umgang mit Kleinlöschgeräten vorgeführt wurde.

Oberstudiendirektor Tolksdorff richtete an die BVS-Landesstelle ein Schreiben, in dem es u. a. heißt:

„... Diese Ausstellung hat einen außergewöhnlichen Informationswert und wurde von Schülern und Lehrern mit großer Aufmerksamkeit besucht. Von allen Besuchern wurde es als sehr nützlich angesehen, daß Sie

diese Informationsschau durch eine Filmvorführung und begleitende Beiträge ergänzten... Für die sehr interessanten und äußerst lehrreichen Beiträge und ihre vorbildliche Darbietung verdienen ihre Mitarbeiter besonderen Dank und Anerkennung... Am letzten Tage der Ausstellung veranstalteten Sie auf unseren Wunsch für das gesamte Kollegium eine Einweisung in die Brandbekämpfung und die Handhabung der Löschgeräte.

... Wir alle haben dabei sehr viel Nützliches gelernt.

... Es wäre schön, wenn Sie Gelegenheit fänden, im nächsten Jahr diese Ausstellung zu wiederholen.“

Dienststellenleiter Wendtland ausgeschieden

Am 31. Juli schied der Leiter der BVS-Dienststelle Heppenheim, Artur Wendtland, aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Dienst.

Wendtland wurde bereits bei der Landesstelle Hessen des damaligen BLSV hauptamtlich eingestellt. Im Januar 1958 wurde er Sachbearbeiter

des Hauptsachgebiets IV. Im März 1966 wurde er nach Heppenheim versetzt und übernahm die Leitung der BVS-Dienststelle. In seiner 21jährigen Tätigkeit hat Wendtland am Aufbau der Dienststelle Heppenheim und des Selbstschutzes im Dienststellenbereich entscheidend mitgewirkt. Mit anerkennenden Worten für seine bisher geleistete Arbeit wurde ihm die Dankesurkunde des Verbandes überreicht.

Zivilschutz-Information für die Jugend

Auch im ersten Halbjahr 1977 war es möglich, die Fahrbare Zivilschutzausstellung (FZA) schwerpunktmäßig einzusetzen. In Aufklärungsveranstaltungen in den Abschlußklassen der Haupt-, Mittel- und Oberschulen und in Berufsschulen konnten Jugendliche und Heranwachsende über den Zivilschutz informiert werden. Vorträge und Filme regten zu Diskussionen an. Die gezielt gestellten Fragen bewiesen, daß die Schülerinnen und Schüler der Thematik zwar kritisch, aber selten ablehnend gegenüberstehen.

Über 800 richtige Einsendungen

Voerde. Auf der Ausstellung „Voerde 77“ war auch der BVS, Dienststelle Wesel, mit einem repräsentativen Stand vertreten. Auf einer Fläche von 50 qm vermittelte der BVS den Ausstellungsbesuchern eine Übersicht über richtiges Verhalten in Unglücks- und Katastrophenfällen. Zusätzlich gab es eine Fülle von Informationen über die im Katastrophenschutz tätigen Organisationen. BVS-Dienststellenleiter Schuster schätzte, daß der Stand innerhalb von neun Tagen von 12 000 Menschen besucht wurde. Rund 3 000 Personen beteiligten sich an einem Preisausschreiben der Dienststelle; über 800 richtige Einsendungen gingen ein. Die 40 Preise wurden ausgelost und von Bürgermeister Helmut Pakulat an die Gewinner übergeben.

Paul Lemanzky geehrt

Düren. 10jährige erfolgreiche Arbeit für den BVS, dafür wurde Paul Lemanzky durch den Leiter der BVS-Dienststelle Düren, Jansen, geehrt.

Paul Lemanzky, als Oberwachtmeister beim Bundesgrenzschutz ausgeschieden, ist seit 1968 Leiter der Fahrbaren Ausklärungs- und Ausbildungsstelle der Dürener BVS-Dienststelle. Er betreute bis zur kommunalen Neuordnung auch den Kreis Schleiden mit. Heute obliegt ihm – neben der Ausbildungsarbeit – auch die Öffentlichkeitsarbeit im Raume Düren-Jülich.

Jede 52. Mark – das ist zu wenig

Bonn. Einen „erhobenen Zeigefinger für Hilfe zur Selbsthilfe“ nannte Beigeordneter Dr. Klaus Martin die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“, die der BVS im Pavillon am Friedrichsplatz eröffnete. Sie soll die Bürger über die Aufgaben des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes und die Mittel, die dafür verfügbar sind, informieren. Die Ausstellung wurde sieben Wochen lang in Bonn gezeigt.

Es sei wünschenswert, meinte Dr.

Martin, wenn der Bund mehr als nur jede 52. Mark für den Zivilschutz aufwenden würde. Man könne dieses Problem nachhaltig nur „diktatorisch“ regeln, – das aber wolle bei uns kein Mensch, denn jeder sei für sich selbst verantwortlich. Doch sei es notwendig, dem Bürger immer wieder vor Augen zu führen, welche Gefahren ihm drohten und wie er sich davor schützen könne. Auch der Dienststellenleiter der BVS-Dienststelle Bonn, Möbes, betonte, die Voraussetzung für einen wirksamen Zivilschutz sei die Mitwirkung der Bevölkerung.

Frauen üben Selbstschutz

Alkenrath. Mitglieder der evangelischen Frauenhilfe in Alkenrath ließen sich von der BVS-Dienststelle Leverkusen ausbilden. Sie wollen in Notfällen sich selbst, der Familie oder auch den Nachbarn helfen können. Die 24 Frauen wissen jetzt, was bei einem Sturz beim Fensterputz, einer stark blutenden Wunde, bei brennenden Vorhängen zu tun ist.

Neuer Dienststellenleiter

Gummersbach. In der Gummersbacher BVS-Dienststelle ist zu Beginn des zweiten Halbjahres eine personelle Veränderung eingetreten. Der bisherige Leiter Helmut Stephan trat in den Ruhestand, mit der Leitung der Dienststelle wurde Fachbearbeiter Rolf Stern beauftragt.

88 Grundlehrgänge und 14 Aufklärungsveranstaltungen hat die BVS-Dienststelle Gummersbach im ersten Halbjahr 1977 bereits durchgeführt.

Auch das ist Dienst am Kunden

Leverkusen. „Dienst am Kunden“, das ist wohl das Motto eines jeden Kaufhauses. Die Kaufhof AG in Leverkusen hat erkannt, daß zum Dienst am Kunden heute auch die Sorge um die persönliche Sicherheit der Käufer und des Personals gehört. 30 seiner Mitarbeiter ließ das Unternehmen in Lehrgängen von der BVS-Dienststelle Leverkusen im vorbeugenden und abwehrenden Brand-

schutz, in der Versorgung und im Transport verletzter Menschen unterrichten.

Der Lehrplan berücksichtigte die betriebsinterne Brand- und Sicherheitsordnung des Unternehmens; praktische Übungen vor Ort im Betrieb selbst und auf dem Übungsgelände des Katastrophenschutzzen-trums ergänzten den theoretischen Teil des Ausbildungsprogramms. Für das Unternehmen ist jetzt sicher-gestellt, daß neben der Hausfeuer-wehr gutgeschulte Helfer zur Verfügung stehen.

Das Interesse nimmt zu

Solingen. „Perfekt gemimte Schlagaderverletzungen, Schockbehandlungen, simulierte Knochenbrüche und Herzmassagen, brennende Puppen und Löschangriffe – Ohligs stand zwei Tage lang im Mittelpunkt des Solinger Katastrophenschutzes“, berichtete die „Rheinische Post/Solinger Morgenpost“ über die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“. Noch nie, so die Sprecher der Hilfsorganisationen, sei das Interesse der Bürger, sich aktiv an den demonstrierten Einsatzmöglichkeiten zu beteiligen, so groß gewesen.

Auf der Schau in Ohligs – von einer Werbegemeinschaft in Zusammenarbeit mit dem BVS organisiert – zeigte sich, was Fachleute schon seit langem feststellen: ein stärkeres Interesse, vor allem jüngerer Leute, an den Aufgaben der Hilfsorganisationen.

Allein beim BVS war von 1975 bis 1976 ein Veranstaltungsplus von 130 Prozent mit einem Besucherzuwachs von 172 Prozent zu verzeichnen. Dieser, auch für die anderen Organisationen positive Trend setzt sich fort. BVS-Dienststellenleiter Görnemann: „Das Interesse ist grundsätzlich da, es muß nur permanent angesprochen werden.“

Zusammenarbeit bewährte sich

Gütersloh. Die Zusammenarbeit des BVS mit den Sparkassen und Banken bewährt sich. Innerhalb von zwei Wochen haben etwa 12 000 Besucher die Ausstellung „Der Mensch im Mit-

telpunkt" in der Schalterhalle der Stadtparkasse Gütersloh gesehen. Auch die Mitwirkung des ADAC bei Veranstaltungen des BVS wirkt sich positiv aus.

Der Automobilclub informierte an seinem Stand z. B. über die Hub-schrauberrettung und stellte Geräte für einen Seh- und Reaktionstest zur Verfügung, an denen sich über 200 Besucher testen ließen. In Gütersloh wurden im Jahre 1976 700 Bürger in Selbstschutzlehrgängen ausgebildet.

Trauer um Paul Sebening

Minden. Völlig unerwartet verstarb der langjährige und bewährte Leiter der BVS-Dienststelle Minden, Paul Sebening, im Alter von 62 Jahren. Die Nachricht von seinem plötzlichen

Ableben löste bei seinen Mitarbeitern, Freunden und Bekannten Bestürzung und Betroffenheit aus.

Durch seine umfassende Zusammenarbeit vor allem mit den Selbstverwaltungsorganen und den Hilfsorganisationen auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes war Paul Sebening bis über die Grenzen des Kreisgebietes Minden-Lübecke hinaus bekannt geworden.

Als „Ur-Mindener" wuchs er in der Weserstadt auf und wurde 1934 Mitarbeiter im damaligen Reichsluftschutzbund. Als Soldat nahm er am



Zweiten Weltkrieg teil und geriet in Gefangenschaft, aus der er erst im Jahre 1947 entlassen wurde. 1954 begann Sebening beim damaligen Bundesluftschutzverband und wurde aufgrund seiner ausgezeichneten fachlichen Kenntnisse und organisatorischen Fähigkeiten Kreisstellenleiter der BLSV-Dienststelle in Minden.

Neben den Ehrenurkunden für 10- und 20jährige Mitarbeit im BVS zeugt die Auszeichnung mit der Goldenen Ehrennadel des BVS von den außergewöhnlichen Leistungen Paul Sebenings. Dazu gehört auch seine vorbildliche Zusammenarbeit mit der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, den Verwaltungschefs der Städte und Gemeinden sowie deren Ordnungssämtern. Seine Korrektheit und Gewissenhaftigkeit fanden überall Anerkennung.

Seiner Familie gilt unsere herzliche Teilnahme.

niedersachsen



BVS bei Marine-Veranstaltung

Das Marine-Stützpunktkommando Borkum veranstaltete einen „Tag der offenen Tür". Mit dieser Aktion wollte man den Bewohnern der Insel und den Urlaubern einen Einblick in das Leben bei der Marine geben.

Auch der BVS war an dieser Veranstaltung beteiligt: Fast 15 000 Besucher sahen seine Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt", die über Maßnahmen, die der Staat zum Schutz seiner Bürger getroffen hat, informierte und Anregungen zum Selbstschutz gab.

Wie man sich und seinen Mitmen-

schen bei Unfällen und Katastrophen, aber auch im Verteidigungsfall helfen kann, Fragen dieser Art beantworteten die Betreuer des Standes von der BVS-Dienststelle Leer. Deren Zeit reichte nicht immer aus, um die Fragesteller so eingehend zu informieren, wie es wünschenswert gewesen wäre. So wurde darauf hingewiesen, daß sich die Besucher auch an ihrem Heimatort oder in dessen Umgebung an eine BVS-Dienststelle wenden könnten.

Hauptattraktion der Marine-Veranstaltung war das Versorgungsschiff „Nienburg", es wurde von Besuchern förmlich belagert. Die auf dem Schiff erhältlichen Sonderstempel und auch die Zinnbecher mit dem Wappen

der Patenstadt Nienburg waren sehr begehrt.

Marineflieger führten den Rettungshubschrauber „Seaking" bei einem Einsatz im Hafenbecken vor. Eine Gruppe Kampfschwimmer wurde vom Rettungshubschrauber aus mit Fallschirmen über dem Stützpunktgelände abgesetzt. Auch für die Unterhaltung der Besucher war gesorgt. Die Bootsfahrten im Hafenbecken, das Go-Kart-Rennen und viele andere Wettkämpfe wurden – vor allem von den Kindern – mit Begeisterung mitgemacht. Sowohl das Stützpunktkommando der Marine als auch die Mitarbeiter des BVS waren mit der Resonanz dieser Veranstaltung sehr zufrieden.

HAMBURG



Dankschreiben des Senators

Der Präses der Behörde für Inneres, Senator Werner Staak, hat dem Präsidenten des BVS für den Einsatz der freiwilligen Helfer des BVS bei der Deichwacht Hamburg mit einem Schreiben vom 15. Juli 1977 gedankt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Nach der Sturmflut im Jahre 1962 hat der Bundesverband für den Selbstschutz der Freien und Hansestadt Hamburg schnell und unbürokratisch geholfen, indem er Helfer der Landesstelle Hamburg für die Verteidigung der Hochwasserschutzanlagen bereitgestellt hat. Diese Regelung wurde von Ihnen bis jetzt

großzügig toleriert, obwohl dieser Einsatz des BVS nicht mit seinen Aufgaben nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes übereinstimmt.

Die Mitwirkung in der Deichverteidigung ist auch für Ihren Verband von Wert gewesen, denn ich kann Ihnen versichern, daß der Einsatz der Helfer bei Sturmfluten in der Öffentlichkeit

unserer Stadt sehr zum Ansehen des BVS beigetragen hat.

Durch organisatorische Neuregelungen treten bei der Deichverteidigung nunmehr Änderungen in Kraft, die es gestatten, den BVS aus seiner freiwilligen Mitwirkung bei der Verteidigung der Hochwasserschutzanlagen in Hamburg zu entlassen.

Dabei erfüllt es mich mit besonderer Freude, daß sich viele Angehörige des BVS bereit erklärt haben, weiter-

hin in der Deichverteidigung mitzuarbeiten, auch wenn diese Aufgabe von der Organisation des BVS losgelöst worden ist.

Ich nehme daher diesen Zeitpunkt der Neuorganisation zum Anlaß, Ihnen für die Tätigkeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz im Rahmen der Deichverteidigung herzlich zu danken.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Werner Staak''

Im Namen des Präsidenten hat der Direktor des BVS an die BVS-Landesstelle Hamburg geschrieben:

„Allen Helfern und Bediensteten der Landesstelle, die über Jahre hinaus erfolgreich in der Deichverteidigung mitgewirkt haben, spreche auch ich, zugleich im Namen des Präsidenten, Dank und Anerkennung aus.

gez. Franke''

Bayern



Grafiken von Henry Moore ausgestellt

Weiden. „Im „Kulturzentrum Hans Bauer“ wurde am 14. Juli eine Ausstellung mit Grafiken des englischen Bildhauers und Zeichners Henry Moore aus seinem „Shelter-book“ eröffnet. Die Stadt veranstaltete diese Ausstellung in Gemeinschaft mit dem BVS. BVS-Bereichsbeauftragter Weigl begrüßte zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unter ihnen die Bürgermeister Zwack und Winter, den Leiter der BVS-Landesstelle Bayern, Hinderberger, und General Lynch, den amerikanischen Kommandeur des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr. Der Verkehrsdirektorin Kammer-Guber überreichte er zum Dank für ihre hilfreiche Mitarbeit einen Blumenstrauß.

Die Ausstellung unter dem Titel „Der Mensch in der Gefahr“ ist nach Weigls Worten ein sichtbarer Ausdruck der Bemühungen des BVS, den Gedanken des Selbstschutzes in der Bevölkerung lebendig zu machen.

In seiner Eröffnungsansprache dankte Bürgermeister Zwack dem BVS, der es ermöglicht hätte, diese Ausstellung den Bürgern Weidens vorzustellen. Die Ausstellung solle auf die Gefahren des Krieges und anderer Katastrophen hinweisen; sie sei Mahnung an alle, schon in Friedenszeiten für einen ausreichenden Bevölkerungsschutz zu sorgen. Zwack überreichte dem BVS-Landesstellenleiter im Namen des Weidener Oberbürgermeisters ein Buch, ebenso dem BVS-Bereichsbeauftragten.

Landesstellenleiter Hinderberger zeigte sich in seiner kurzen Erwide-

rung erfreut über das lebhaftes Interesse führender Persönlichkeiten der Stadt am Selbstschutz.

Die ausgestellten Bunkerzeichnungen vermitteln nachhaltige Eindrücke. Die dargestellten Menschen machen das schutzsuchende Sich-verbewilligen mit außerordentlicher Ausdruckskraft deutlich. Die Blätter Henry Moores entstanden in den langen Tagen und Nächsten, als die Londoner Bürger in den Tunneln der U-Bahn während schwerer Luftangriffe ausharrten.

Landkreis Cham. Henry Moore hielt inmitten der Ängste und Todesnöte der vor dem Bomben-Inferno Schutzsuchenden die akute Bedrohung des Lebens mit den Zeichenstift fest. In der Wanderausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ wird die menschliche Furcht vor den Schrecken des Krie-

ges dargestellt in den Grafiken Moores. Damit appelliert der BVS an die Bevölkerung – besonders an die Sorglosen – die Gefahren nicht zu vergessen, denen Menschen jederzeit ausgesetzt sein können.

Zur Eröffnung der Wanderausstellung hatte sich der Schirmherr der Ausstellung, Landrat Girmindl, sowie zahlreiche Vertreter der Behörden und Schulen eingefunden. BVS-Dienststellenleiter Michalek hieß die Gäste willkommen.

Landrat Girmindl wies eindringlich auf die Bedeutung der unter dem unmittelbaren Eindruck erschütternder Ereignisse entstandenen Bilder hin; die Ausstellung zeige „den Menschen in der Gefahr“. Es sei ein Verdienst des BVS, wenn diese Bilder hier gezeigt werden könnten. Man müsse aus der Vergangenheit lernen, Vorsorge zur Überwindung unvorhergesehener Situationen zu treffen.



Landrat Girmindl eröffnet als Schirmherr die Wanderausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ in Cham.

MdB Handlos erhielt goldene BVS-Ehrennadel

BVS-Landesstellenleiter Hinderberger überreichte im Rahmen einer kleinen Feierstunde in der Dienststelle Degendorf die goldene Ehrennadel des BVS an MdB Franz Handlos. Damit wurde einem Mann gedankt, der sich stets uneigennützig für die Belange der zivilen Verteidigung eingesetzt hat.

MdB Handlos umriß die Situation aus der Sicht des Verteidigungsausschusses, in dem er tätig ist und zeigte auf, daß es gewiß nicht sinnvoll sei, durch die Bundeswehr – die sicherlich gut und modern ausgerüstet ist – evtl. einmal nur noch Friedhöfe verteidigen zu lassen. Er wandte sich energisch gegen jeden Abbau des Katastrophenschutzes und der Zivilverteidigung. Sicher sei es schwer, der Bevölkerung den Zivilschutzgedanken sympathisch zu machen.

Handlos betonte, daß sich im Parlament mehr und mehr das Verständnis für einen guten Bevölkerungsschutz durchsetze. Eine Abschaffung des Selbstschutzes sei nicht gutzuheißen, die Zivilverteidigung müsse ein Schwerpunkt bleiben.

Feierstunde an der Hauptschule Germaringen

Der Hauptschule in Germaringen wurde als erster Hauptschule im Landkreis Ostallgäu eine Urkunde des BVS überreicht, in welcher die besonderen Verdienste der Schule um die Förderung des Selbstschutzes gewürdigt wurden.

Zu einer Feierstunde zur Ehrung des 20 000. Lehrgangsteilnehmers hatten sich in der Schule Vertreter des BVS, der Schulleitung und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens versammelt; unter ihnen MdL Martin Geiser, Bürgermeister Josef Kreuzer und Vertreter des Landratsamtes Ostallgäu.

Schuldirektor Heringer hieß die Gäste willkommen, der BVS-Dienststellenleiter von Kaufbeuren, Elbl, würdigte die erfolgreiche Selbstschutz-Ausbildungsarbeit an der Hauptschule Germaringen. Die zivile Verteidigung – so Elbl – müsse gleichrangig neben der militärischen Verteidigung stehen. Ein größeres Maß an Einsicht für

die Notwendigkeit einer vorbereiteten Selbsthilfe, die sich auch bei der Bekämpfung von Unfallgefahren auf der Straße, am Arbeitsplatz und im häuslichen Bereich bewähren könne, sei erforderlich. Elbl übergab dann an die 20 000. Lehrgangsteilnehmerin, Gerlinde Beraus, ein Geschenk. Auch der 19 999. und der 20 001. Teilnehmer wurde bedacht. An den Direktor der Schule überreichte er für die Schule eine Urkunde in Anerkennung der aktiven Unterstützung des Selbstschutzes. BVS-Landesstellenleiter Hinderberger und Germaringens Bürgermeister Kreuzer sprachen den Lehrern und Schülern Dank und Anerkennung aus. Die Feierstunde wurde vom Schulchor musikalisch umrahmt.

Schweinfurts BVS-Dienststellenleiter geht

Am 30. September 1977 schied der bisherige Leiter der BVS-Dienststelle Schweinfurt, Konrad Auer, nach dem Erreichen des 63. Lebensjahres vorzeitig aus dem Dienst des Verbandes aus.

Auer, in Schweinfurt geboren, wurde 1935 Berufssoldat, im Jahre 1945 kehrte er aus der Gefangenschaft zurück. Von 1953 bis 1955 arbeitete Auer als ehrenamtlicher Mitarbeiter im Sachgebiet I (Organisation) und im Sachgebiet III (Ausbildung) bei der BLSV-Dienststelle Schweinfurt; am 1. Juni 1955 wurde Auer hauptamtlich vom BLSV als Ausbildungsleiter übernommen. Als Lehrkraft ging er von 1956 bis 1959 an die Landes- schule Tutzing. Seine Hoffnung auf eine Rückkehr zu seiner Familie an den Geburtsort Schweinfurt erfüllte sich im April 1959. Konrad Auer wurde Dienststellenleiter in Schweinfurt; diesen Dienstposten hatte er bis zu seinem Ausscheiden inne.

Seine Ausbildungsberechtigung erwarb Auer bereits im Jahre 1955, die Lehrberechtigung 1958 und – als einer der ersten – 1961 den BLSV-Lehrschein. Sein kameradschaftliches Verhalten hat ihm Freunde weit über den Kreis der Angehörigen des BVS hinaus gewonnen.

Auer versicherte, daß er auch im Ruhestand den BVS und seine Aufgaben unterstützen werde. Alle Mitarbeiter der Dienststelle wünschen Konrad Auer einen Ruhestand in Gesundheit und Freude.

Verdienter BVS-Helfer erhielt Urkunde

Zu einer Arbeitsgemeinschaft hatten sich die Helfer der Bamberger Dienststelle des BVS versammelt, als Dienststellenleiter Hildebrand dem BVS-Redner und -Fachlehrer Friedrich-Wilhelm Jäger die Ehrennadel des Verbandes überreichte.

Mit dieser Auszeichnung wurde der Einsatz Jägers im Rahmen der Öffentlichkeits- und Ausbildungsarbeit des BVS gewürdigt. Die Helfer und Bediensteten beglückwünschten den verdienten Mitarbeiter zu dieser Auszeichnung.

An die Urlauber appelliert

Zwei Wochen vor Beginn der großen Ferien war die Stadt Hof Schauplatz einer gelungenen Aufklärungsveranstaltung, an der sich die Verkehrspolizei, die Verkehrswacht, die Wasserwacht, der Automobilclub Europa und – als Träger – der BVS beteiligten.

Eine Hauptgeschäftsstraße war an einem Samstag von 9–12 Uhr für den Fahrzeugverkehr völlig gesperrt; dort konnten Schaulustige nicht nur zusehen, wie ein Unfall verhütet wird, sondern praktisch üben, wie geholfen werden kann, falls bei aller Vorsicht doch etwas passiert. Beherrzte Zuschauer konnten selbst eine brennende Puppe ablöschen, einen Feuerlöscher bedienen, Verletzte aus einem Autowrack bergen, eine Behelfstrage anfertigen sowie die Atemspende üben. Es wurde der Inhalt von Verbandkästen gezeigt, die längere Zeit unter der Motorhaube nur ein „gerützeltes“ Dasein geführt hatten, es wurden aber auch solche Verbandkästen gezeigt, die den Erfordernissen entsprechen. Das Abseilen Verletzter konnte ebenfalls geübt werden.

Die etwa 20 Helfer des BVS hatten an den Übungsständen regen Zulauf.

Viele Besucher deuteten an, daß sie nach Rückkehr aus dem Urlaub an einer Grundausbildung teilnehmen wollten.

Rundfunk und Fernsehen brachten im Regionalprogramm Berichte über diese Veranstaltung, die die Stadtverwaltung in jeder Hinsicht großzügig unterstützt hatte. Die beteiligten Verbände und ihre Helfer arbeiteten bestens zusammen.

BVS auf der IHAGA 1977

Auf der 8. IHAGA, die Ende August 1977 in Neuwied begann, war erstmals auch der BVS mit einem Informationsstand vertreten. Die IHAGA hat im Mittelrhein-Gebiet eine große Bedeutung, sie gibt einen Überblick über die heimische und auswärtige Industrie und das Handwerk. Mit Informationsständen informierten neben dem BVS auch die Krankenkassen, die Polizei, das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst und andere Organisationen die Besucher über Maßnahmen und Hilfe bei Unfällen und Katastrophen. Die Ausstellung wurde von rund 135 000 Personen besucht, obwohl in der Nacht zum 31. August 1977 vier Großhallen durch einen Brand völlig vernichtet wurden.



Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ließen sich informieren. Das Bild zeigt MdB Klaus Immer, links, Staatssekretär Schwarz, 3. v. r., MdL Hans Dahmen, 4. v. r., BVS-Fachgebietsleiter Schwarz (3. v. l.) gibt die Erläuterungen.

Eine große Zahl IHAGA-Besucher kannte den BVS oder hatte schon von ihm gehört. Rund 500 Besucher zeigten Interesse für den Schutz-

raumbau; 50 Personen ließen sich ausführlich beraten. Ein Besucher brachte sogar einen Bauplan mit und bat um Auskunft, wo er die erforderlichen Schutzraum-Einrichtungen kaufen könne.

Viele Besucher ließen sich über eine Lebensmittelbevorratung informieren, es waren in der Mehrzahl Hausfrauen.

Sowohl bei der Eröffnung als auch während der Ausstellung besuchten zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – unter ihnen Staatssekretär Schwarz als Vertreter des Landesministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Bundestagsabgeordneter Klaus Immer, der Zivilschutz-Dezernent der Stadt Neuwied, Beigeordneter Peters, Vertreter der einzelnen Fraktionen – den BVS-Stand.

SAARLAND

25jähriges Dienstjubiläum

Der Leiter der FAST der BVS-Dienststelle Neunkirchen, Heinz Ranft, feierte am 9. August sein 25jähriges Dienstjubiläum. Stellvertretend für den abwesenden Landesstellenleiter überreichte Frau Darimont im Rahmen einer kleinen Feierstunde eine Urkunde, mit der dem Jubilar Dank und Anerkennung für die geleisteten treuen Dienste ausgesprochen wur-



den. Frau Darimont würdigte die Arbeit, die Heinz Ranft seit seiner Zugehörigkeit zum BVS geleistet hat. Ranft war seit 1958 zunächst als freiwilliger Helfer tätig, seit Oktober 1959 hauptamtlich als Geräteverwalter und Hilfskraft bei der Dienststelle Neunkirchen. 1966 wurde er Leiter der FAST der Kreisstelle Ottweiler; seit 1967 ist er in seiner jetzigen Funktion bei der Dienststelle Neunkirchen tätig. Ranft hat sich – vor allem durch die Gabe, Menschen überzeugen zu können – einen guten Ruf erworben.

Der Jubilar dankte für die Glückwünsche und versicherte, daß er auch in Zukunft bemüht sein werde, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Hauptverwaltungsbeamte besucht

Rektor Joachim Althoff, Leiter der BVS-Dienststelle Merzig-Wadern, und der Fachgebietsleiter für Ausbildung bei der BVS-Landesstelle Saarland, Christian Koch, besuchten kürzlich die Bürgermeister der Stadt Merzig und der kreisangehörigen Gemeinden, um den Kontakt mit den Selbstschutz-Verantwortlichen zu

intensivieren. In den Gesprächen wurden das gemeinsame Anliegen – der Selbstschutz der Bevölkerung – behandelt.

Man war sich darüber einig, daß einer noch breiteren Bevölkerungsschicht die Möglichkeit geboten werden mußte, von den vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten des BVS Gebrauch zu machen.

Daß für den Bau von privaten Schutzräumen gegenwärtig keine Zuschüsse mehr zur Verfügung stehen, wurde von den Hauptverwaltungsbeamten als besonders nachteilig herausgestellt; Bauwillige sind darüber enttäuscht. Probleme bereiten auch die örtlichen Vorsorge-Maßnahmen zur Sicherung des benötigten Wassers beim Ausfall der zentralen Wasserleitung.

Als Anregung für weitere Kontakte und gegenseitige Information wurde erwogen, demnächst alle im Zivilschutz Verantwortlichen zu einer gemeinsamen Fahrt zu den speziellen Alarm-, Hilfs- und Versorgungszentren des Kreises einzuladen.

Als direkte Folge der Kontaktaufnahmen werden in den kommenden Monaten in allen Behörden und verschiedenen Betrieben Ausbildungsveranstaltungen des BVS stattfinden.

Nachbarschaftshilfe „international“

Ein Campingplatz in der Nähe von Valencia, auf dem auch ein BVS-Dienststellenleiter mit Ehefrau seinen Urlaub verbringt. Es herrscht ein ständiges Kommen und Gehen; auch heute ist wieder ein „Neuer“ aus Deutschland angekommen. Man sieht, daß er überanstrengt ist von der langen Fahrt. Selbstverständlich, daß ihm beim Zeltaufstellen geholfen wird. Zwei Franzosen, ein Schweizer und der BVS-Dienststellenleiter packen mit an – und bald steht das Zelt. Die Neuankömmlinge können sich endlich ausruhen. Die anderen Urlauber genießen wieder die Sonne . . .

Plötzlich ein Knall und ein Rauchpilz, Schreie: „Feuer – Feuer!“ Alles rennt los – das Zelt, das vor einer knappen Stunde aufgestellt wurde, steht in hellen Flammen! Wie ein Flammenwerfer wirkt eine brennende 20-kg-Gasflasche, das auströmende Gas zischt auf ein Auto, welches quer vor dem Zelt abgestellt ist.

Die Frau hat sich aus dem brennenden Zelt retten können, ihr Mann war auf dem Platz unterwegs, zum Glück sind also Menschen nicht in direkter Gefahr. Von allen Seiten kommen die Urlauber herbeigelaufen: Holländer, Franzosen, Spanier, Engländer und Deutsche. Mit Feuerlöschern aus den Kraftfahrzeugen versucht man, den Brand zu bekämpfen – die Handgriffe macht man in der Gefahr ganz automatisch –, doch die Gasflasche läßt sich nicht ablöschen, die Wirkung der kleinen Geräte ist zu gering. Das Zelt ist nur noch ein verkohlter Haufen, die Gefahr, daß der Benzintank des brennenden Wagens explodiert, ist sehr groß.

Frauen bringen Eimer mit Wasser herbei und löschen mit das niedergebrannte Zelt ab.

Und dann kommt ein Spanier mit einem großen Feuerlöscher angerannt, bedeckt die feuersprühende Gasflasche mit einem dichten Schaumpolster, nimmt einen Lappen und dreht das Ventil der Gasflasche zu, nimmt sie auf und geht seelenruhig 20 Meter weiter weg ins freie Gelände. Dort stellt er die Flasche ab und dreht das Ventil wieder auf, damit das erhitzte Gas langsam entweichen kann. Den Zuschauern

stockt der Atem bei dieser Aktion, doch alles geht gut – die Gefahr ist dank des Eingreifens dieses Urlaubers gebannt.

„Südwest aktuell“

Aalen. In der Stadthalle in Aalen fand am 6. und 7. August eine große „Jugendfete“ statt, die vom Jugendzentrum Mohren ausgerichtet wurde. An der „Fete“ nahmen weit über 1000 Jugendliche teil. Verkaufs- und Informationsstände waren aufgestellt worden, Ausstellungen der verschiedensten Jugendgruppen wurden gezeigt. Vor allem aber gab es Musik und viele Diskussionen.

Auch die BVS-Dienststelle Aalen war mit einem Informationsstand in der Stadthalle vertreten. Dabei wurde auf ein besonders sinnvolles Engagement – die Selbstschutz-Grundausbildung – verwiesen. Viele junge Leute waren stark am Thema Selbstschutz interessiert, sie erfragten Einzelheiten über die Arbeit des BVS.

Freiburg. Gast bei einer von der BVS-Dienststelle Freiburg durchgeführten Übung war Oberfinanzpräsident Dr. Mitzka, der sich bei dieser Gelegenheit vom Ausbildungsstand und der Einsatzbereitschaft des Behördenselbstschutzes der Oberfinanzdirektion Freiburg überzeugte.



Oberfinanzpräsident Dr. Mitzka – links – besuchte gemeinsam mit dem Leiter des Behördenselbstschutzes der OFD Freiburg, Reg.-Dir. Nauendorf – Mitte – die BVS-Dienststelle Freiburg. Rechts im Bild: Dienststellenleiter Zunker.

Bisher wurden in mehreren Lehrgängen über 100 Bedienstete aller Abteilungen auf ihre Aufgaben im Behördenselbstschutz vorbereitet. Damit der Ausbildungsstand erhalten bleibt und weiter ergänzt wird, werden halbjährlich Wiederholungslehrgänge und Übungen durchgeführt.

Esslingen. 1200-Jahr-Feier der Stadt Esslingen, da durften auch die Hilfs-

organisationen des Katastrophenschutzes nicht fehlen. In einer Demonstrationsschau stellten sie sich der Bevölkerung vor. OB Klapproth fand als Schirmherr Worte des Dankes an die Leiter der einzelnen Organisationen und informierte sich anschließend über die Aufgaben und den Leistungsstand der jeweiligen Organisation.

Im Erdgeschoß des Alten Rathauses zeigte der BVS seine Tafelausstellung „Zivilschutz“. Zahlreiche Besucher fanden den Weg zum BVS-Informationsstand, viele von ihnen sahen sich die Filmvorführungen des BVS an.

Ludwigsburg. Einen Selbstschutz-Grundlehrgang für die Wehrpflichtigen der Ausbildungskompanie beim Feldjäger-Bataillon 750 in Ludwigsburg führte Anfang August die BVS-Dienststelle Ludwigsburg durch. Dies nahm Oberst Herold, der Inspizient für die Feldjägertruppe, zum Anlaß, sich bei der BVS-Dienststelle über die Aufgaben des Verbandes und die Möglichkeiten der Ausbildung zu informieren.

In einer kurzen Ansprache an die Lehrgangsteilnehmer unterstrich der Oberst den Wert der Selbstschutz-Grundausbildung. Er bedankte sich für die jahrelange gute Zusammenarbeit zwischen der BVS-Dienststelle und dem Feldjäger-Bataillon.

Reutlingen. Bundesforschungsminister Hans Matthöfer stellte der Presse am 22. August 1977 die fünf deutschen Kandidaten für das gemeinsam mit den USA betriebene Weltraumunternehmen „Spacelab“ vor.

In dieser „Reisegesellschaft“ ist auch Ernst Messerschmid – Dipl.-Physiker beim Deutschen Elektronensynchrotron –, der seit 1965 ehrenamtlicher BVS-Lehrer bei der BVS-Dienststelle Reutlingen ist, vertreten. Messerschmid bestand die umfangreichen Tests, in denen die wissenschaftliche Qualifikation wie die psychische und körperliche Verfassung der Kandidaten geprüft wurde, als einer der besten. Wer der ersten Flugmannschaft später tatsächlich angehört, wird durch ein weiteres Auswahlverfahren der Europäischen Raumfahrtorganisation (ESA) und eine Endausscheidung der amerikanischen Raumfahrtbehörde (NASA) bestimmt.

Ölalarm beim OV Kiel

Immer wieder kommt es vor, daß das Wasser der Kieler Förde oder des Nord-Ostsee-Kanals durch Öl verschmutzt wird. Oft sind es ausländische Frachter, die diese Ölverschmutzung verursachen. Daß es überhaupt zu solchen Ölverschmutzungen kommt, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß der Nord-Ostsee-Kanal die meistbefahrenere künstliche Wasserstraße der Welt ist – mehr als 90 000 Schiffe passieren im Jahre die großen Schleusen bei Kiel-Holtenau. Wenn Ölverschmutzungen auf dem Wasser festgestellt werden, dann dauert es meistens nicht lange, und die zuständigen Behörden alarmieren den THW-Ortsverband Kiel. So geschah es auch am 27. August um 8.45 Uhr. Verursacher der Ölverschmutzung war in diesem Fall ein Zerstörer der Bundesmarine, von dem versehentlich schweres Heizöl in das Hafenwasser beim Marinearsenal gepumpt worden war. Bereits eine Viertelstunde nach der Alarmierung rückte die AÖ-Gruppe der Ortsverbandes mit sieben Helfern im Öl-schadensbekämpfungswagen zum Einsatzort aus. Die Feuerwehr der Howaldtswerke/Deutsche Werft AG hatte bereits einen ca. 300 Meter langen Ölschlengel ausgelegt, um das Öl im Hafenbecken des Arsenal festzuhalten. Da die HDW-Feuerwehr aber nicht über Absaugvorrichtungen verfügt, mußte das THW das Absaugen des Öls übernehmen. Die Helfer des OV Kiel machten sich sofort an die Arbeit, nach rund 15 Stunden – Mitternacht war schon vorbei – war ein Großteil des Öls abgesaugt. Die Leistungsgrenze der Pumpe mit den Skimmern wurde erreicht, denn das Öl war im Laufe der Nacht immer dickflüssiger geworden, so daß Schläuche, Skimmer und Pumpe schließlich verstopft wurden. Da ein weiteres Absaugen nicht mehr möglich war, wurde in der Nacht gegen 1 Uhr die Arbeit eingestellt. Die restliche Ölmenge mußte an den nachfolgenden Tagen von Privatfirmen entfernt werden. Der Direktor des Marinearsenals – Arsenalbetrieb Kiel – war sehr beeindruckt von der Einsatzbereitschaft der Kieler THW-Helfer und sandte dem THW-Ortsbeauftragten folgendes Dankschreiben:

„Sehr geehrter Herr Lienhart!
Am 26. August 1977 abends sind durch ein Mißgeschick mehr als ca. 15 cbm Öl aus einem bei mir im Marinearsenalbetrieb liegenden Zerstörer ausgelaufen. Zum Schutz der Umwelt, insbesondere zur Vermeidung des Eindringens in die Förde, hat die Berufsfeuerwehr der Howaldtswerke/Deutsche Werft durch ihre Ölsperren sofort Hilfe geleistet. Da in der Nacht keine Privatfirmen zu erreichen waren, haben wir uns auch an das THW gewandt. Von Sonnabend vormittag bis in die Nacht war ein Trupp THW-Männer des Ortsverbandes im Einsatz, um das Öl an günstigsten Stellen einzufangen und abzusaugen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für diesen Einsatz meinen aufrichtigen Dank zu sagen. Der Leiter der Gruppe, Herr Rönnefeld, und seine Männer haben bei diesem Einsatz einen Geist gezeigt, der bei mir Begeisterung ausgelöst hat. Diese selbstverständliche Einsatzfreude und die Emsigkeit, mit der selbst die unschönen Arbeiten verrichtet wurden, offenbarten einen Idealismus und eine Begeisterung, die beispielhaft für viele andere sein sollte. Es kann einem in dieser Zeit des materiellen Denkens und der verbreiteten Ich-Sucht wieder innerlich aufrichten und Mut geben, wenn man sieht, daß es auch in der Bundesrepublik Männer gibt, die selbstlosen Einsatz und Kameradschaft zu pflegen wissen. Ich hoffe, daß es genügend amtliche Stellen gibt, die die Wichtigkeit des THW erkennen und Ihnen Unterstützung gewähren, ohne die Sie auf die Dauer Ihre wichtige Aufgabe nur unvollkommen erfüllen können.

Ich wünsche Ihrem Ortsverband allzeit viel Erfolg und immer einen genügenden Zustrom junger Männer, die den richtigen THW-Geist im Blute haben. Ich bitte, meinen außerordentlichen Dank auch an Herrn Rönnefeld und seiner Truppe weiterzugeben. Mit freundlichen Grüßen
gez. Bernhardt“

Autobahneinsatz des OV Eutin

Am 2. Juni gegen 16 Uhr wurde der THW-OV Eutin von der Funkleitstelle des Kreises Ostholstein über Funkmeldeempfänger alarmiert. Auf der

Autobahn Lübeck-Neustadt in Höhe der Abfahrt Pansdorf war ein Leck im Kraftstofftank eines LKW entstanden, als eine Schweißnaht platzte. 200 l Dieselkraftstoff drohten auszufließen. Da der Alarm gerade zur ungünstigen Feierabendzeit ausgelöst wurde, dauerte es ca. 10 Minuten, bis eine dreiköpfige Mannschaft des Spezialkombis zur Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen in der THW-Unterkunft eintraf.

Drei Helfer reichten für diesen Einsatz jedoch nicht aus; OB Radloff versuchte deshalb, über Telefon weitere Helfer zu erreichen. Inzwischen wurde ein weiterer Kombi zur Kreisverwaltung Eutin entsandt, um ein Ölaufangbecken sowie zusätzliche Ölbindemittel abzuholen. In der nächsten Viertelstunde trafen dann fünf weitere Helfer ein.

An der Schadensstelle wurde durch Öffnen einer Ablassschraube und Abschöpfen des Kraftstoffs der Druck im Tank soweit gesenkt, daß kein Dieselöl mehr austrat.

Dabei benutzten die findigen Helfer um Einsatzleiter Hans-Günter Radloff einen der „Lübecker Hüte“, die zur Absperrung dienen, als Trichter zum Füllen des Ölaufangbeckens. Außerdem halfen sie den über Funk angeforderten Männern der Straßenmeisterei Neustadt beim Auskoffern des bereits verunreinigten Erdbodens, der zur Vernichtung in die Flachsröste Ahrensbohl gebracht wurde.

Um 19.10 Uhr kehrten die Helfer von ihrem ersten Autobahneinsatz zurück.

J. G.

Nachruf

Am 7. August verstarb plötzlich und unerwartet im 62. Lebensjahr

Karl Noack

Der Verstorbene hat als Lagervorsteher des THW-Bundeslagers und des Bestandslagers des Landesverbandes Schleswig-Holstein in Itzehoe seine Aufgaben stets mit großer Einsatzbereitschaft und Gewissenhaftigkeit erfüllt.

Wir werden Karl Noack als Mitarbeiter und freundlichen, hilfsbereiten Kollegen immer in guter Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Schleswig-Holstein

Der Personalrat



20 000 Hungerige gepflegt

Beim traditionellen Volkslauf „Rund um die Außenalster“ hatte das THW auch in diesem Jahr die Versorgung der Wanderer übernommen.

20 000 Portionen Erbsensuppe wurden in zehn Feldkochherden zubereitet.



Organisator war der BV Hamburg-Mitte, der mit Unterstützung der BV Hamburg-Nord, Wandsbek und Harburg sowie zwei Küchen der JUH die Aufgabe glänzend gemeistert hat.

H. K.

Über „500 Jahre THW“

Der Bezirksbeauftragte des THW-BV Hamburg-Altona, Klock, und der Altherrenkreis des Vereins zur Förderung des THW hatten zu einem Herrenabend im Fährhaus, einem Restaurant an der Elbe, eingeladen. In seiner Begrüßungsansprache dankte Klock allen Anwesenden, die zusammen über „500 Jahre THW“ auf sich vereinigen können, für die Treue, die sie noch heute dem THW halten.

Bei einem guten Tropfen wurde sehr ausgiebig über die Entwicklung des THW gesprochen. Die Althelfer waren erfreut und zugleich erstaunt, wie sich das THW in den 25 Jahren seines Bestehens positiv gewandelt hat. Diese Entwicklung ist sicherlich in ihren Grundzügen bereits zu einer Zeit eingeleitet worden, in der viele „Altherren“ noch aktiv tätig waren.

Sehr eingehend ließen sich die Kameraden über den Ausrüstungsstand des THW-Landesverbandes Hamburg berichten; hatten doch viele mit einer „Leine“ und mit einem Hammer aus der eigenen Werkstatt“ sowie mit viel Optimismus vor 25 Jahren angefangen. Es wurde auch über die in den letzten Jahren verstärkt durchge-

fürten Auslandseinsätze gesprochen. Bezirksbeauftragter Faust, der in Äthiopien drei Monate als Gesamteinsatzleiter tätig war, hatte Gelegenheit, in Wort und Bild zu berichten.

Diese von allen als gelungen bezeichnete Veranstaltung war eine von vielen, die der LB Hamburg als Beitrag zum Jubiläum durchgeführt hat.

G. T.

Besuch in Dänemark

Die Führungskräfte des THW-BV Hamburg-Nord folgten einer Einladung zur Besichtigung von Einrichtungen der dänischen Zivilverteidigung. 19 Führungskräfte (4 Frauen, 15 Männer) – mit drei Fahrzeugen (1 GKW, 1 I-Dienstfahrzeug, 1 VHD-Kombi) – fuhren zunächst zur technischen Schule der dänischen Zivilverteidigung in Tinglev. Nach herzlicher Begrüßung durch Schulleiter Wandler und zwei seiner Ausbilder wurden die Schuleinrichtungen besichtigt.

Nur durch ein schmackhaftes Abendessen unterbrochen, ging es dann weiter mit Filmen und Referaten über die Organisation der dänischen Zivilverteidigung. In lockerer Form wurden die Gespräche bis spät in die Nacht fortgeführt. Nach Übernachtung in freundlichen Ein-Bett-Zimmern der Schule und kräftigem Frühstück fuhr die THW-Gruppe weiter nach Apenrade, wo bereits eine Einheit der örtlichen Zivilverteidigung im Ausbildungsdepot angetreten war.

Nach der Besichtigung von Fahrzeugen und Geräten fanden anregende Gespräche mit den dänischen Helfern statt. Dann führte der Weg zum Bereitschaftsdepot, in dem die Ausrüstung gelagert ist. Den Abschluß bildete die Besichtigung der hervorragend eingerichteten Kommandozentrale des örtlichen Zivilschutzes.

Von Apenrade aus ging es weiter nach Hadersleben in eine Kaserne des dänischen Zivilschutzcorps, wo mit Wehrpflichtigen und Offizieren der Südjütischen Zivilverteidigungskolonie Fachgespräche geführt wurden. Der Kommandeur und sein Vertreter hielten einleitende Vorträge und baten dann zur Besichtigung der Kaserne und der Einheit. Das Ganze wurde kurzfristig durch einen echten Alarm für die Alarmbereit-

schaft der Kolonne unterbrochen. Nach herzlicher Verabschiedung trat die Abordnung des THW die Rückfahrt nach Hamburg an.

Bemerkungen und Erfahrungen: Als erstes muß die außerordentlich große Gastfreundschaft der dänischen Kameraden Erwähnung finden.

Erstaunlich waren die Aufgeschlossenheit der dänischen Öffentlichkeit für Zivilschutzangelegenheiten, die Disziplin aller Zivilverteidigungseinheiten, der hervorragende Zustand von Gerät und Fahrzeugen. Die moderne und zweckmäßige Ausrüstung des Zivilverteidigungscorps (mit sehr praktischen Kleinigkeiten der persönlichen Ausrüstung), die großzügige Anlage der Schule, die hervorragende Koordination aller Behörden und der Stand der Vorbereitungen zum Schutz der Zivilbevölkerung auch in den Kommunen waren weitere positive Erfahrungen.

W. B.

Brückenbau des BV Hamburg-Wandsbek

Drei neue Brücken gibt es im Hamburger Bezirk Wandsbek. Hier errichteten 58 Helfer des THW-BV Hamburg-Wandsbek – zwei Bergungszüge und ein Instandsetzungszug – die Brücken in ca. 750 Arbeitsstunden. Die Brücken befinden sich in den Stadtteilen Bramfeld, Volksdorf/Hoibüttel und Sasel/Volksdorf und kommen den Fußgängern zugute.

Die Brücke im Bramfeld erstellte der Bergungszug 25/40 (unter Leitung von Peter Struckhoff) über die Osterbek im Bereich des Kleingartenvereins am Schlagboom.

Der Bergungszug 25/41 baute die Fußgängerbrücke in Volksdorf/Hoibüttel über die Lottbek an der Heinrich-von-Ohlendorf-Straße, die Leitung oblag Klaus Ellerbrook.

Die dritte Brücke zwischen Volksdorf und Sasel am Waldweg, die über einen kleinen Bach führt, errichtete der Instandsetzungszug 25/55.

Alle drei Brücken wurden aus Holz hergestellt, welches das Bezirksamt Wandsbek und das Ortsamt Alstertal spendeten. Durch den Bau konnten die Helfer wertvolle Erkenntnisse in der Holzbearbeitung gewinnen; der Ausbildungsstand wurde dabei entsprechend verbessert.

T. Z.

THW Verden legte 113 Meter hohen Gittermast um

Der THW-OV Verden hatte eine besonders schwierige Aufgabe übernommen: den 113 Meter hohen Sendeturm in Verden-Walle, der bis vor wenigen Jahren dem britischen Soldatensender BFN diente, fachgerecht umzulegen. Dieser Sendeturm, inzwischen „ausgedient“, ist einer der höchsten Türme Niedersachsens gewesen.

Beim THW-OV Verden hatte man auf diesem Gebiet keinerlei Erfahrungen und mußte, als man den Auftrag der Bundesvermögensstelle übernahm, den Turm zu beseitigen, daher besonderes Gewicht auf die Sicherheitsvorkehrungen legen. Zunächst wurde jedoch ein maßgerechtes Modell gebaut und die genaue Fallrichtung des Giganten berechnet. Immerhin stand der Turm an der Bundesstraße 215, einer Hauptverkehrsstraße zwischen Verden und Rotenburg. Vor zwei Jahren hatten die Engländer das Waldgebiet, auf dem der Turm stand, an die Bundesrepublik zurückgegeben. Der stählerne Gigant war schrottreif. Doch er verursachte nicht nur Ärger, er kostete auch laufend Geld, denn wegen seiner Höhe mußten nachts Warnlampen brennen. Die Bundesvermögensstelle entschloß sich zur Demontage.

Doch was sollte mit dem Grundstück geschehen? Der Geschäftsführer des THW für die Kreise Verden, Osterholz, Rotenburg und Fallingb., Otto Scharmacher, wußte mit dem Waldgelände sehr wohl etwas anzufangen. Es eignet sich nämlich geradezu ideal für die Katastrophenschutzeinheiten. In zähen Verhandlungen gelang es den THW-Führungskräften, das Waldstück zugesprochen zu bekommen, nur der Turm müsse verschwinden.

Der OV Verden begann mit der Planung. Es mußte ein Festpunkt ausgemacht werden, um den „toten Mann“ anzubringen. Dazu kam die Materialermittlung. Absperrmaßnahmen mußten mit der Polizei durchgesprochen werden – vor allem mußte die ausgerechnete Fallrichtung genauestens stimmen. Ohne das Wetteramt ging das Unternehmen übrigens auch nicht. Die Wetterwarte Bremen des Deutschen Wetteramtes hatte da ein wichtiges Wort mitzureden,

denn die Windrichtungen spielen bei derartigen Unternehmungen eine nicht unwesentliche Rolle.

Der 1. Zug des OV Verden übernahm dann den Festpunkt („toter Mann“), der 2. Zug war für die anderen natürlichen Festpunkte (Umlenkrolle) verantwortlich. Zugseile in über zehn Metern Höhe wurden an den obersten Abspannseilen des Mastes vom Mastkranz aus befestigt. Nach Fertigstellung der Festpunkte wurden die Abspannseile dann mit Hilfe des Greifzuges vorgespannt.

Gleichzeitig schaltete die E-Gruppe die Stromversorgung für die Befeuern des Turmes ab und trennte die Leitungen vom Aggregat. Zuvor jedoch mußte noch das Notstromaggregat außer Funktion gesetzt werden. Die Brenngruppe schließlich hatte die Vorbereitungen zur Trennung der Abspannseile zu treffen und die Brandsicherung zu übernehmen.



Genau in die vorbereitete Schneise fiel der 113 Meter hohe Gittermast.

Das hört sich zwar alles sehr leicht an, aber schon Tage vor dem großen Ereignis kletterten immer wieder THW-Helfer in den alten Sendeturm, bauten Positionslampen ab und installierten Halterung sowie Greifzüge.

Die „Stunde X“ wurde generalstabsmäßig vorbereitet. Zugführer Karl-Hermann Meyer hatte das Kommando übernommen und die technischen Vorkehrungen bis ins kleinste Detail geplant. Pünktlich morgens um 7 Uhr an einem Sonnabend begannen die rund 70 THW-Helfer in Verden-Walle mit ihrer nicht alltäglichen Arbeit. Am Vormittag traf auch der Landesbeauftragte des THW, Hans Sahländer, aus Hannover ein. Gegen 13.30 Uhr waren die Arbeiten

soweit vorangeschritten, daß die Polizei die Bundesstraße 215 für den Verkehr sperren konnte. Die zahlreichen Zuschauer wurden in die vorgeschriebene Sicherheitszone von einigen hundert Metern im Umkreis eingewiesen.

Kurz vor 14 Uhr hörte man das Geräusch der Greifzüge, die den Turm in die errechnete Richtung ziehen sollten. Und dann kam der Augenblick, in dem sich das 113 Meter hohe Stahlgerüst kreischend neigte und in Sekundenschnelle in die vorbereitete Waldschneise schlug. Die THW-Helfer atmeten erleichtert auf. Der Sendeturm – fast 20 Jahre lang ein kleines Wahrzeichen kurz vor der Reiterstadt Verden – lag den Berechnungen entsprechend genau in der Schneise. Es war so gefallen, wie er fallen sollte. Einige abgebrochene Äste lagen umher, die Konstruktion selbst war fast unversehrt geblieben, sie hatte sich lediglich leicht verbogen.

Doch damit war die Arbeit noch längst nicht erledigt. Nach kurzer Mittagspause begannen die Helfer damit, die Seile aus den Bäumen herauszuziehen und den Turm auseinanderzumontieren. Damit war man auch am Sonntag und an vielen Wochenenden noch beschäftigt. Zwei Segmente des Turmes sollen allerdings wieder aufgerichtet werden. Sie sind als Übungsturm geplant, mit der Montage wurde bereits begonnen.

Seit dem 1. Mai dieses Jahres steht das Waldgelände in Verden-Walle dem THW-Landesverband Niedersachsen laut Überlassungsvertrag als Übungsgelände zur Verfügung.

Nachruf

Der THW-Ortsverband Bookholzberg trauert um seinen Kameraden, den Helfer

Wilfried Fuhrken

Kurz vor seinem 26. Geburtstag, am 1. 8. 1977, verstarb er an den Folgen eines Verkehrsunfalles. Fuhrken gehörte seit 1971 dem Ortsverband Bookholzberg an.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Bookholzberg



Besuch vom BV Hamburg-Mitte beim BV Tiergarten/Wedding

Der Patenschaftsvereinbarung gemäß treffen sich die Patenschaftsverbände BV Hamburg-Mitte und BV Tiergarten/Wedding einmal im Jahr zu gemeinsamem Erfahrungsaustausch, gemeinsamer Ausbildung und zur Pflege der Kameradschaft.

In diesem Jahr war der BV Tiergarten/Wedding in Berlin Gastgeber.

Ein Ausschuß sorgte durch entsprechende Planungsarbeit für gutes Gelingen. Der BV Hamburg-Mitte kam mit 17 Führungskräften, Helferinnen und Helfern in drei Dienstfahrzeugen nach Berlin. Auch der Landesbeauftragte von Hamburg, Gunter Trautvetter, war der Einladung gefolgt.

Nach kurzer Begrüßung am Kontrollpunkt Berlin-Staaken wurden die Fahrzeuge zum offiziellen Empfang in die Wiesenstraße gelotst. Der Begrüßung durch Bezirksbeauftragten Küssner und durch Landesbeauftragten Brühl schloß sich ein Empfang nach Alt-Berliner Art an, der, nur durch die Quartiereinweisung und einen Spaziergang mit Besichtigung einer gesprengten Großbunkeranlage unterbrochen, bis zum späten Abend andauerte.

Am folgenden Tage wurden die Hamburger Gäste vom Bezirksbürgermeister von Tiergarten empfangen. Danach gemeinsame Übung: vom BV Tiergarten/Wedding und den Kameraden aus Hamburg wurde ein Behelfslager für ca. 100 Personen errichtet. 15 Hauszelte vom Typ Dr. Lange mußten aufgebaut, sowie die erforderlichen Wasch- und Toilettenanlagen erstellt werden. Hierbei zeigte sich, daß Helfer, ganz gleich aus welchem Ortsverband, unter sachkundiger Leitung jederzeit in der Lage sind, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Auch am Sonnabend stand zunächst die gemeinsame Arbeit im Vordergrund. Es fand eine Bergungsübung in einem Abrißhaus statt. Hier konnten alle für die Bergung von Menschen und Sachen notwendigen Arbeiten wirklichkeitsnah ausgeführt werden.

Zu den Aufgaben gehörten u. a.: Bergen aus Höhen mit Hilfe dreiteiliger

14-m-Schiebeleiter, Seilbahn und Leiterhebel, Abstützen eines Treppenhauses vom Keller bis zum 2. Obergeschoß; Mauer- und Deckendurchbrüche.

Es folgte noch eine spontane Alarm-Bergungsübung in einem vorher noch nicht begangenen Abrißhaus. Dabei stellte sich heraus, daß die Versorgungsleitungen dieses Hauses teilweise nicht abgeschaltet waren. Helfer des E-Trupps machten daraufhin die Anlage stromlos.

Am Sonntagvormittag fand abschließend ein Erfahrungsaustausch über die durchgeführten Übungen sowie über andere, das THW betreffende Fragen statt. Danach verabschiedeten sich die Gäste, die ihre Rückfahrt nach Hamburg antreten.

Alle Beteiligten waren sich darin einig, daß solche gegenseitigen Besuche für den Austausch von Erfahrungen aus der Arbeit im THW und für die Weitergabe von Anregungen von großem Nutzen sind. Schon heute besteht auf beiden Seiten großes Interesse an dem Gegenbesuch des BV Tiergarten/Wedding im kommenden Jahr in Hamburg. O. P.

THW-Direktor verabschiedet

Anläßlich seines 25jährigen Jubiläums als Verwaltungsführer bzw. Hauptsachgebietsleiter 4 beim THW-Landesverband Berlin wurde Regierungsamtsrat Peter Fischer eine besondere Ehrung zuteil: Der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, verlieh ihm das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Zu diesem Anlaß hatten sich Führungskräfte des THW Berlin beim Bezirksverband Tiergarten/Wedding eingefunden, um sich gleichzeitig noch ein letztes Mal mit dem scheidenden Direktor des THW zu treffen.

Auch andere Bedienstete durften THW-Ehrenzeichen in Gold und Gold mit Kranz entgegennehmen, so Geschäftsführer Klaus-Dieter Boehm, Landesbeauftragter Gerhard Brühl sowie Heinz-Wilhelm Lammers aus dem BV Spandau. Dem scheidenden Direktor, der sich für Berlin immer besonders eingesetzt hat, wurden Erinnerungsgeschenke überreicht, verbunden mit guten Wünschen für einen geruhsamen, aber doch ausgefüllten Ruhestand.



Im Dienst der Musen stand der THW-Landesverband Berlin. Anläßlich des Kongresses „Wasser Berlin 77“ sollte auf dem Lietzensee die Wassermusik von Händel und eine Neukomposition aufgeführt werden. Unter der organisatorischen und technischen Leitung des BV Kreuzberg-Neukölln wurde ein 70 qm großes Musikpodium in Form von SD-Fähren für die 35 Kammermusiker des Amati-Ensembles Berlin gebaut. Auch die Stromversorgung und die Beleuchtung lag in den Händen des THW. Das Fährengerät war übrigens – da das THW nicht darüber verfügt – von der Polizei bereitgestellt worden.

BV Kreuzberg-Neukölln beim OV Gifhorn

Am Freitag, dem 20. Mai, nahm der BV Kreuzberg-Neukölln mit 43 Helfern und 5 Fahrzeugen (2 Kombi, 1 GKW, 2 MKW) an einer Übung des OV Gifhorn im Kreis Gifhorn teil.

Der Zweck der Übung: Vergleich des Ausbildungsstandes. Es wurde ein gemeinsames Camp in einem ehemaligen Schloß in Müden-Diekhorst errichtet, das insgesamt 142 Helfer aufnahm.

Die Übungsaufgaben waren der Bau einer 4-t-Fähre und einer 4-t-Behelfsbrücke an zwei Baustellen an der Aller. Beide Aufgaben wurden in kameradschaftlicher Zusammenarbeit aller Helfer gelöst. Die Sicherung der Brückenbauarbeiten übernahm eine Tauchergruppe des OV Gifhorn. Bergungsarbeiten, insbesondere Abstützungen und Aussteifungen an einem baufälligen Teil des Schlosses, rundeten das Übungsprogramm ab.

Nach Aufräumarbeiten am Sonntagvormittag und einem Essen aus der „Gulasch-Kanone“ wurde die Rückfahrt angetreten. Unterführer und Helfer des BV Kreuzberg-Neukölln möchten den Gifhorer Helfern, insbesondere OB Peter Dziedzioch, für die Einladung zur gemeinsamen Übung danken. J. L.



THW-Ortsverband Köln-Nord gegründet

Nach dem Aufbau von zwei Bergungsbereitschaften in den linksrheinischen Stadtteilen von Köln bot es sich an, den THW-Ortsverband Köln-West, der ein Gebiet mit 620 000 Einwohnern umfaßt, zu teilen. Aus Raumgründen waren die aufgestellten Einheiten auch bisher schon in getrennten Unterkünften untergebracht.

In einer Gründungsversammlung, an der Freunde aus den Kölner THW-Ortsverbänden und aus Ortsverbänden der Nachbarkreise, Vertreter des Regierungspräsidenten in Köln, der Stadt Köln und der Berufsfeuerwehr teilnahmen, wurde die Gründung des THW-Ortsverbandes Köln-Nord vollzogen. Nach den Grußworten der Gäste, in denen die Aufbauleistung des THW und die stets gute Zusammenarbeit gewürdigt wurde, übergab der Kreis- und Ortsbeauftragte die Dienstgeschäfte für Köln-Nord an seinen bisherigen Stellvertreter und Bereitschaftsführer K. Vogel.

Nach der Gründung des OV Köln-Nord ergibt sich für das THW in Köln folgende Gliederung:

OV Köln-Nord (280 000 Einwohner)
3. Bergungsbereitschaft
Verbrauchsgütertrupp

OV Köln-Ost (280 000 Einwohner)
1. Bergungsbereitschaft
Bergungsräumzug
Verpflegungstrupp
1. Instandsetzungszug

OV Köln-Porz (90 000 Einwohner)
10. Bergungszug
1. Instandsetzungszug
2. Instandsetzungszug

OV Köln-West (340 000 Einwohner)
2. Bergungsbereitschaft
(mit Tauchergruppe)
Materialerhaltungstrupp

Leistungswettkampf in Wuppertal

Für den Bereich des THW-OV Wuppertal steht der beste Bergungszug dieses Jahres jetzt fest:

Bei dem Leistungswettkampf der

Bergungszüge siegte der 2. Zug von Zugführer Rolf Mülena.

Das war harte Arbeit für alle Beteiligten: Erst nach 12 Stunden war der Sieger ermittelt. Solange brauchten die Bergungszüge des THW-Ortsverbandes Wuppertal auf dem Übungsgelände Scharpenacken, bis der Hindernis-Parcours mit den klassischen Bergungsaufgaben, die Theorie-Fragen und die „Chinesen-Ralley“ sowie die Übungen der Kraftfahrer absolviert waren.



Nicht „verschont“ von der Übung wurde auch Wuppertals THW-OB Dr. Schmidt, hier auf der Trage.

In einem Rechenzentrum wurden Punkte und Zeitergebnisse laufend registriert und ausgewertet. Daß dabei keine Fehler unterlaufen durften, war den Rechnungsführern schon Wochen vor dem Wettkampf klar: Die Züge nahmen den Leistungsvergleich so ernst, daß sie wochenlang jede Übungsstunde nutzten.

Als am späten Abend der Sieger des Leistungswettkampfes feststand, ließ sich anhand der genauen Punkttabelle verfolgen, bei welchem Zug wo und was besonders gut geklappt hatte oder nicht. So konnten die Helfer des 2. Zuges sich bei der Überreichung des Wanderpokals bei ihren Kraftfahrern bedanken: Sie hatten mit überdurchschnittlich guten Leistungen letztendlich den ersten Platz errungen. U. O.

Tagesübung des OV Bochum

Kurz vor 6 Uhr morgens: Über Witten ziehen seit Tagen schwere Unwetter hinweg. An vielen Plätzen sind Bürger eingeschlossen. Da Straßen und Brücken weggeschwemmt wurden, besteht keine Verbindung zu den Abgeschnittenen. Man benötigt drin-

gend Hängestege, Versorgungsleitungen, Pumpanlagen . . .

So oder so ungefähr hätte der Helfer der Einsatzleitung Witten lauten können. Im Rahmen der Nachbarschaftshilfe wären beim THW-OV Bochum innerhalb kürzester Zeit die entsprechenden Züge nach Alarmplan zusammengeholt worden und nach Verlastung der Geräte nach Witten-Bommern ins Muttental geschickt worden.

Da dieser Fall als Rahmen einer Tagesübung angenommen wurde, standen um 7.45 Uhr der 1. I-Zug und der 4. B-Zug mit 55 Helfern und 8 Fahrzeugen (MKW, GKW, Kipper und I-Zug-Materialwagen mit Feldküche) zur Abfahrt bereit.

Eine Stunde später konnte im Muttental mit der Arbeit begonnen werden. Die E-Gruppe des I-Dienstes sorgte für elektrischen Anschluß und die Beleuchtung; die AÖ-Gruppe baute eine Pumpanlage auf und verlegte eine Versorgungsleitung. Der 4. B-Zug baute einen Hängesteg, der ein 35 m langes Tal mit einem „reißenen Fluß“ überspannen sollte. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, die gegenüberliegende Seite zu erreichen, um dort den ersten Zweibock mit Strebe und Querbau zu errichten. Alle anderen Arbeiten werden mit Hilfe von Bindeleinen, Halteleinen, Rundhölzern, Gerüstbohlen usw. vom erreichbaren Ufer aus durchgeführt. Um 12.30 Uhr, nach knapp vier Stunden, war der Hängesteg fertiggestellt und begehbar.



Ein 35 m langer Hängesteg wurde vom OV Bochum erstmalig errichtet.

Der Steg wurde vom Sicherheitsingenieur Regius abgenommen, der den Helfern eine gute Leistung bescheinigte. Hinzugefügt werden muß, daß die beiden Züge diesen Hängesteg zum ersten Male aufgebaut haben.

Ein Teil der Helfer probte nachmittags zusammen mit der Johanniter-Unfall-Hilfe, die mit ca. 25 Helfern und 5 Fahrzeugen anrückte, Bergung und Versorgung Verletzter.

Um 20 Uhr, nach dem Verlasten aller Materialien und Geräte, rückten alle Helfer in Richtung Bochum wieder ab.

P. Sch.

Übung international

An zwei Tagen eines Wochenendes führten die THW-Ortsverbände des Kreises Kleve aus Emmerich, Kleve, Geldern und Straelen im Rhein-Kalflack-Gebiet eine Übung „Deichschutz und Hochwasserbekämpfung“ durch. An dieser Übung beteiligte sich auch eine Einheit des niederlän-

dischen Zivilschutzes aus Millingen am Rhein.

Die Übung bildete den Abschluß der theoretischen Schulung, die vom Deichverband Grieth-Griethausen in den einzelnen OV durchgeführt wurde. Etwa 150 THW-Helfer, die Einheit des holländischen Zivilschutzes und die Besatzung eines Rettungswagens des DRK zeigten an beiden Tagen eine hohe Einsatzbereitschaft.

Im Verlauf der Übung wurden die Helfer an vier verschiedenen Orten eingesetzt. Dabei mußte ein Damm in ein Gewässer vorgetrieben werden, um die Kalflack von einer Seefläche abzutrennen. In einem schon teilweise vorhandenen Damm mußte eine 45 Meter breite Lücke geschlos-

sen werden. Über einen Vorfluter wurde eine 15 Meter lange Behelfsbrücke mit 4 t Tragkraft errichtet. In Kalkar waren der Bereitstellungsraum, Unterkünfte und Versorgungsstelle eingerichtet.

Das gesamte Baumaterial, Ramm-pfähle, Bongossimatten und Sandsäcke, wurde vom Deichverband zur Verfügung gestellt. Geräte, darunter Aufreißhämmer mit Spezialfuß zum Rammen, wurden von Baufirmen dem THW überlassen. Im Verlaufe des Wochenendes wurden ca. 5000 Sandsäcke gefüllt, transportiert (teilweise mit Booten) und eingebaut.

Dabei mußten Rammarbeiten durchgeführt werden, z. T. unter erschwerten Bedingungen von einer Rammfahre aus.

RHEINLAND-PFALZ



Besuch von Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel

Im Rahmen einer Informationsreise durch den Rhein-Lahn-Kreis besuchte der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, auch die Stadt Lahnstein.

Hier empfing er Vertreter der örtlichen Hilfsorganisationen, um mit ihnen über die Situation und die weitere Planung des Katastrophenschutzes zu diskutieren.

Eine längere Aussprache über die Belange des THW führte er mit Vertretern des Ortsverbandes Lahnstein und dem zuständigen Geschäftsführer Eberhard Rott.

Insbesondere informierte sich der Ministerpräsident über die Ausstattung mit Geräten und Fahrzeugen und ließ sich einen Überblick über die Aufgaben des OV Lahnstein, der der einzige im Rhein-Lahn-Kreis ist, geben. Hierbei stellte er fest, daß man über die Möglichkeiten weiterer Gründungen von Stützpunkten oder Ortsverbänden sprechen sollte, da im Rhein-Lahn-Kreis das THW zu schwach vertreten sei, zumal der Ortsverband Lahnstein im äußersten nordwestlichen Gebiet stationiert ist.

Die wichtigste Frage, nämlich nach dem Potential freiwilliger Helfer, stellte der Ministerpräsident allen Hilfsorganisationen. Hier wurde die

erfreuliche Tatsache festgestellt, daß sich gerade viele Jugendliche in den letzten Jahren bereitgefunden haben, den Dienst für die Allgemeinheit zu verrichten. Eine gute Hilfe ist der Aufbau von Jugendgruppen, aus denen das Helferpotential ergänzt werden kann.

Ministerpräsident Dr. Vogel betonte, daß es für jedermann selbstverständlich sein sollte, je nach persönlicher

Veranlagung einen Beitrag für den freiheitlichen Staat zu leisten. Er verkenne jedoch auch nicht, daß vieles an Geräten und Fahrzeugen veraltet sei und dringend dem Stand der neuen Technik angepaßt werden müsse. Dies gehe aber, bedingt durch die hohen Kosten bei diesem hochwertigen Gerät, nicht von heute auf morgen. Auch sei die Ausbildung der Helfer an diesen Geräten mit Kosten verbunden.



Ministerpräsident Dr. Vogel führte in Lahnstein auch Gespräche mit dem THW (von rechts nach links): Geschäftsführer Eberhard Rott, Orts- und Kreisbeauftragter Dieter Bröder, Oberbürgermeister Weiler, Ministerpräsident Dr. Vogel, Führungskräfte des OV Lahnstein.

Zum Schluß der Aussprache bat Dr. Vogel die Vertreter der Hilfsorganisationen, auch weiterhin ihre Arbeit fortzuführen. Der Bürger müsse die Gewißheit haben, jederzeit von gut ausgebildeten Mitbürgern im Falle von Not- und Katastrophenfällen Hilfe zu erhalten. Nur so könnten die Hilfsorganisationen mit der nötigen Anerkennung und dem Verständnis der Bevölkerung rechnen. D. B.

OV Zell weihte neue Unterkunft ein

Doppelten Grund zur Freude, auch mit einem guten Teil Genugtuung gemischt, hatten OB und Helfer des THW-OV Zell: Zum zehnjährigen Jubiläum des OV konnte die neue Unterkunft feierlich eingeweiht werden. Nicht ohne Schwierigkeiten, großen Zeitaufwand und viel Arbeit war eine Unterkunft entstanden, die allen Anforderungen an Zweckmäßigkeit für Lagerung der Ausstattung, Einsatzvorbereitung, Ausbildung und nicht zuletzt für die unerläßliche Pflege der Kameradschaft entspricht.

Zwei von der Stadt Zell nicht mehr benötigte Schulpavillons bildeten den Grundstock. Sie wurden in Eigenleistung behutsam abgeschlagen und auf einem von der Stadt erworbenen Grundstück im Gewerbegebiet zusammen als ein Gebäude aufgebaut und durch eine Garage für die fünf Einsatzfahrzeuge des OV ergänzt. Den mühevollen Weg – angefangen von ersten Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, die großes Verständnis und Entgegenkommen zeigte, über lange Wartezeiten, ehe Baugelder und Baugenehmigung bewilligt wurden, bis zum letzten Pinselstrich an den Toren der Garage – beschrieb Ortsbeauftragter Walter Reis den Ehrengästen, die in großer Zahl erschienen waren.

Die Grüße des Schirmherrn der Veranstaltung, Innenminister Kurt Böckmann, der wegen großer terminlicher Belastung an der offiziellen Feier nicht teilnehmen konnte, überbrachte Landrat Severin Bartos. In seinem Grußwort brachte der Minister Dank und Anerkennung für das Engagement und das Verantwortungsbewußtsein, mit dem sich die Helfer in den Dienst ihrer Mitbürger stellen, zum Ausdruck. Dieser freiwillige Dienst sei nicht selbstverständlich. Er könne gerade in einer weitgehend materialistisch eingestellten Welt nicht hoch genug bewertet werden.

Es gäbe viele Mitbürger, die diesen Einsatz als selbstverständlich ansehen; häufig seien es gerade diejenigen, die selbst nicht bereit sind, auch nur einen kleinen Teil ihrer Freizeit zu opfern, um ihren Mitmenschen zu helfen, in jeder Notsituation aber sofort nach dem anonymen Staat rufen. Sie merken nicht, oder sie wollen nicht merken, daß sie selbst ein Teil dieses Staates sind. Auf Mitverantwortung und freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft, wie er beim



Offizielle Einweihung der neuen Unterkunft des THW-OV Zell: HSGL Lux, Reg.-Dir. Seraphim, OB Reis und Zugführer Sommerlad (von links nach rechts).

THW zu finden sei, könnte man aber nicht verzichten, wenn der freiheitliche und demokratische Staat lebensfähig bleiben soll.

Singgemäß äußerten sich auch die Bundestagsabgeordnete Waltraud Will-Feld und der Landtagsabgeordnete Dr. Kurt Schöllhammer. Gewürdigt wurde das Engagement der Helfer in den vergangenen zehn Jahren auch von Reg.-Dir. Heinrich-Ernst Seraphim, der in Vertretung des Direktors der Bundesanstalt THW fünf verdienten Helfern Auszeichnungen verlieh. Die Helfer betonten in Dankesworten, daß sie diese Auszeichnungen stellvertretend für alle Kameraden, die zur Festigung des Ansehens ihres Ortsverbandes beigetragen haben, annähmen.

Mit einer Besichtigung von Unterkunft und Ausstattung sowie einem gemeinsamen Mittagessen schloß die Feier. Es schloß sich am Nachmittag und am Sonntag ein „Tag der offenen Tür“ für die interessierten Bürger der Moselstadt Zell an. W. R.

Gute Zusammenarbeit mit der Feuerwehr

Zu ihrem 75jährigen Stiftungsfest hatte die Freiwillige Feuerwehr Kordel bei Trier auch die anderen Katastrophenschutzorganisationen eingeladen, um den Bürgern zu demonstrieren, mit welcher Hilfe sie in Unglücks- und Notfällen rechnen können. Die vielfältigen Aufgaben waren bei einer gut angelegten Übung entsprechend verteilt.

Übungsannahme: „Zwei PKW sind auf der schmalen Brücke über die Kyll zusammengestoßen. Der eine, mit vier Personen besetzte Wagen durchbricht das Geländer und stürzt in die Kyll. Der zweite schleudert noch bis zum Ende der Brücke und landet brennend auf der Wiese neben der Straße.“

Der Wehrführer der alarmierten Freiwilligen Feuerwehr Kordel erkannte sofort, daß er mit seinen Mitteilen das im Wasser liegende Fahrzeug und die Insassen nicht bergen konnte. Er bat sofort den THW-OV Trier um Hilfe. Eine Bergungsgruppe war schnell mit einem MKW und einem GWK zur Stelle. Da die Wassertiefe nicht bekannt war, kamen Taucher zum Einsatzort mit. Zum Glück für die Insassen war der Wasserstand der Kyll so niedrig, daß der PKW nur bis zur Fensterlinie im Wasser lag, die Taucher also nicht unter Wasser arbeiten mußten.

Kurz nach ihrem Eintreffen hatten die Helfer das Fahrzeug aufgebrochen, die verletzten Insassen geborgen und dem DRK zur ärztlichen Versorgung übergeben. Das Unfallfahrzeug wurde mühelos mit der Seilwinde des GWK an Land gezogen.

Inzwischen hatte die Feuerwehr das brennende Fahrzeug abgelöscht und die Insassen geborgen.

Wie gut die Zusammenarbeit war, beweist das Dankschreiben, das der Wehrführer dem THW-OV Trier sandte: „Für die gelungene Einsatzübung anläßlich unseres 75. Stiftungsfestes . . . an der Kyllbrücke in Kordel bedanken wir uns recht herzlich.“

Es konnte wieder einmal der Beweis erbracht werden, daß die einzelnen Hilfsorganisationen nicht in Konkurrenz miteinander stehen, sondern sehr gut Hand in Hand miteinander arbeiten können“. F. F.

THW Marburg half der Bundeswehr

Zum ersten Male seit seiner Fertigstellung konnte der neue 100-kVA-Generator des THW Marburg erfolgreich eingesetzt werden.

Durch Arbeiten an der Stromversorgung bei der Bundeswehr in Stadtallendorf wurde eine Notstromversorgung erforderlich. Zusammen mit einem Generator der EAM Marburg lieferte das THW 30 Stunden

lang Strom. Der Generator sollte übrigens vor Jahren beim Abriß einer Marburger Klinik verschrottet werden, wurde jedoch auf Bitten des THW von der Universität zur Verfügung gestellt.

In Eigenleistung wurde der Generator in vielen hundert Arbeitsstunden zur mobilen Station umgebaut. Er ist einmalig im Katastrophenschutz des Landes Hessen. G. L.



Der neue 100-kVA-Generator des OV Marburg wurde jetzt zum ersten Male eingesetzt.

25 Jahre THW Frankfurt

Ein Vierteljahrhundert THW-Ortsverband Frankfurt – für die Helfer aus der Goethestadt war dies Ereignis kein Anlaß für ausgiebige Jubiläumssfeierlichkeiten, sondern vielmehr Ansporn, Einsatzbereitschaft und technisches „Know-how“ weiter zu verbessern. „Ein ganz normaler Ausbildungstag“, meinte denn auch Jürgen Maier, Einsatzleiter des OV Frankfurt, zur Begrüßung der beiden Gäste des Tages: Rudolf Friedrich, hessischer Landtagsabgeordneter, und Roland Petri, Bürgermeister der Nachbargemeinde Schwalbach.

Schon die in „Reih und Glied“ postierte blaue Fahrzeug-Armada bot ein eindrucksvolles Bild und unterstrich zugleich die Stärke des Frankfurter THW. Darüber hinaus vermittelten die auf idealem Gelände – einem ehemaligen Militärflugplatz am Stadtrand Frankfurts – übenden Einheiten eine realistische Übersicht des um-

fangreichen Katalogs möglicher technischer Hilfe.

So zeigte der Instandsetzungszug die Montage von Freileitungen und eine Ölsperre; die drei an diesem Tag eingesetzten Bergungszüge übten Mauerdurchbrüche, Aufstellen eines Dreibecks, Bergung von Verletzten aus Höhen sowie PKW, und die Fernmelder hatten mehrere Sprechstellen für Feldtelefone eingerichtet. „Ich bin beeindruckt von dem, was ich gesehen habe“, meinte MdL Friedrich, Mitglied des Innenausschusses des Landtags, zu den Helfern. Gerade in einer Zeit des Materialismus sei dieser selbstlose Einsatz keine Selbstverständlichkeit.

Völlig überraschend für die Helfer enthüllte dann Geschäftsführer Dieter Höhn ein Präsent des THW-Direktors Dipl.-Ing. Zielinski zum 25jährigen Bestehen des Ortsverbandes Frankfurt: Ein Bild, das die Verabschiedung von THW-Helfern vor dem er-

sten Auslandseinsatz durch den damaligen Direktor Otto Lummitzsch zeigt, hat mittlerweile einen ehrenvollen Platz im Klubraum der Frankfurter Unterkunft gefunden. H. E.

Mit Motorsäge und Axt im Einsatz

Wir, Pfarrer Kalteyer, Ernst Langner und Rolf Wittersheim, sitzen gerade beim Frühstück, als zwei Wagen des THW Pfungstadt vorfahren. 15 kräftige Männer entsteigen den Wagen; wir gehen auf die Straße, um sie zu begrüßen. Der Einsatz wird besprochen und dann geht es „rund“, Ernst Langner – unser „rasender Reporter“ – nimmt die Kamera und führt die Männer zum Einsatzort rund um Kirche und Pfarrhaus. Währenddessen fährt Rolf – unser „Chefkoch“ – seine Einkäufe tätigen. Pfarrer Kalteyer gibt letzte Anweisungen.

Die Mannschaft des THW teilt sich in zwei Gruppen; die eine nimmt die Bäume am Turm, die andere den Birnbaum an der Grundstücksgrenze in Angriff. Nach kurzer Zeit fallen die ersten Äste. Die Straße ist wegen Unfallgefahr gesperrt. Der Birnbaum ist ca. 100 Jahre alt und wüßte, wenn er sprechen könnte, so manches aus alter Zeit zu erzählen. Er wird entastet und dann mit einer großen Zwei-Mann-Motorsäge angekeilt.

Mit einem Seil – gezogen von sechs Mann – wird der Baum in Fallrichtung gebracht. Zwei Mann an der 8-PS-Motorsäge beginnen ihr Werk und schneiden den Stamm nun von der Pfarrhausseite her an. Mit vereinten Kräften fällt der Riese wie er soll.

Das größte Problem – der Baum war in sich gedreht und hing überlastig zum Pfarrhaus – ist gelöst. Nun beginnt die Kleinarbeit, das Zerlegen der Stämme und das Säubern des Geländes. Gegen 15 Uhr ist der Einsatz beendet, man setzt sich noch zu einer Tasse Kaffee zusammen. Pfarrer Kalteyer dankt der THW-Mannschaft für die gute Arbeit.

Der freigewordene Raum soll zu einem Freizeitgelände mit Naturholzbänken und einer Grillstelle hergerichtet werden, das für alle Gruppen der Pfarrgemeinde und für die Gemeinde insgesamt zu einem Ort der Begegnung und der gemeinsamen Freizeitgestaltung werden soll.

Aus der Scheune in den Zweckbau

Am 4./5. Juni feierte der THW-ÖV Böblingen ein freudiges Ereignis: die neue Unterkunft wurde offiziell eingeweiht. Fast 20 Jahre lang waren die Böblinger THW-Helfer in einer – viel zu kleinen – umgebauten Scheune untergebracht, die weder über brauchbare sanitäre Einrichtungen verfügte, noch im Winter zu heizen war. In den Jahren 1975 und 1976 wurden mehrere hundert Arbeitsstunden für einen Neubau erbracht, sogar die Kanalisationsrohre wurden selbst verlegt. Endlich war es dann soweit, ein moderner Zweckbau mit Garagen war fertig.

Die 80 Helfer stellten im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“ ihre Unterkunft der Öffentlichkeit vor. Viele Besucher waren gekommen. Besonderes Interesse fanden bei Kindern und Erwachsenen die Vorführungen der Fachdienste. Mit der Sauerstoffpflanze wurde z. B. eine Betonplatte zerschnitten, eine Bergung aus einem Unfallfahrzeug vorgeführt und ein Erdbohrgerät im Einsatz gezeigt. Spenden der Stadt Böblingen und des Landkreises haben den Ortsverband jetzt auch in die Lage versetzt, eigene – bisher arg vermißte – Funkgeräte zu erwerben.

THW-Auslandseinsätze: Teilnehmer trafen sich

Der THW-Ortsverband Öhringen hatte – unter der Leitung von Horst Quosbarth – ein Treffen von Teilnehmern an Auslandseinsätzen des THW arrangiert. Der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, zeichnete bei dieser Gelegenheit in einer Feierstunde in der Aula der Kreisgewerbeschule etwa 50 THW-Helfer für ihre Hilfeleistungen im Ausland aus. Er würdigte damit THW-Großeinsätze in Tunesien und Ruanda und bezeichnete das Zusammenkommen zahlreicher Helfer des THW – aus mehreren Landesverbänden – als ein einmaliges Ereignis. Das THW hat seit dem ersten Auslandseinsatz im Jahre 1953 bei der Flutkatastrophe in den Niederlanden – so führte Zielinski aus – in vielen Ländern der Welt Hilfe geleistet. Dabei wurden etwa 4000 THW-Helfer

eingesetzt. Noch heute gedenke man in diesen Ländern der Hilfe mit großer Dankbarkeit.

Vor allem aus Niedersachsen und aus dem Saarland waren die THW-Helfer nach Öhringen gekommen, hier trafen sie mit den Kameraden aus Hohenlohe zusammen, die ebenfalls Einsätze im Ausland geleistet haben. Der THW-Landesbeauftragte für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Schneider, wies besonders auf den Einsatz von THW-Helfern aus Baden-Württemberg hin und würdigte den persönlichen Einsatz der Helfer.

Von den Einsätzen in Tunesien und Ruanda, bei denen das THW in der Hauptsache beim Bau von Brücken

eingesetzt worden war, wurden Filme gezeigt.

Beim THW-Treffen in Öhringen waren auch Bundestagsabgeordneter Philipp Jenninger, Landtagsabgeordneter Franz Gehweiler und Landrat Franz Susset anwesend. Sie nahmen die Gelegenheit, den THW-Helfern zu danken, wahr.

Der gemütliche Teil der Festveranstaltung umfaßte eine Busfahrt durch das Hohenloher Land. Für das leibliche Wohl hatten die THW-Frauen gesorgt. Zum Abschluß stand noch eine Weinprobe in einer Weinkellerei auf dem Programm. Direktor Zielinski betonte, einen schöneren Abschied vom aktiven Dienst habe er sich nicht vorstellen können. H. W.



Vorwiegend heiter waren die Gesichter der THW-Helfer, die sich in Öhringen trafen, um Auszeichnungen für ihre Auslandseinsätze entgegenzunehmen.

Einsatz der THW-Taucherguppe

Die Taucherguppe des ÖV Ehingen wurde am 20. Mai gegen 18.30 Uhr durch die örtliche Feuerwehr alarmiert, weil an einem nahegelegenen Baggersee ein Pkw vermißt wurde. Dessen Fahrer hatte sich am Abend zuvor in seinem Fahrzeug, das an der Böschung abgestellt war, schlafen gelegt. Am darauffolgenden Abend entdeckten Kollegen des Fahrers am Ufer eine umgefahrene Birke und alarmierten deshalb die Feuerwehr.

Bereits zehn Minuten nach der Alarmierung rückten drei Helfer des ÖV Ehingen mit dem GWK aus, zwei von ihnen ausgebildete Taucher. An der angenommenen Unglücksstelle begannen die Taucher sofort mit der Suche nach dem vermißten Fahrzeug. Die Suchaktion gestaltete

sich sehr schwierig, weil das 5 m tiefe Gewässer sehr trübe war und außerdem die hereinbrechende Nacht die Sichtverhältnisse noch mehr verschlechterte. Deshalb beleuchtete die Feuerwehr von der Drehleiter aus das Suchgebiet von oben. Nach ca. 25 Minuten wurde das Fahrzeug gefunden; es lag etwa 1 m vom Ufer entfernt. Mit Hilfe der Vorbauseilwinde des GWK konnte es geborgen werden.

Der Fahrer jedoch wurde weiterhin vermißt. Ein hereinbrechendes Gewitter und die zunehmende Dunkelheit machten eine weitere Suche unmöglich. Am folgenden Morgen rückten um 8.00 Uhr Helfer des ÖV Ehingen mit GWK, MKW und Alu-Schaluppe aus. Diesmal waren drei Taucher dabei.

An der Stelle, an der am Tage zuvor der Pkw gefunden worden war, verankerte man das Boot. Anschließend wurde das Gebiet kreisförmig abgesehen. Der tote Fahrer wurde 20 Minuten später gefunden und geborgen.

THW-Junghelfer im Ausbildungslager

Am romantischen Holzmühlenweiher bei Eintürnen/Wurzach, wo in den Sommermonaten allenfalls ein paar Pfadfinderzelte stehen, war für zwei Wochen eine Zeltstadt aufgebaut worden, um 100 Junghelfer des THW und ihre Gäste aufzunehmen.

Natürlich gab es dort keine Steckdosen für elektrischen Strom und keine Zapfstellen für Trinkwasser; deshalb hatten die Aufbaumannschaften aus den OV Wangen, Ravensburg, Ulm und Blaubeuren nicht nur eine Stromversorgung aufzubauen, sondern auch eine Trinkwasseraufbereitungsanlage zu beordern, um für das notwendige Trinkwasser zu sorgen. Eine kleine „Kläranlage“ war errichtet worden, die das Wasch- und Küchenwasser reinigte, bevor es in den das Lager durchfließenden Bach geleitet wurde.

Küchenschränke und Kühltruhen nahmen die Vorräte auf, aus denen die im großen Küchenbus des OV Ulm arbeitenden Köche die Mahlzeiten zubereiteten. Am Samstag, dem 1. Juli, standen zwölf Gruppenzelte, die Toiletten, die Waschanlage und die Küche. Die Lagermannschaft hatte nun bis zum Eintreffen der Junghelfergruppen Zeit, den Nachschub an Getränken und Nahrungsmitteln zu organisieren und die Einrichtung des Lagers zu vervollständigen.

Die Jungen, die am 4. Juli mit ihren Gruppenführern anreisten, fanden ein eingerichtetes Lager vor. Am Mittwoch begann das Ausbildungsprogramm. Um das Lager herum wurden für die Bevölkerung Brücken und Stege gebaut; für die Jäger war ein Hochsitz zu konstruieren. Der Baum, in den dieser Hochsitz einzubauen war, sollte nicht beschädigt werden, daher waren alle Holzverbindungen ohne Nägel und Schrauben auszuführen. Man verwendete verrottungsfreie Nylonleinen. Einige Gruppen übten auf einem nahegelegenen See „Fahren auf dem Wasser und Retten aus Wassernot“.



Eine Gruppe von THW-Junghelfern bei der Ausbildung in der Holzbearbeitung – hier wird ein Bretterrost genagelt.

Der Ortsvorsteher von Eintürnen, der beim ersten Besuch des Lagers noch sehr kritisch war, besuchte am 9. Juli die Lagerolympiade als Ehrengast. Doch da war seine Skepsis längst verfliegen. Bei dieser Lagerolympiade mußten die einzelnen Gruppen ihr Können, ihre Geschicklichkeit und ihre Kräfte messen. Ein Höhepunkt des Lagerlebens war die Überreichung der Trophäen an die Siegergruppen. Den 1. Platz teilten sich die THW-OV Möckmühl und Neckargemünd, den 2. Platz erreichte Radolfzell und den 3. Platz Ellwangen. THW-Landesbeauftragter Schneider zeichnete die Junghelfergruppen aus Weinsberg und Ellwangen für eine besonders gute Jugendarbeit im Jahr 1976 mit Ehrenpreisen aus.

Ein Helfer aus Möckmühl schnitt sich mit seiner Säge in die Hand; hier, wie auch noch bei einem anderen Unfall, zeigte es sich, wie gut es war, auch Junghelfer der Johanniter-Unfall-Hilfe im Lager zu haben, die zeigten, was sie bisher gelernt haben. Sie gaben während der Lagerzeit den THW-Junghelfern Unterricht in Erster Hilfe. Außerdem waren Jungen der Wilhelmspflege bei Stuttgart als Gäste im Lager. Während des Lageraufenthalts wurden echte Jungenfreundschaften, die auch über die Lagerzeit hinaus andauern, angebahnt.

Tauziehen der Junghelfer gegen die Ausbilder und ein Fußballspiel sorgten für zusätzliche Unterhaltung. In Anwesenheit der Ehrengäste und vieler Helfer aus Wangen und Ravensburg fand am Abend ein ökume-

nischer Gottesdienst statt. Die Geistlichen würdigten in ihrer Predigt den Gedanken der tätigen Hilfe für den Mitmenschen.

Am Sonntag früh startete die gesamte Lagermannschaft zu einer Wanderung auf den schwarzen Grat, allen voran OB Schneider und seine Frau, die von Freitagmittag bis Samstagnachmittag am Lagerleben teilnahmen und sich rührend um das Wohl ihrer jüngsten „THW-Söhne“ sorgten.



Stolz schauen die Siegermannschaften in die Kamera. Sie hatten gemeinsam den 1. Platz bei der „Lagerolympiade“ errungen.

Die letzten Tage im Lager gingen bei Arbeit, Spiel und Sport schnell vorüber. Donnerstags wurde das persönliche Gepäck gerichtet, am Freitag die Zelte abgebaut und verladen. Die Lagerstammenschaft kehrte bereits am Samstag nach den letzten Aufräumarbeiten sehr früh in ihre Heimatorte zurück. Es steht heute schon fest, daß auch 1978 ein Junghelferlager in Baden-Württemberg durchgeführt wird.



Nohfelden im Zeichen des THW

Zwei Tage lang stand Nohfelden ganz im Zeichen des THW: Sogar auf dem Wahrzeichen der Gemeinde, dem geschichtsträchtigen, alles überragenden Burgturm, wehte die THW-Flagge.

Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Gründungstages veranstaltete der OV Nohfelden unter der Leitung von Zugführer Pertzborn einen „Tag des THW“, um sich der Bevölkerung zu präsentieren. Für ein Wochenende waren auf dem zentral gelegenen Festplatz von Nohfelden ein Zelt für 400 Personen, die Fahrzeuge und Einzelgeräte des OV sowie ein Zelt mit Modellen aus der Arbeit des THW aufgebaut worden.

Am ersten Tag fand eine Gemeinschaftsübung mit der Feuerwehr und dem DRK statt. Ein Verkehrsunfall wurde wirklichkeitsnah dargestellt. Die Besatzung des Kombis für technische Hilfe bei Verkehrsunfällen hatte die Aufgabe, die Eingeschlossenen zu bergen. An einem Unfallwagen erfolgte die Bergung mit hydraulischer Rettungsschere und Spreizschnabel, am zweiten Fahrzeug zur Demonstration mit den herkömmlichen Werkzeugen wie Brechstangen, Kippeisen und Äxten. Bei dieser Gegenüberstellung zeigte sich, daß der Zeitaufwand mit den herkömmlichen Werkzeugen gegenüber der Spezialausrüstung das Dreifache beträgt.



Auch in Nohfelden war die Demonstration des Einsatzes der Sauerstoffanlage ein besonderer Anziehungspunkt.

Die Junghelfer des OV Nohfelden zeigten den Bau eines Hängesteges von 40 m Länge über den Freisbach. Am Sonntagnachmittag fand dann im Festzelt eine Helferversammlung statt, an der neben Landrat Dr. Marnier, Bürgermeister Scheid, LB Reimann, HSGL Faß auch einige Ortsvorsteher und Mitglieder des Rates der Gemeinde Nohfelden sowie Helferabordnungen der Ortsverbände St. Wendel, Nonweiler, Theley und Freisen teilnahmen.

Nach der Begrüßung der Gäste gab H. Kohl einen Überblick über die Entwicklung des OV während der ersten zehn Jahre seines Bestehens. Anschließend erläuterte LB Reimann die Aufgaben des THW im Katastrophenschutz und hob die Einsatzbereitschaft und die vielfältigen Einsätze, so 1969 bei einem Großbrand

in einem Altenheim, 1970 anlässlich der Hochwasserkatastrophe im Saarland, 1971 nach einem Grubenunglück in Eisen und nach einem Sturm in St. Wendel, 1977 am Bostalsee hervor.

In der Hoffnung, daß der Ortsverband in seiner neuen Unterkunft eine dauernde Bleibe finden möge, schloß LB Reimann seinen geschichtlichen Rückblick mit dem Wunsch für weitere gute Zusammenarbeit und übergab ein Erinnerungsgeschenk. Anschließend wurden Urkunden für zehnjährige Mitarbeit im THW und für besondere Verdienste Helferzeichen in Gold verliehen.

Reimann dankte dem wegen beruflicher Überlastung aus seinem Ehrenamt als Ortsbeauftragter scheidenden OB H. Scheid für den Aufbau des OV Nohfelden sowie für die gute Zusammenarbeit. Scheid, seinerzeit Initiator der Gründung des OV Nohfelden, erhielt aus den Händen von LB Reimann ein Dankschreiben des Direktors der Bundesanstalt THW, Dipl.-Ing. Zielinski, mit der Bitte, auch weiterhin dem THW mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Als Nachfolger von Bürgermeister Scheid im Amt des OB erhielt H. Kohl das Beauftragungsschreiben. Landrat Dr. Marnier beglückwünschte den OV zu seinem Jubiläum und dankte Scheid sowie den Helfern für ihre Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit.

G. F.



Leistungsstarkes THW im Landkreis Rottal/Inn

Die THW-Ortsverbände Simbach/Inn und Eggenfelden waren zu einer Großübung bei Ach zusammengezogen worden.

Nach entsprechenden Vorbereitungsarbeiten wurden das Gerät verladen und die Übungsaufgaben an die Einheiten ausgegeben. Am „Baggersee“ angelangt, begann die GW-Gruppe mit der Aufstellung der Roh- und Reinwasserbehälter. Verbindungsschläuche wurden angeschlossen und die Motorpumpen zur Wasserförderung für die TWA-Anlage in Betrieb

genommen. Das Baggersee-Wasser sollte – so lautete die Aufgabe – für die zweitägige Übung als Trinkwasser genutzt werden. Dies setzte voraus, daß ständig – auch nachts – immer zwei bis drei Helfer die Anlage bedienen und überwachen mußten.

Die E-Gruppe hatte die Notstromaggregate in Betrieb gesetzt, die Kabel verlegt und Scheinwerfer aufgestellt. Sie mußte die notwendige Beleuchtung während der Nacht sicherstellen. Ein E-Trupp hatte die Aufgabe, eine Telefonverbindung zwischen der TWA-Anlage und der Einsatzzentrale herzustellen. Die Helfer der AÖ-Gruppe erbauten einen Bootsanla-

ge-Steg am Inn-Damm und hatten mit dem Auslegen einer Ölsperre begonnen. Diese Aufbauarbeiten wurden ziemlich gleichzeitig abgeschlossen.

Die Feldküche des OV Simbach/Inn hatte während der Aufbauarbeiten vorgesorgt: Nach einem reichhaltigen Abendessen war für die Helfer, mit Ausnahme der Wachen bei den Aggregaten, die Arbeit des ersten Tages beendet. Die Helfer übernachteten auf den Einsatz-Fahrzeugen.

Am nächsten Morgen wurde um 6.15 Uhr geweckt. Die Helfer an der Feldküche waren zu dieser Zeit bereits mit der Zubereitung des Frühstücks

beschäftigt. Der neue Tage brachte neue Aufgaben. Das Telefonnetz mußte weiter ausgebaut, die A-Boote ausgerüstet und die Ölsperre funktionsfähig eingebracht werden. Diese Arbeiten nahmen den ganzen Samstagvormittag in Anspruch.

Nachmittags wurden die Objekte abgebaut und die Geräte zur Unterkunft zurücktransportiert. Dort wurden sie gereinigt und wieder ordnungsgemäß eingelagert. Mit einer ausgiebigen „Manöverkritik“ endete der Spätnachmittag.

Neuer Mehrzweck-Lkw

Landrat Dr. Joachim Gillissen, der Präsident der Kreissparkasse München und THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz übergaben am 23. Juli einen neuen Mehrzweck-Lastkraftwagen an den THW-Kreisbeauftragten des THW-Landkreises München, Klaus Rampf. Die Anschaffung dieses Fahrzeugs wurde durch die großzügige Spende der Kreissparkasse München in Höhe von DM 17 500 möglich.

Der Lkw vom Typ Daimler Benz hat eine Doppelkabine und eine acht Quadratmeter große Ladefläche. Er kann die Feldküche, das Arbeitsboot und den Beleuchtungsanhänger des Ortsverbandes ziehen.

In ihren Ansprachen betonten die Gäste, daß die verschiedenen Hilfsorganisationen zwar auch Geld benötigten, vor allem aber die Anerkennung für ihre uneigennützig, freiwillige Hilfe für den Bürger. J. S.

Hilfe bei Überflutung

Wolkenbruchartige Regenfälle hatten ein sonst neben der Straße fließendes Rinnsal in einen 20 m breiten reißenden Fluß verwandelt; innerhalb weniger Minuten stand in der Ortschaft Flitzing/Landkreis Freising das Wasser einen halben Meter hoch und bedrohte Wohnhäuser und Stallungen. Als das Wasser infolge der starken Regenfälle immer weiter stieg, wurde um 18.20 Uhr der THW-OV Freising alarmiert.

15 Helfer des OV rückten sofort mit drei Einsatzfahrzeugen – beladen mit Sandsäcken, Wasserhosen und Schaufeln – und dem Pumpenanhänger aus. Die Zufahrtsstraßen waren ebenfalls überflutet, kurz vor der am stärksten betroffenen Ortschaft Flitzing war sogar ein Stück Straße weggespült. Deshalb gestaltete sich

die Anfahrt sehr schwierig, konnte jedoch mit den geländegängigen THW-Fahrzeugen gemeistert werden. Zusammen mit der örtlichen Feuerwehr wurden die gefährdeten Gebäude durch Aufschichten von Sandsäcken und Bohlen gesichert und so ein weiteres Vordringen des Wassers verhindert.

Nach dem Abflauen des Wassers pumpte die Einsatzgruppe des THW verschiedene Gruben und Keller aus. Durch den schnellen Einsatz aller Hilfskräfte konnte größerer Schaden verhindert werden.

Brunnen gab sein Geheimnis nicht preis

Was liegt unter dem Deckel, der in etwa 54 Metern Tiefe den Schacht des Brunnens auf der Trausnitz verschließt, verborgen? Antwort auf diese Frage erhoffte sich der Schloßverwalter durch eine Einsatzübung des E-Zuges des THW-OV Landshut unter der Leitung von Zugführer Schmid. Doch der Brunnen gab sein Geheimnis nicht preis. Die THW-Helfer stießen lediglich auf eine Unmenge von Bauschutt, der sich über dem Deckel angesammelt hat und ein weiteres Vordringen verhinderte.

In einem Sitz, der am Seil einer schweren Winde befestigt war, wurde nach umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen dreimal ein Angehöriger des E-Zuges in den Brunnenschacht hinuntergelassen. Die THW-Helfer führten Lampen, Funkgerät, Leinen und Sauerstoffflasche mit, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Eine brennende Kerze diente der Kontrolle, ob genug Atemluft vorhanden war.

Als erster Helfer „fuhr“ Adolf Gallinger hinunter, der dabei als Fachmann feststellen konnte, daß der Schacht – abgesehen von einem Riß in etwa 40 Metern Tiefe – noch bestens in

Ordnung ist. Wenn man bedenkt, daß den Brunnenbauern im Mittelalter keine modernen technischen Hilfsmittel zur Verfügung standen, stellt der Schacht eine erstaunliche Leistung dar. In 52 Metern Tiefe ging es dann nicht mehr weiter. Nur Urbau, Steine und Bauschutt, vom Deckel war nichts zu sehen.

Noch zwei weitere Angehörige des E-Zuges wurden in die Tiefe hinabgelassen. Doch auch mit einer Brechstange konnte man durch das aufgefüllte Material im Schacht nicht bis zum Deckel durchstoßen.

Der Brunnenschacht, durch den einst die Wasserversorgung der Burgbewohner auch bei Belagerungen gesichert war, ist ca. 120 m tief. Stadtrat Wetzstein, der die Übung des THW verfolgte, erinnert sich noch – wie viele Landshuter – daran, daß man früher Steine in den Brunnen werfen konnte und dann das Aufklatschen auf dem Wasser hörte. Wann und warum der Brunnenschacht mit einem Deckel verschlossen wurde, ist nicht mehr bekannt.

THW bei Verkehrssicherung

Eine technisch interessante Hilfeleistung war für den THW-OV Traunstein die Unterstützung der Polizei bei der Sicherung eines Schwertransportes. Vierzig Meter Länge und sechs Meter Durchmesser, das waren die Abmessungen eines Azetylenbehälters, der von Schalchen im Landkreis Traunstein nach Burghausen zu transportieren war.

Die großen Abmessungen dieses Transportgutes forderten eine sorgfältige Vorausplanung und Abstimmung aller am Transport beteiligten Stellen (Behörde, Landespolizei und THW). Der Transport wurde reibungslos durchgeführt.



Für die Straßenverhältnisse geradezu „gigantische“ Ausmaße hatte der Tank, der, von THW-Fahrzeugen gesichert, durch den Landkreis Traunstein nach Burghausen rollte.

NDR-Fernsehen im Warnamt V

Nach Absprache mit dem Bundesamt für Zivilschutz besuchte Redakteur Hans-Jürgen Börner von der „Panorama“-Redaktion am 19. Juli mit einem Kamerateam das Warnamt V.

Dem Team wurde zunächst ein kurzer Abriss über die Aufgaben des Warndienstes gegeben. Anschließend wurden Fragen des Redakteurs zu folgenden Problemen beantwortet

- Personelle Besetzung der Warnämter
- Dienstbereitschaft rund um die Uhr
- Nutzung des Sirennetzes für Feuer- und Katastrophenabwehr
- Sicherheit des Sirennetzes im V-Fall
- Überlagerung der Sirenenauslösung durch gleichzeitige Durchsagen über den Rundfunk
- Kenntnisse der Bevölkerung über die Bedeutung der Sirensignale
- Nutzen des Warndienstes bei unzureichendem Schutzraumbau und mangelnder Bereitschaft der Bevölkerung zur Selbstschutzausbildung
- Möglichkeiten einer verstärkten Nutzung von Fernsehen und Funk für die Unterrichtung der Bevölkerung und für die Warnung
- Kosten des Warnsystems
- Auswirkung der Neutronen-Bombe auf Warnverfahren und Schutzmöglichkeiten
- Einstellung der freiwilligen Helfer zum Dienst (Einsatzfreudigkeit und Motivation)

Bezüglich der Neutronen-Bombe wurde darauf hingewiesen, daß im Warnamt V noch keine umfassenden Unterlagen über Waffeneinwirkungen vorhanden sind und die aus Presseveröffentlichungen bekannten Informationen für eine Beurteilung und Stellungnahme allein nicht ausreichen.

Das Fernseherteam drehte Außenaufnahmen vom Turm und vom Warnbunker sowie Innenaufnahmen von der Maschinenteknik, den Unterkunftsräumen und der Entgiftungsschleuse. Die Besucher zeigten sich vom Aufbaustand des Warndienstes beeindruckt.

Zu vermuten ist, daß die „Panorama“-Redaktion durch das neue Zivilschutzprogramm der Bundesregierung und die Diskussion über die Neutronen-Bombe zu einer Sendung angeregt wurde.

Funkübung im Warnamt VI

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung des hauptamtlichen Personals des Warndienstes wurden am 10. September im Warnamt VI, Usingen, zusammen mit dem THW-Ortsverband Frankfurt und dem Kreisfeuerwehrverband des Wetterau-Kreises zwei Funkbetriebsübungen durchgeführt.

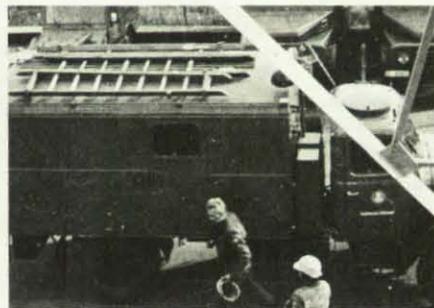
Das im Schichtdienst eingesetzte Personal des Warnamtes sollte dabei in der Handhabung des FuG 7 b und im formellen Funksprechverkehr geschult werden.

Für die Fernmeldezentrale (Abschnitt) des THW-Ortsverbandes Frankfurt wurde außerdem das Auffinden von Geländepunkten mit Hilfe des UTM-Verfahrens als Übungsschwerpunkt eingebaut.

Der Kreisfeuerwehrverband Wetterau-Kreis hatte eine gemeinsame Fahrt nach Koordinaten für Führungskräfte der Feuerwehr, des THW und des DRK mit Führung über Funk zum Warnamt angesetzt.

Nachdem anfängliche Schwierigkeiten, die ihre Ursache in der unterschiedlichen Terminologie hatten, beseitigt waren, wurde auch die Durchführung des Funkbetriebes unter Zuhilfenahme der im Warnamt VI installierten Relaisfunkstelle geübt.

Bei der Abschlußbesprechung betonte der Warnamtsleiter RR z. A.



Helfer des THW-OV Frankfurt, der Feuerwehr aus dem Wetterau-Kreis und des DRK führten gemeinsam im Warnamt VI zwei Funkbetriebsübungen durch. Eine Fahrt nach Koordinaten ging voraus.

Lütkemeyer, daß diese Übung ein besonders gutes Beispiel für die Zusammenarbeit der Einrichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung sei. Kreisbrandinspektor Vogt, Wetterau-Kreis, überreichte dem Warnamtsleiter einen Wappenteller der Feuerwehr und dankte für die gute Zusammenarbeit.

Nachruf



Am 5. September verstarb plötzlich und unerwartet WD-Verbindungsführer

Dieter Temme

an einem Herzversagen. Dieter Temme war erst 42 Jahre alt.

13 Jahre war Dieter Temme im Warndienst tätig, zu dem er nach mehrjähriger Seefahrtszeit bei der Handelsmarine und einer Ausbildung und Tätigkeit in der zivilen Flugsicherung im September 1964 gekommen war.

Temme gehörte der Generation von Einsatzleitern und WD-Verbindungsführern an, die Mitte der 60er Jahre zum Warndienst kamen und damals mit viel Engagement für die humanitären Ziele des Warndienstes eintraten und an der Erarbeitung von Einsatz- und Ausbildungsvorschriften mitwirkten. Seit 1965 war er WD-Verbindungsführer in der WD-Verbindungsstelle 51 Goch.

Bei Vorgesetzten und Kollegen war sein offenes Auftreten und sein couragiertes Eintreten für dienstliche Belange, aber auch für soziale Belange der Mitarbeiter des Warndienstes bekannt. Er war immer bereit, für eine von ihm als gerecht empfundene Sache uneingeschränkt einzutreten; auch dann, wenn er sich persönlich stark engagieren mußte.

An seinem Grabe gaben ihm der Abteilungsleiter Warndienst, LtBD Dr. Maske, der Leiter des Warnamtes V, Schulz, und seine Kollegen von der WD-Verbindungsstelle 51 das letzte Geleit. Die Kolleginnen und Kollegen der Warnämter und WD-Verbindungsstellen werden ihn nicht vergessen.

Der Warn- und Alarmdienst im Bild



Festlegung der zu warnenden Orte und Gebiete auf der Einsatzleiter-Arbeitskarte.

Beobachtung und Überwachung der Luftlage-Darstellung im Führungsraum des Warnamtes.



Führungsplatz mit Auslöseeinrichtung für Sirenenalarmierung im gesamten Warngebiet (hier für das Land Hessen).

Reportage der aktuellen Luftlage über die Warnstellenleitung an die HVB der Gemeinden und Landkreise sowie an weitere Behörden.



Darstellung der Flugziel-Bewegungen auf der Luftlagekarte.

Übermittlung von Fernschreiben an Dienststellen des Warnamtes.



Überwachungseinrichtung der Fernmelde-Verbindungen zu den WD-Verbindungsstellen in den NATO-Luftverteidigungszentralen.

Die Fernmelde-Vermittlung im Warnamtsbunker.



940 000 Aktive in der Feuerwehr

Feuerwehr-Jahrbuch 1977 gibt Aufschluß

Das „Feuerwehr-Jahrbuch 1977“ ist jetzt erschienen. Auf 204 Seiten gibt es Aufschluß über den gesamten Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Neben den neuesten statistischen Zahlen aus allen Sparten der Feuerwehr geben zahlreiche Fachberichte aus den Verbänden und Ausschüssen einen Überblick über den Stand und die Probleme des Brandschutzes. Über 50 Einsatzfotos und ein umfangreiches Anschriftenverzeichnis ergänzen dieses bisher umfangreichste Jahrbuch des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Das Jahrbuch kann bestellt werden beim Versandhaus des DFV, Postfach 40 26, 5300 Bonn-Bad Godesberg 4.

Dem Deutschen Feuerwehrverband gehören alle Sparten der in der Bundesrepublik bestehenden Feuerwehren an, die Freiwilligen, Berufs-, Werk- und Jugendfeuerwehren. Wie der Jahresstatistik 1976 des Verbandes zu entnehmen ist, versehen in diesen Feuerwehrsparten insgesamt 942 346 Bürger den aktiven Feuerwehrdienst. Dabei entfallen auf die Freiwilligen Feuerwehren 812 460 Aktive, auf die Berufsfeuerwehren 18 922, auf die Werkfeuerwehren 38 712 und auf die Jugendfeuerwehren 72 252 Aktive. Damit versehen in den deutschen Feuerwehren annähernd 1 Mio. Bürger aktiven Dienst.

Zum Jahresende war es jeder 65. Bürger und von den männlichen Bürgern jeder 31., der aktives Feuerwehrmitglied in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin war. Die Feuerwehr stellt somit die größte

aktive Hilfsorganisation in der Bundesrepublik dar.

Der im „Feuerwehr-Jahrbuch 1977“ veröffentlichten Statistik ist ferner zu entnehmen, daß es derzeit in der Bundesrepublik 9234 Freiwillige Feuerwehren (Kommunalgebiete), 67 Berufsfeuerwehren, 1413 Werkfeuerwehren und 4555 Jugendfeuerwehren gibt. Eine jährlich steigende Zahl an Einsätzen haben die deutschen Feuerwehren nach Auskunft ihres Bundesgeschäftsführers Voßmeier (Bonn) zu verzeichnen. Im Jahre 1976 wurden die Feuerwehren insgesamt zu 2,2 Mio. Einsätzen gerufen. Daß die Feuerwehren nicht mehr überwiegend Brände bekämpfen, geht aus weiteren Angaben des Feuerwehrverbandes hervor. Geschäftsführer Voßmeier teilte mit, daß sich die Einsätze des Jahres 1976 wie folgt verteilen: Brandeinsätze 7,6 %, Technische Hilfeleistungen 9,8 %, Notfall- und Krankentransporte 77,5 %, blinde und böswillige Alarmer sowie sonstige Einsätze 5,1 %. Hieraus wird deutlich, daß der Notfall- und Krankentransport zu einem wichtigen Einsatzgebiet der Feuerwehren geworden ist. Insgesamt waren es 1,7 Mio. Fahrten im Notfall- und Krankentransport, also pro Tag in der Bundesrepublik 4656 Fahrten.

Dagegen wurden die Feuerwehren für alle anderen Aufgaben pro Tag in der Bundesrepublik 1352mal alarmiert.

An Einsatzfahrzeugen und -geräten stehen den deutschen Feuerwehren insgesamt 49 500 kommunale Fahrzeuge zur Verfügung, davon 25 500 Löschfahrzeuge.

verbandes für die Einladung und die Gelegenheit zu einem freundschaftlichen Gespräch. Neben einigen Abteilungsleitern des BZS nahm auch Ministerialdirektor Menke-Glückert (Bundesministerium des Innern) an dieser eintägigen Zusammenkunft teil.

Bei dieser Tagung wurden Fragen des Katastrophenschutzes besprochen, wobei auch die bereits aus Presse und Rundfunk bekannten Veränderungen diskutiert wurden.

Einmütig vertraten die Vertreter der Feuerwehr die Meinung, daß die Feuerwehr der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor die ihr im KatSG von 1968 zugeschriebenen Aufgaben erfüllen werde und dieses auch künftig ungeachtet aller Neuordnungen beabsichtige.

Neben dem Brandschutzdienst sind dies der Fernmeldedienst, der Bergungsdienst und der ABC-Dienst. Insbesondere wurde die Notwendigkeit des ABC-Dienstes hervorgehoben, eine Aufgabe des friedensmäßigen Einsatzes. Täglich hätten die Feuerwehren gerade in Industriegebieten mit den Gefahren nuklearer Strahlungen zu rechnen. Somit seien die Feuerwehren auch auf diesem Spezialgebiet ausbildungs- und ausrüstungsmäßig vorbereitet. Es bedürfe nur noch einer zusätzlichen Ausrüstung für den Katastrophenschutz. Gleiches gelte für den Fernmelde- und Bergungsdienst.

Die Feuerwehren werden darauf achten, daß eine Neuregelung im Katastrophenschutz nicht dazu führt, daß eine noch geringere Ausrüstung und Ausbildung künftig erfolge wie in der nicht zufriedenstellenden Vergangenheit.

Fragebogen-Aktion „Kampf dem Feuer in der Landschaft“

Im Rahmen der diesjährigen Brandschutzwoche hat sich erstmals auch eine Zusammenarbeit mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ergeben. U. a. bemüht sich diese Schutzgemeinschaft jährlich, die Bevölkerung auf die Gefahren durch Waldbrände hinzuweisen. In diesem Jahre möchte die Schutzgemeinschaft gerne wissen, welchen Erfolg ihre Aktionen in den Wäldern und Fluren,

Feuerwehren im Katastrophenschutz

DFV-Präsidium tagte in der Katastrophenschutzschule des Bundes

Im September tagten das Präsidium des DFV und die Vorsitzenden der Landes-Feuerwehrverbände auf Einladung des Präsidenten des BZS, Dr. Kolb, in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler. Die Vertreter der Feuerwehr nahmen diese Gelegenheit wahr, die Schule

und einige technische Einrichtungen zu besichtigen. Im wesentlichen stand aber die neue Planung für die Zivilverteidigung bzw. den Katastrophenschutz im Mittelpunkt der Gespräche. DFV-Präsident Albert Bürger bedankte sich namens der anwesenden Vertreter des Deutschen Feuerwehr-

in Gemeinden und Städten in der Vergangenheit hatten und wo noch Verbesserungen notwendig sind.

Um dieses zu erforschen, hat die Schutzgemeinschaft einen Fragebogen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Feuerwehrverband erstellt, der zwischenzeitlich allen Feuerwehren vorliegen müßte. Er wurde über die Landes- und Kreisfeuerwehrverbände an die einzelnen Feuerwehren verteilt. Der Deutsche Feuerwehrverband ruft alle deutschen Feuerwehren auf, diesen Bogen ausgefüllt an die Bundesgeschäftsstelle des DFV zurückzusenden.

Alle eingehenden Fragebogen sind an einer Verlosung beteiligt, wozu die Schutzgemeinschaft die Preise gestiftet hat. Die Feuerwehren werden um Mithilfe gebeten, weil gerade sie es aus der örtlichen Kenntnis am besten beurteilen können, wie auf örtlicher Ebene die Aktionen gesehen werden und wo noch Verbesserungen notwendig sind. Auch dieses ist ein Beitrag zum Thema: Die Feuerwehr hilft – Vorbeugen muß Du!

Die Fragebogen werden bis zum 1. Dezember 1977 zurückerwartet.

Großer Erfolg für Jugendfeuerwehr: Erster und zweiter Platz beim Internationalen Wettbewerb

Die „I. Internationalen Jugendfeuerwehrwettkämpfe“ fanden in der Zeit vom 20. bis 24. Juli 1977 in Ettelbrück in Luxemburg statt. An diesen Wettkämpfen nahmen neun Mannschaften aus fünf Nationen (Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Luxemburg) teil. Die Deutsche Jugendfeuerwehr wurde dabei durch die beiden Gruppen aus Densberg (Hessen) und Negenborn (Niedersachsen) vertreten. Beide Gruppen waren im Oktober 1976 bei den Bundesausscheidungen in Fulda ermittelt worden.

Der Internationale Jugendfeuerwehrwettbewerb weicht von dem in der Bundesrepublik bekannten „Bundeswettbewerb der Deutschen Jugendfeuerwehr“ in wesentlichen Punkten ab. Dieser internationale Wettbewerb ist eine Mischung aus Wettbewerbsrichtlinien der Deutschen Jugendfeuerwehr und der österreichischen Jugendfeuerwehren.

Die I. Internationalen Wettkämpfe wurden für die deutschen Jugend-

feuerwehren zu einem großartigen Erfolg. Mit 999 Punkten belegte die Jugendfeuerwehr Negenborn den 1. Platz und mit 985 Punkten die Jugendfeuerwehr Densberg Platz 2.

Die weiteren Plätze belegten:

Österreich 1 (976 Pkt.), Österreich 2 (962 Pkt.), Belgien (931 Pkt.), Luxemburg 2 (921 Pkt.), Frankreich 2 (921 Pkt.), Luxemburg 1 (918 Pkt.) und Frankreich 1 (902 Pkt.). Aufgrund eines Beschlusses des Permanenten Rates des CTIF (am 4. 8. 1977) in Bozen finden diese „Internationalen Jugendfeuerwehrwettkämpfe“ künftig alle zwei Jahre statt, und dabei alle vier Jahre grundsätzlich zusammen mit den Internationalen Feuerwehrwettkämpfen am gleichen Ort. Die Internationalen Feuerwehrwettkämpfe im Jahre 1981 wurden bereits nach England (1. Maiwoche) vergeben, wo dann auch die Jugendwettbewerbe stattfinden. Austragungsort und -zeit für die Jugendfeuerwehrwettkämpfe im Jahre 1979 stehen noch nicht fest.

Weiter beschloß der Permanente Rat, daß die derzeitigen Wettkampfrichtlinien für den „Internationalen Jugendfeuerwehrwettkampf“ vorläufig bestehen bleiben. Etwas spätere Änderungen sollen erst aufgrund künftiger Erfahrungen getroffen werden.

Landeswettkampf der Jugendfeuerwehr

Den Abschluß des 7. Deutschen Jugendfeuerwehr-Tages in Hamburg bildeten die Endwettkämpfe zum Bundeswettkampf der DJF. Alle Bundesländer (außer Berlin und Bremen) hatten zwei in Landesausscheidungen ermittelte Wettkampfgruppen entsandt. Als Gastgruppe nahm die Jugendfeuerwehr Wolfau aus dem Burgenland (Österreich) teil. Trotz teilweise strömenden Regens gab es unter der Wettkampfleitung des Fachreferenten Erich Bott ausgezeichnete Ergebnisse. Erstmals wurde bei diesem Bundeswettkampf die 1000-Punkte-Grenze überschritten, und das gleich von drei Wettkampfgruppen.

Wie groß die Leistungsdichte beim Bundeswettkampf geworden ist, wird daraus deutlich, daß der Bundessieger des Jahres 1975 mit seiner damaligen Punktezahl jetzt in Hamburg nur noch Platz 5 belegt hätte. Die

damalige Wettkampfgruppe mit Platz 12 hätte jetzt in Hamburg nur noch Platz 18 belegen können.

Diesjähriger Bundessieger wurde die Jugendfeuerwehr Negenborn (Niedersachsen) vor den beiden hessischen Jugendfeuerwehren Petersberg-Steinau und Solms-Burgsolms. Erst rund vier Wochen vorher hatte der diesjährige Bundessieger auch den Internationalen Jugendfeuerwehrwettkampf im CTIF gewonnen.



Die Jugendfeuerwehr aus Negenborn (Niedersachsen), die in diesem Jahre Sieger des Bundeswettkampfes der Deutschen Jugendfeuerwehr und einen Monat vorher bereits Sieger des „1. Intern. Jugendfeuerwehrwettkampfes im CTIF“ in Luxemburg wurde.

Die Ergebnistabelle:

1. Negenborn, Niedersachsen, 1012,5 Punkte
 2. Petersberg-Steinau, Hessen, 1003,0 Punkte
 - Solms-Burgsolms, Hessen, 1002,0 Punkte
 4. Eschbach, Baden-Württemberg, 995,0 Punkte
 5. Schmittweiler, Rheinland-Pfalz, 963,5 Punkte
 6. Mandelbachtal-Bliesmengen Bolchen, Saarland, 961,0 Punkte
 7. Seevetal-Lindhorst, Niedersachsen, 960,5 Punkte
 8. Quadrath-Ichendorf, Nordrhein-Westfalen, 958,5 Punkte
 9. Tholey, Saarland, 946,5 Punkte
 10. Kempten, Bayern, 944,5 Punkte
 11. Kirchbarkau, Schleswig-Holstein, 942,0 Punkte
 12. Aumühle, Schleswig-Holstein, 940,0 Punkte
 13. Gnötzheim, Bayern, 939,0 Punkte
 14. Zuzenhausen, Baden-Württemberg, 935,5 Punkte
 15. Datteln, Nordrhein-Westfalen, 934,5 Punkte
 16. Hmbg.-Hohendeich, Hamburg, 927,5 Punkte
 17. Sülldorf-Iserbrook, Hamburg, 923,0 Punkte
 18. Rüdesheim, Rheinland-Pfalz, 914,0 Punkte
- Gast:
Wolfau, Burgenland, 949,0 Punkte.



Die Leistungen stiegen stetig

ASB im Rettungswesen

Aus dem ASB-Geschäftsbericht 1976

(Fortsetzung aus Heft 9/77)

Insgesamt verzeichnet die Einsatzstatistik für 1976

880 Einsätze (1975 = 666 = + 24,3 %)	
darunter	
transportierte Patienten	308
Rettungsflüge zur ärztlichen Erstversorgung	369
Blutkonserven und Medikamententransporte	4

Bei der Schaffung von Mindestanforderungen für den Transport von Schwerkranken oder Schwerverletzten durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat der ASB-Bundesvorstand mit einer Stellungnahme sehr intensiv mitgewirkt. Außerdem beschäftigt sich der ASB mit der immer stärker werdenden Problematik des Flugrettungswesens. So hat der ASB-Bundesvorstand den Flughafenarzt des internationalen Rhein-Main-Flughafens,

Dr. Fremder, als Sprecher und Berater für Flugrettung und Ambulanzflüge berufen.

Wasserrettung

Der ASB-Wasserrettungsdienst wird in Berlin und Baden-Württemberg (Bodensee) durchgeführt. Die 8 Motorrettungsboote waren an 75 Tagen eingesetzt, wobei der Dienst auf 7 Landstationen von 20 Samaritern, 14 Bootsführern, 2 Sprechfunckerinnen und 15 Rettungsschwimmern der DLRG durchgeführt wurde. Auf den Stationen und Booten wurden in 606 Fällen Erste Hilfe geleistet und 79 Personen zur ärztlichen Versorgung ins Krankenhaus gebracht.

Die Rettungsboote führten 31 Patiententransporte durch. 123 gekenterte Motor-, Ruder-, Schlauch-, Paddel- und Segelboote verschiedener Größen wurden geborgen, 192 Insassen gerettet, davon 7 vor dem sicheren Tod durch Ertrinken.

Die Bootsführer und Sprechfunckerinnen leisteten 12 845 Stunden Rettungsdienst. Die auf den Stationen eingesetzten Sanitätshelfer waren 5054 Stunden für den Sanitätsdienst tätig.

Hubschrauberrettung

In der Hubschrauberrettung – der ASB wirkt seit 1973 mit – konnte 1976 der 2000. Einsatz verzeichnet werden. Mehr als 100 Menschen verdanken dem Rettungshubschrauber „Christoph 6“, der in Bremen stationiert ist, ihr Leben. An Bord der Maschine ist dank der intensiven Versorgung und der kurzen Flugzeit noch niemand gestorben.

Leistungen des ASB-Rettungsdienstes

Landesverband	Bodengebundener Rettungsdienst				Luftrettung (Hubschrauber-einsätze)	Wasserrettungs-einsätze	Ärztl. Notdienst
	Transporte 1976	davon Notfälle	gefährte km	Einsatzstunden			
Baden-Württemb.	71 209	7 012	1 782 865	446 214	–	175	–
Bayern	37 067	7 042	1 123 000	212 150	–	–	–
Berlin	105	42	2 395	657	–	852	–
Bremen	4 899	2 437	91 665	36 360	880	–	–
Hamburg	7 933	308	205 679	23 644	–	–	–
Hessen	88 509	16 367	2 252 782	1 060 882	–	–	5 160 Std.
Niedersachsen	35 743	4 312	1 242 780	210 575	–	–	12 918 Eins.
NRW	17 338	5 799	354 281	155 566	–	–	–
Rheinl.-Pfalz	59 430	5 310	997 069	360 795	–	–	–
Saarland	1 670	397	50 704	51 918	–	–	–
Schlesw.-Holst.	1 039	651	64 398	47 862	–	–	–
Gesamt:	324 942	49 677	8 167 618	2 606 623	880	1 027	5 160 Std. 12 918 Eins.

„Park and ride“ fand Anklang

Viele Bürger aus Stadt und Kreis Ludwigsburg waren angenehm überrascht, als sie an einem verkaufsoffenen Samstag von einem der acht Zubringerbusse des ASB in die City zum Einkaufen gefahren wurden. Dieser Zubringerdienst war aber nur

ein Teil einer Informationsaktion des ASB, der auf seine Arbeit aufmerksam machen und um Spenden für seinen neuen Rettungswagen bitten wollte. Der neue Rettungswagen ist mit modernsten ärztlichen Hilfsmitteln ausgerüstet. Neben dem neuen Ret-

tungswagen fand auch die Blutdruckmeßstation regen Zulauf. Außerdem konnten sich die Besucher mit einer kräftigen Gemüsesuppe und Glühwein stärken.

„Sollte es sich auszahlen, dann werden wir überlegen, ob wir nicht an jedem ‚langen‘ Samstag einen derartigen Service anbieten“, sagte der zweite Vorsitzende des ASB Ludwigsburg, Hoffmann.

Recht vielfältig sind die Aufgaben des ASB in Ludwigsburg. Rund um

die Uhr sind zwei Rettungswagen besetzt. Jeden Schultag sind 25 Busse unterwegs, die 400 geistig und körperlich behinderte Kinder zur Schule und zum Kindergarten bringen.

Bisher einmalig ist die Arbeit einer Behinderten-Jugendgruppe. Seit über einem Jahr werden 20 behinderte Jugendliche zu mehrstündigen Freizeitveranstaltungen mit Spiel, Gymnastik, Basteln, Theater und Film geholt.

Der ASB Ludwigsburg stellte den interessierten Bürgern seinen neuen Rettungswagen vor.



Rund um die Uhr dienstbereit ist der Ärztliche Notdienst des ASB an Wochenenden.



Ärztlicher Wochenend- Notdienst eingerrichtet

Vom Augenblick der Eröffnung bis zum Ende des ersten Wochenendes lief der soeben eingerichtete Karbener Ärztliche Notdienst sofort auf vollen Touren. Dabei fällt besonders auf, daß die Hälfte der Fälle auf Patienten entfielen, die in die Station kamen, obwohl ihre Lage in der Stadt noch kaum bekannt war.

Der neu eingerichtete Ärztliche Notdienst wird vom Arbeiter-Samariter-Bund Wetterau betrieben. Bereits im Juli wurde die Station von Bürgermeister Paul Haas in Betrieb genommen. Mehrere Ortsverbände sind in diesem neuen Aufgabengebiet schon engagiert, es wurde ein echter Bedarf festgestellt.

Führend in der Leitung und Einrichtung von Notarztzentralen ist dabei der ASB Hannover-Land, der 1976 allein 12 918 Notarzteinsätze durchgeführt hat. Dabei wirkt sich die Bereitschaft der Ärzte, an diesem Dienst mitzuwirken, positiv aus.

Voller Lob ist man auch in Wetterau über die Zusammenarbeit mit den Ärzten. Es gab keine Schwierigkeiten, keine Komplikationen, keine Störungen im reibungslosen Ablauf. ASB-Mann Hans Vetter: „Es hat auf Anhieb so gut geklappt, wie wir es nie zu hoffen wagten!“

Funktionieren tut dieser Ärztliche Dienst so: Ein ASB-Samariter sitzt rund um die Uhr am Telefon, ein Arzt ist ebenfalls anwesend, um sofort zu einem notwendigen Einsatz aufzubrechen. Versehen wird dieser Dienst von Ärzten der Frankfurter Kliniken, die sich hier abwechseln; sie besitzen entsprechende Erfahrungen auch für Notfälle, häusliche Unfälle und ähnliche Vorkommnisse. Der Notdienst ist an jedem Wochenende von Samstag 9 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr einsatzbereit.

1500 Kisten kamen aus Frankreich und Belgien

Bundeskatastrophenzug der JUH durch zwei Feldlazarette verstärkt

Statt 80 nunmehr 800 Betten für den Einsatz bei Katastrophen

Wer in diesen Tagen beim Lager des Bundeskatastrophenzugs – bei der KELA (Katastropheneinsatzleitung Ausland) – der Johanniter-Unfall-Hilfe in Köln-Deutz hereinschaut, der wird sich von den rund 1500 teils recht großen Metall- und Holzkisten und -paletten, die in der großen Lagerhalle in langen Reihen bis unter die Decke hochgestapelt stehen, so schnell keine rechte Vorstellung machen können. Die grünen Feldkisten aus den USA enthalten zwei komplette 400-Betten-Feldlazarette zu je 20 Krankenstationen, ausgerüstet mit allem, was sich heute noch so manches Krankenhaus nur wünschen kann; angefangen von der Pflegestation bis zu kompletten Ausrüstungen von je einer Röntgenstation, OP-Bereich mit insgesamt 16 OP-Tischen, OP-Lampen, mehreren Narkosegeräten, einem umfassenden Instrumentarium für so gut wie jeden chirurgischen Eingriff. Zahn- und Augenarzt finden hier ihr „Köfferchen“.

Ein kostbarer Besitz. In der Siegburger Straße in Köln-Deutz stehen nun Materialien im Werte von vielen Millionen Mark bereit, in Katastrophengebiete geschickt zu werden – und natürlich die dazugehörige Mannschaft der KELA, die in diesen Wochen und Monaten dabei ist, sich mit dem Material vertraut zu machen.

Die einzelnen Trupps sichten ihre Ausrüstung. Bisher stand ein 80-Betten-Feldlazarett (innerhalb 24 Stunden abflugbereit ab Flughafen Köln-Bonn) zur Verfügung. 800 Betten sind dagegen natürlich ganz etwas anderes! So mancher JUH-Mitarbeiter bekam erst einmal einen kalten Schauer, als er sich die neuen Aufgaben und die um so viel mehr gewachsene Arbeit vorstellte.

Die KELA-Mannschaft hat sich aber inzwischen längst wieder gefaßt und an die Arbeit gemacht.

Schon bei der Abholaktion des ersten US-Feldlazaretts in Frankreich



Zwei Feldlazarette, verpackt in rund 1500 Kisten, luden die Helfer der JUH in Frankreich und Belgien zum Transport nach Köln auf Lastzüge.

(Thionville) ist sie auf den Geschmack gekommen. Mit acht Helfern, Vertretern der Bundesgeschäftsführung, zwei Herren vom Diakonischen Werk, welches die Anschaffung der Feldlazarette ermöglichte, fuhr die KELA Anfang August in das Elsaß zum Depot, wo das Feldlazarett bis dahin untergebracht war. Pünktlich, wie es sich für KELA-Mannschaften gehört, trafen die JUH-Mitarbeiter ein. Wer nicht kam, waren die Lkw der beauftragten Spediteure. Erst energische Proteste ließen die Lkw nach und nach auf der Bildfläche erscheinen. Die ersten 720 Kisten wurden auf vier Lastzüge verladen und trotz aller Schwierigkeiten termingemäß nach Köln geschafft. Eine harte Arbeit, kein Zweifel! Die Männer, allesamt natürlich „ehrenamtlich“, waren bester Laune, trotz manchem Schweißbächlein. Es war ein Freude, sie zu beobachten. Gute Laune war Trumpf.

Die Rückfahrt mit dem VW-Bus (die

Lkw fahren ihre eigenen Wege voraus) ging über Luxemburg und Belgien. In Köln angekommen, begann dann am nächsten Tag das Abladen. Die gerade vorher fertig gewordene Teillagerhalle war im Nu voll, sie reichte nicht aus. In der großen Hauptlagerhalle verblieb der Versorgungsteil. Den Helfern war zu Anfang nicht absolut klar, nach welchen Gesichtspunkten das Militär so ein Feldlazarett einteilt. Die Packliste des US-Militärs mußte zuerst aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt werden, wobei man bekanntlich nicht so einfach sein Schulenglisch verwenden und wörtlich übersetzen konnte.

Das ergäbe oft keinen Sinn. So wurden also zunächst, unmittelbar nach der Einlagerung, Kistenlisten geschrieben. Diese füllten drei dicke Ordner. Leider mußte man feststellen, daß die Whisky-Kiste (für medizinische Zwecke natürlich), die anscheinend zur Grundausstattung eines

US-Feldlazaretts gehört, bereits amtlich vernichtet war. Nachfragen ergaben, daß der Whisky wohl schon als Medizin (!) „zu alt“ war. Medizin kann man ja nicht ewig aufbewahren, Verfalldaten sind zu beachten! Angeblich wird nach einer gewissen Zeit die „Medizin“ ausgeschüttet, vernichtet also.

Mitte September stand dann das zweite Feldlazarett zur Abholung bereit. Diesmal ging es nach Nivelles bei Brüssel. Eine Sechser-Mannschaft fuhr nach Feierabend wieder mit dem VW-Bus gen Belgien mit der Gewißheit, daß erneut ein harter Arbeitseinsatz bevorstand. Man kannte sich ja bereits aus. Geplant war: Nachts Ankunft und Unterbringung bei der Bundeswehr, 6 Uhr Arbeitsbeginn, nachmittags Rückfahrt, am nächsten Morgen Entladen – das war ein Samstag.

Alles verlief fast ohne Zwischenfälle.

Über Waterloo erreichten die Helfer das Depot in Nivelles. Hier standen wieder über 750 Kisten abholbereit. Es galt, vier riesige Sattelschlepper von je 12 m Länge zu beladen. Auch hier klappte wieder alles, und um 12.30 Uhr war das Lazarett verladen. Übrigens auch bei diesem Feldlazarett fehlte die Whisky-Kiste. Wieder „vernichtet“! So exakt arbeitet das Militär, alles amtlich bescheinigt.

Gegen 23 Uhr kamen die Helfer in Köln an. Am nächsten Morgen ab 9 Uhr, nachdem der Einsatzleiter den Konvoi vom Zoll im Hafen Köln-



Im Lager des Bundeskatastrophenzuges der JUH in Köln-Deutz wurden die Kisten mit dem wertvollen Inhalt – zwei komplette 400 Betten-Lazarette – abgeladen und gesichtet.

Niel abgeholt und nach Deutz gelotst hatte, wurde entladen. Da am Wochenende ein Teil der KELA-Mannschaft bei anderen Einsätzen Dienst hatte, waren es dann nur vier Männer, die die vier Lkw entluden. Zunächst standen die neuen Kisten kreuz und quer in der Halle. In den darauffolgenden Tagen bildeten sich dann nach und nach, fein säuberlich nach Trupps gegliedert, vier neue Reihenreihen längs durch die große Halle. So stehen nun 1500 Kisten hochwertigsten Lazarettmaterials für Katastropheneinsätze jeden Umfangs bereit. Wenn auch niemand Katastrophen herbeiwünscht, so freut sich die JUH doch, durch so umfangrei-

ches Material in die Lage versetzt zu sein, fast jeden denkbaren Einsatz durchführen zu können. Die Helfer werden sich bemühen, den Umgang mit dem neuen Material exakt zu erlernen und sehen den sicher notwendigen Übungen mit Begeisterung entgegen. Die JUH weiß aber auch, daß es keine leichte Aufgabe sein wird. Neue Mitglieder müssen geworben werden; die KELA ist enorm gewachsen, die Mannschaft muß mitwachsen. Jetzt steht zunächst einmal Ausbildung an erster Stelle, nachdem die noch nie benutzten Geräte und sonstigen Materialien ausgepackt, entfettet und geordnet an festem Platz stehen.

Dr. Busse neuer JUH- Bundesarzt

Bis zur Neuwahl durch die Delegiertenversammlung hat das Präsidium Dr. med. Rainer Busse ab 1. 10. 1977 zum neuen Bundesarzt bestellt.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte dankenswerterweise der Landesarzt

der JUH Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Dr. med. Achim Engelhardt, die Geschäfte des Bundesarztes mitübernommen.

Dr. Busse, der am 30. 9. als Oberst-arzt aus der Bundeswehr ausgeschieden ist, war bis zu diesem Zeitpunkt Leiter des Bundeswehrsanitätszentrums im Standort Bonn.

Als solcher ist er stets im Einsatz als Arzt geblieben; er wird auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst weiterhin als Betriebsarzt einer Firma im Bonner Raum tätig sein.

Die Tatsache, daß er dort nur zeitweise beschäftigt ist und daß er im Raum Bonn wohnt, gibt ihm die Möglichkeit, sich intensiv seinen Aufgaben als Bundesarzt zu widmen und dem Präsidium und der

Bundesgeschäftsführung zu enger Zusammenarbeit zur Verfügung zu stehen.

Dr. Busse, der im Jahr 1917 in Halle/Saale geboren wurde, hat unmittelbar nach seiner Entlassung aus russischer Kriegsgefangenschaft im Jahr 1948 die ärztliche Tätigkeit aufgenommen und betrieb bis zu seiner Übernahme in die Bundeswehr 1956 eine Landpraxis. Er blieb damit ständig als praktischer Arzt tätig, auch während seiner Abordnung zum Auswärtigen Amt 1968 bis 1974 als Regionalarzt für die deutschen Diplomatischen Vertretungen im Iran, in Afghanistan, Pakistan, Indien, Nepal und auf Ceylon. Er besitzt die Anerkennung „Tropenmedizin“ und die Arbeitsmedizinische Fachkunde ohne Beschränkung.

Mario Nowak

Katastrophenschutz – Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit des Dienstes

25 000 Helfer stehen im MHD bereit

Bei Überschwemmungen, Waldbränden, Flugzeug- oder Zugunglücken sind die ehrenamtlichen Helfer der Freiwilligen Feuerwehren, des Technischen Hilfswerkes, der Sanitätsorganisationen zur Stelle.

Allein im Malteser-Hilfsdienst (MHD) haben sich über 25 000 Helferinnen und Helfer freiwillig zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen und Katastrophen bereitgestellt.

Sie bieten Gewähr für den raschen und gekonnten Einsatz von

- 7 ABC-Zügen
- 14 Betreuungsleitziügen
- 57 Betreuungszügen
- 21 Fernmeldezügen
- 43 Krankentransportzügen
- 110 Sanitätszügen
- 21 Verbandplatzzügen.

Sie bieten Gewähr für die Einsatzbereitschaft des Katastropheneinsatzzuges des MHD, in dem über 900 Fahrzeuge, angefangen von Krankentransport- und Rettungswagen, über Lastkraft-, Mannschafts- und Küchenwagen bis hin zu Funkwagen, Lichtgiraffen und Wasseraufbereitungsanlagen zusammengefaßt sind.

Konzeption des Katastrophenschutzes

Gemeinsam mit anderen Organisationen stellt damit der MHD das 600 000 Helfer umfassende „Heer“ der Freiwilligen zur Sicherstellung des öffentlichen Katastrophenschutzes im Frieden und im Verteidigungsfall.

Der Aufbau eines staatlichen Katastrophenschutzes in den Jahren 1955–1965 scheiterte an der Bereitschaft der Bevölkerung, freiwillig und ehrenamtlich in einer staatlichen Organisation mitzuwirken. Bereits in dieser Zeit mußte daher auf das in den privaten Hilfsorganisationen vorhandene Helferpotential zurück-



Über 25 000 Helferinnen und Helfer haben sich freiwillig zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen und Katastrophen dem Malteser-Hilfsdienst zur Verfügung gestellt.

gegriffen werden. Auch die Aufstellung eines Zivilschutzkorps mit einer allgemeinen Dienstpflicht für Wehrpflichtige wurde nur wenige Tage nach Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes im Jahre 1965 aus finanziellen Gründen ausgesetzt. Erst im Jahre 1968 besannen sich Bund und Länder auf die Nutzung der in den privaten Hilfsorganisationen vorhandenen Möglichkeiten für die Zwecke des staatlichen Katastrophenschutzes. Unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Hilfsorganisationen erfolgt die Bereitstellung und der Einsatz des materiellen und personellen Potentials grundsätzlich freiwillig, wobei Art und Umfang

der gewünschten Mitwirkung durch die Hilfsorganisation selbst bestimmt werden. Die Hilfsorganisationen vollziehen damit den selbstgestellten satzungsmäßigen Auftrag der Hilfeleistung in Katastrophenfällen.

Freiwilligkeit des Helferverhältnisses

Die Mitarbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer richtet sich nach den jeweiligen Satzungen und Vorschriften der Organisation, der sie angehören. Hierbei handelt es sich um ein privatrechtlich verfaßtes Helferverhältnis.



Das Katastrophenschutz-Lager des MHD in Frechen bei Köln: Hier ist der organisationseigene Katastrophenschutz-Zug stationiert.

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft kann der Helfer in einer Einheit des öffentlichen Katastrophenschutzes mitwirken. Um den für das Bundesgebiet erforderlichen Personalbestand für den Katastrophenschutz sicherzustellen, ist für diese Helfer eine stärkere Bindung an die freiwillig übernommene Aufgabe vorgesehen.

Zusätzlich zu den aus der Mitgliedschaft erwachsenden Pflichten und Aufgaben geben die Helfer gegenüber ihrer Organisation eine Verpflichtungserklärung zur Mitwirkung im Katastrophenschutz für unbestimmte oder bestimmte Zeit ab. Diese einseitige Erklärung kann jedoch nicht eine bestimmte Verwendung zur Bedingung machen. Mit der eingegangenen Verpflichtung obliegt dem Helfer neben der Erfüllung anderer satzungsmäßiger Aufgaben, wie Mitwirkung im Rettungsdienst oder beim Sanitätsdienst, besonders die Mitarbeit im Katastrophenschutz.

Eine Verpflichtung auf unbestimmte Zeit kann durch eine entsprechende Erklärung des Helfers jederzeit beendet werden, ohne daß dies den Fortbestand der Mitgliedschaft berührt. Andererseits stellt eine Beendigung der Mitgliedschaft den Wegfall der Geschäftsgrundlage für die eingegangene Verpflichtung dar und bewirkt deren Auflösung.

Die Verpflichtung eines wehrpflichtigen Helfers zur Mitwirkung im Katastrophenschutz für eine bestimmte Zeit, nämlich für die Dauer von mindestens 10 Jahren, ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen die Freistellung vom Wehrdienst.

Zu den Voraussetzungen, die dem aktiven Mitglied einer Hilfsorganisation die Freistellung vom Wehrdienst eröffnen, zählen u. a.:

- das Vorhandensein der körperlichen Eignung, die durch ärztliche Untersuchung festgestellt wird,
 - das Vorhandensein einer Planstelle in einer Einheit des Katastrophenschutzes am Wohnort des Helfers (als Wohnort gilt das Gebiet der kreisfreien Stadt oder des Landkreises).
- Eine Freistellung kann nicht erfolgen, wenn der Helfer zu Personengruppen zählt, an denen die Bundeswehr besonderes Interesse hat, hierzu zählen:
- Angehörige bestimmter, insbesondere technischer Berufe
 - Reservisten der Bundeswehr im Mannschafts- oder Unterführergrad
 - Wehrpflichtige, die bereits einen Einberufungsbescheid erhalten haben.

Darüber hinaus ist zur Sicherstellung des Personalbedarfs der Bundeswehr die Gesamtzahl der aus einem Wehrpflichtigen-Jahrgang freizustellenden Helfer begrenzt. Diese Höchstzahlbegrenzung und Beschränkung aufgrund einer bestimmten Berufsgruppenzugehörigkeit erscheint nach Inkrafttreten der Wehrdienstnovelle zum 1. 8. 1977 nicht mehr gerechtfertigt, da der Personalbedarf der Bundeswehr quantitativ wie qualitativ offensichtlich gedeckt ist. Zudem besteht in den Katastrophenschutz-einheiten erhöhter Bedarf an Helfern aus technischen Berufen, die von der Bundeswehr auf dem Wege der

Beschränkung der Freistellungsquote in Anspruch genommen werden.

Handelte es sich bei der Mitgliedschaft des Helfers in der Hilfsorganisation um ein rein privatrechtliches Helferverhältnis, so wird dieses im Falle der Freistellung durch ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis überlagert – mit öffentlich-rechtlichen Folgen.

Zu diesen Folgen zählt, daß das Dienstverhältnis nur aus wichtigem Grund vor Ablauf von zehn Jahren gekündigt werden kann. Bei einer Kündigung der Mitgliedschaft, die als Geschäftsgrundlage zur Abgabe der Verpflichtungserklärung gilt, besteht weiterhin die Pflicht zum Dienst im Katastrophenschutz; das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis besteht also weiter.

Als weitere Folge des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses können Verstöße des Helfers gegen seine Dienstpflicht, z. B. gegen die regelmäßige Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen, durch die Verhängung von Geldbußen geahndet werden.

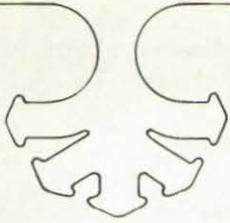
Die Organisationen bzw. zuständigen Behörden sehen sich zu diesem Schritt häufiger dort gezwungen, wo die Mitarbeit des Helfers ausschließlich vom Motiv der Freistellung vom Wehrdienst getragen ist.

Diese Helfer übersehen nicht selten, daß sie in erster Linie Mitglied eines Vereins sind, der sich humanitären gemeinnützigen Aufgaben widmet, und die Freistellung vom Wehrdienst die Folge der besonderen Zuwendung einer bestimmten satzungsmäßigen Aufgabe „Katastrophenschutz“ ist.

Die Freistellung vom Wehrdienst darf nicht die Ursache, das Motiv für das Entdecken der „idealistischen Einstellung“ allein sein.

Vom Wehrdienst freigestellte Helfer dürfen sich daher in ihrer Beteiligung an anderen Vereinsaufgaben und am Vereinsleben nicht von „normalen“ Helfern unterscheiden.

Dies ist sowohl eine Frage der Auswahl als auch der bewußten stärkeren Miteinbeziehung dieses Personenkreises in das Vereinsleben. Denn: Es handelt sich nicht um „staatliche Katastrophenschutz Helfer“, sondern um freiwillige, ehrenamtliche Helfer einer Hilfsorganisation, die sich u. a. an der Erfüllung der staatlichen Aufgabe „Katastrophenschutz“ beteiligen.



Presseschau DES INLANDS

Chinas Städte sind untertunnelt

Nach den Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua sind in vielen Städten Chinas weiträumige unterirdische Tunnelsysteme fertiggestellt worden, in denen die Bevölkerung im Falle eines Krieges Schutz finden soll. Die Tunnelsysteme sind mit Belüftungsanlagen, Gasfiltern, Wasserleitungen und elektrischen Versorgungsanlagen ausgestattet. In einigen von ihnen sind sogar Läden, Krankenhäuser, Theater und Fabriken untergebracht.

Die Schutzvorkehrungen wurden von der Bevölkerung in freiwilligem Arbeitseinsatz errichtet. Damit wurden die Anweisungen Mao Tse-tungs erfüllt: „Auf einen Kriegsfall vorbereitet sein – tiefe Tunnel graben!“ Hsinhua schildert den „Ernstfall“: „Sobald die Sirenen ertönen, werden die Menschen in diesen Städten in sehr kurzer Zeit in Sicherheit gebracht. Die Soldaten der Miliz kommen, sobald sie den Befehl dazu erhalten, aus den Bunkern, um die Eindringlinge anzugreifen.“

Aber nicht nur in den Städten werden Schutzräume angelegt, es gibt z. B. mitten in einem Berg ein Krankenhaus, in dem bereits jetzt in 44 Höhlen-Zimmern mit insgesamt 300 Betten Patienten behandelt werden. In einer Stadt in Zentralchina werden die Tunnelanlagen im Frieden zur Lagerung von Lebensmitteln, Leder und Fellen genutzt.

(Flensburger Tageblatt)

Neue Geheimwaffen der Supermächte

Der Krieg im Weltraum ist bereits in vollem Gange. Als Ende 1976 zwei US-Satelliten hoch über dem indischen Ozean stationiert wurden, schickten die Sowjets wenige Wochen später einen geheimnisvollen Raumkörper hinterher. Die Sowjets

wollten verhindern, daß die amerikanischen Satelliten ihren Auftrag, mit Radaraugen und Wärmesonden Moskaus Rüstung zu überwachen, erfüllten.

Der Russen-Satellit steuerte die beiden US-Späher an und nahm sie mit Laserstrahlen unter Feuer. Einer der US-Raumkörper explodierte, der andere torkelt seither blind durchs Weltall. Der Vorfall wurde diskret verschwiegen, um die Ost-West-Entspannung nicht zu gefährden.

Ausgebrochen ist der Krieg im Weltraum bereits Ende der sechziger Jahre. Strategen in Ost und Welt tragen ihre Sandkastenspiele hoch über unseren Köpfen aus. Sie spielen mit Spionage-Satelliten, die von automatischen Jägern der Gegenseite abgefangen werden. Die andere Seite antwortet mit fliegenden Antibomben. Amerikaner und Russen sind inzwischen soweit, daß ihre killenden Jäger ein gegnerisches Himmelsobjekt vorher erst einmal genau untersuchen oder sogar zerlegen können, bevor sie den tödlichen Sprengsatz zünden.

Das militärische Gleichgewicht drohte aus der Balance zu geraten, weil das amerikanische Aufklärungssystem im Weltall hätte ausgeschaltet werden können. Die Air Force stampfte das „Saint“-Programm aus dem Boden – mit dem Ziel, eigene Jagdsatelliten in den Himmel zu schießen.

Erst im Kriegsfall soll diese Reservearmee auf Funkbefehl von ihrer erdfernen Parkbahn auf Abwehrkurs einschwenken. Die Militärs sehen ihr künftiges Schlachtfeld immer deutlicher im Weltraum.

(Neue Revue, Hamburg)

US-Hubschrauber im Rettungsdienst

Auch die Hubschrauber der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte werden im Bedarfsfall im Rettungsdienst für die Zivilbevölkerung eingesetzt. Diese Unfallhilfe der Amerikaner wird immer dann gewährt, wenn kein geeignetes deutsches Rettungsmittel – gemeint sind hier die Rettungshubschrauber – zur Verfügung steht.

Es dauerte nur einige Minuten – die Anforderung eines Rettungshubschraubers war gerade erst auf dem US-Heeresflugplatz in Schweinfurt eingetroffen –, dann startete der Sa-

nitätschrauber und nahm Kurs auf die Autobahn Fulda – Würzburg. Die UH – IH HUEY landete neben einer Unfallstelle, und innerhalb wieder nur weniger Minuten hatte sie den Schwerverletzten, einen deutschen Notarzt und seinen Helfer an Bord genommen und war mit Kurs auf Würzburg zur dortigen neurochirurgischen Klinik unterwegs. Dort wurde der Schwerverletzte sofort operiert.

(Soldat im Volk, Bonn)

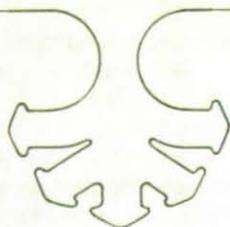
Jugoslawiens Mobilmachung – bis zum Rhein

Die Pläne Jugoslawiens, sich gegen eine „Befreiung“ durch die Ostblockstaaten nachhaltig zur Wehr zu setzen, werden von der Regierung des Landes immer wieder bestätigt. Das Land soll als ein „sozialistisches, sich selbst verwaltendes und blockfreies Land“ verteidigt werden. Welche Konsequenzen aber ein solcher jugoslawischer Verteidigungsfall auch für die Bundesrepublik haben kann, wird vorerst nur unterschwellig sichtbar.

Die Vorbereitungen Jugoslawiens... reichen bis in den Westen; in Köln wurde von parteitreuen Gastarbeitern unter Konsularaufsicht der Verein „Bosko Buho“ gegründet. Im Kölner Informationszentrum Jugoslawiens wurden Filme und Fotos mit heimischen Waffen gezeigt, auch der „Tag der jugoslawischen Armee“ soll feierlich begangen werden. Eine Million jugoslawischer Gastarbeiter im Westen sind ein erheblicher Bestandteil in Titos allgemeiner Volksverteidigung. Bei Kriegsausbruch oder drohender Gefahr sollen sie möglichst vollzählig in die Heimat zurückkehren.

Für die Bundesrepublik und für Österreich aber könnte ein möglicher Krieg zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion erhebliche Probleme heraufbeschwören: Moskau könnte es als Bruch der Neutralität auffassen, sollten deutsche und österreichische Behörden den Massendurchzug wehrbereiter jugoslawischer Quasi-Soldaten erlauben. Titos Verteidigungsminister, Nikola Ljubicic, andererseits warnt: „Jeder, der damit rechnet, er könnte unsere Leute daran hindern, ihren patriotischen Pflichten nachzukommen, irrt gewaltig.“

(Kölnische Rundschau)



Presseschau DES AUSLANDS

Laserwaffen auf Erdumlaufbahn

Zivilschutz Protection civile Protezione civile Protecciuu civila

Die USA sind – nach Angaben eines hohen Pentagon-Beamten – zur Zeit bestrebt, supermoderne Waffensysteme zu entwickeln. In einem Bericht an die Elektroindustrie-Konferenz, die in Philadelphia tagte, sagte der Leiter der Pentagonabteilung für fortgeschrittene Forschungsobjekte, Heilmeier, innerhalb von fünfzehn Jahren verfügten die USA über Laserwaffen auf einer Erdumlaufbahn und über ein System zur Entdeckung und Abwehr von U-Boot-Raketen.

Marschall Ustinow, der sowjetische Verteidigungsminister, hat die USA mit Nachdruck vor dem Versuch gewarnt, durch die Konstruktion neuer Waffen mit großer Zerstörungskraft eine militärische Übermacht anstreben zu wollen. Wie Ustinow in einem Artikel in der Zeitung „Kommunist“ schreibt, wäre die Sowjetunion durchaus in der Lage, in kürzester Zeit ebenfalls entsprechende Waffen herzustellen. (Bern, Nr. 5/1977)

Verschärfte Regelung für Materialbereitschaft



Die norwegische Zivilverteidigung hat eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, damit das beim örtlichen Zivilschutz lagernde Material zweckmäßiger aufbewahrt wird.

Das Zentrale Amt für zivile Bereitschaft hat mit den Gemeinden, die laut Gesetz das Material des örtlichen Zivilschutzes verwalten und aufbe-

wahren sollen, unmittelbaren Kontakt aufgenommen und sie an ihre Verantwortung erinnert. Bedienstete des Zentralen Amtes führen jetzt Material- und Lagerraumüberwachungen in weit größerem Umfang als bisher durch. Das Amt veranstaltet inzwischen auch Lehrgänge für Materialverwalter; diese werden sehr positiv aufgenommen. Stichproben haben gezeigt, daß das Material der Zivilverteidigung durchaus nicht immer ordnungsgemäß aufbewahrt wurde.

Nach dem Gesetz haben zwar die Gemeinden die Pflicht, brauchbare Lagerräume zur Verfügung zu stellen und ZV-Material zu verwalten, doch hat – neben anderen Stellen – das Zentrale Amt die Pflicht, das zur Verfügung stehende Material zu beaufsichtigen. In Zukunft will das Amt diese Aufgabe nun nicht mehr ausschließlich den Gemeinden übertragen. Leitende Personen, die von schlechter Verwaltung des Materials Kenntnis hatten, können dafür verantwortlich gemacht werden.

(Oslo, Nr. 4/1977).

Aufklärungsmaterial zu Nuklearangriffen

The JOURNAL

OF THE INSTITUTE OF CIVIL DEFENCE

Das Zentrale Informationsbüro hat in Zusammenarbeit mit dem Londoner Innenministerium und mit Unterstützung anderer Regierungsstellen neues Aufklärungs- und Informationsmaterial vorbereitet, welches in kritischen internationalen Situationen veröffentlicht werden soll. Dieses Material ist in Friedenszeiten nicht erhältlich und der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Es handelt sich um eine Informations-Broschüre, die über Schutzvorkehrungen informiert, mit deren Hilfe jeder einzelne seine Überlebenschancen beträchtlich vergrößern kann. Sie ist zur Verteilung an alle Haushalte vorgesehen.

Über die Rundfunkanstalten und über das Fernsehen soll im Krisenfall der wesentliche Teil der Informationskampagne laufen. Entsprechende Fernseh-Videobänder und Rundfunkbänder sind so vorbereitet, daß sie eine Ergänzung zu der Broschüre bilden.

(London, Vol. XXXIX, Nr. 3)

Informationssystem zur Leitung der ZV



CIVILT FÖRSVAR

In Schweden hat eine Arbeitsgruppe untersucht, welchen Informationsbedarf die Zivilverteidigung im Kriege hat. Der Vorsitzende dieser Arbeitsgruppe, Verteidigungsdirektor F. Klefbom, berichtet über die bisher erzielten Ergebnisse.

„Im Januar 1974 wurde vom Reichsamt für ZV eine Planungsorganisation zur Entwicklung eines auf Datenverarbeitung basierenden Informationssystems (Projekt INFO) gebildet. Deren Arbeit begann mit einer Anzahl von Planungsgruppen, die noch im gleichen Jahr um eine Gruppe erweitert wurden, die sich mit dem „Informationssystem im Kriege“ befassen sollte.

Die Leitung der gesamten Maßnahmen in einem Kriege setzt zweckmäßig dargebotene, kontinuierliche und aktuelle Informationen, die der jeweiligen Entscheidungsebene angepaßt sein müssen, voraus. Jedes Glied einer solchen Informationskette kann Einfluß darauf ausüben, nach welchen Unterlagen die nächsthöheren oder unteren Führungskräfte ihre Entscheidungen treffen werden. Zwar ist im Frieden für die ZV bereits ein unvollständiges, auf Datenverarbeitung beruhendes Info-System vorhanden, doch ist dieses den Kriegsaufgaben nicht angepaßt.

Das für einen Kriegsbetrieb vorgesehene manuelle System hingegen ist mit gewissen Mängeln behaftet und kann im Frieden nicht eingesetzt werden.

Die von der Arbeitsgruppe erarbeiteten Unterlagen wurden von einer Expertengruppe getestet. Das Ergebnis dieser Überlegungen: Die Verantwortung für die weitere Arbeit soll von einer Planungsorganisation übernommen werden, in der Systemfachleute für die Entwicklungsaufgaben zuständig sind. Diese sollen mit den Arbeitsgruppen und den Vertretern der Verwendergruppe eng zusammenarbeiten.

In der Praxis bedeutet dies, daß man bereits jetzt zu einem neuen Projekt mit erweitertem Inhalt übergehen will.“ (Stockholm, Nr. 5/6 1976)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Kaltleiter für Spannungsprüfer

Wer kurzerhand die Phase prüfen will, der greift bislang zum gelben Griff mit Glasfenster und Glimmeinsatz. Neu auf dem Markt ist ein Spannungstester, der mit einem eingebauten Kaltleiter für 4,5 bis 380 V geeignet ist und außerdem mit zwei Lumineszenzdioden zwischen Gleich- und Wechselspannung unterscheiden kann. Im Gegensatz zum herkömmlichen Phasenprüfer, der nur für Netz- und Niederspannung verwendbar ist, gibt der neue Tester auch Auskunft über die Polarität.

Der Spannungsprüfer besteht aus zwei schwarzen Handgriffen, die mit einer 60 cm langen Leitung verbunden sind. Rote Kunststoffhülsen führen zu den blanken Prüfspitzen. Einer der Handgriffe enthält einen speziell entwickelten keramischen Kaltleiter, der mit zwei antiparallel geschalteten LED in Reihe liegt und den Prüfstrom bei jeder Spannung sehr rasch nach oben hin begrenzt.

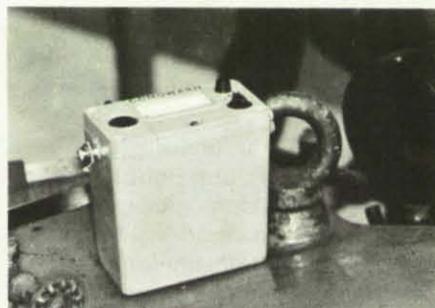
Wenn beide Leuchtdioden aufleuchten, liegt Wechselspannung vor. Die Charakteristik des Kaltleiters macht jene Vorwiderstände entbehrlich, mit denen die Glimmlampen-Phasenprüfer an die verschiedenen Spannungsbereiche angepaßt werden müssen. Darüber hinaus ist der neue Tester in der Lage, die Polarität einer Gleichspannung anzuzeigen: Den beiden Leuchtdioden sind Plus- und Minuszeichen zugeordnet, die vor allem bei Messungen der Elektrik eines Kraftfahrzeuges schnell den Fehler finden lassen.

In vielen Fällen dürfte es von Vorteil sein, daß der Spannungsprüfer auch einen unter Last liegenden Stromkreis testen kann, weil der Kaltleiter sowohl die Spannung als auch den Strom auf ein den Dioden zuträgliches Maß begrenzt.

CO-Meß- und Warngerät

Besonders in der Hüttenindustrie, in Kokereibetrieben, Gaswerken, Kraftfahrzeugprüfständen und in Labors erfüllt das hier gezeigte Gerät zuverlässig seine Wächterfunktion. Und das stundenlang.

Dieses tragbare CO-Meß- und Warngerät warnt optisch und akustisch, wenn die einstellbare Warnschwelle (werksseitige Einstellung auf 50 ppm) überschritten wird. Die jeweilige CO-Konzentration im Meßbereich von 0 bis 200 ppm kann am Anzeigemental jederzeit abgelesen werden.



Das Meßprinzip: In einer elektrochemischen Meßzelle wird CO zu CO₂ umgesetzt. Dabei entsteht ein geringer elektrischer Strom, dessen Stärke von der CO-Konzentration abhängig ist. Das Gerät (Gewicht ca. 2,3 kg) arbeitet netzunabhängig. Eine Akkuladung reicht für 8 bis 10 Stunden Dauerbetrieb.

Da ein weiterer Einsatzbereich in der chemischen Industrie liegt, ist die Forderung nach einer Ex-Zulassung selbstverständlich; die Konstruktion wurde deshalb auf die Erfordernisse einer späteren Ex-Zulassung abgestimmt.

Brennstoffzellen-Batterie im Dauerbetrieb

Zehn Jahre lang arbeitet nun schon eine zur Stromversorgung kleiner Verbraucher geeignete 25-W-Brennstoffzellen-Batterie ununterbrochen und störungsfrei im Erlanger Siemens-Forschungszentrum. Versuche dieser Art von ähnlicher Dauer sind bisher weltweit noch nicht bekanntgeworden.

Die Anlage, die abwärme- und abgasfrei – also umweltfreundlich – chemische Energie direkt in elektrische umwandelt, besteht aus 34 Einzelzellen und wird mit Wasserstoff (H₂) und Sauerstoff (O₂) aus Druckgasfla-

schen betrieben. Sie verbraucht im letzten Jahr bei nur halbjährlichem Flaschenwechsel 9,6 Kilogramm H₂ und 100,1 Kilogramm O₂ sowie als Elektrolyt 26,2 Kilogramm Kaliumhydroxid; einziger „Abfall“ ist dabei Wasser.

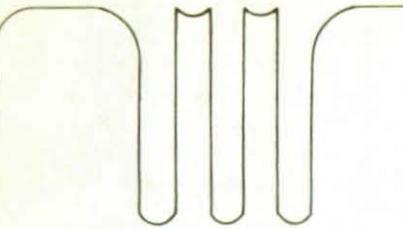
Ein Jahr lang – 1967/68 – war die Batterie versuchsweise als alleiniger Stromlieferant am Fernsehumschalter Dollnstein (Altmühltal) eingesetzt. Während dieser Zeit wurde mit Erfolg getestet, ob so unbemannte und schlecht zugängliche Meß-, Relais- und Signalstationen vom Netz unabhängig wirtschaftlich mit elektrischer Energie versorgt werden können. Ähnlich gute Ergebnisse, wie hohen Gesamtwirkungsgrad (50 % bezogen auf den oberen Heizwert von H₂), geringen Wartungsaufwand und lange Lebensdauer, erwartet man künftig auch von Brennstoffzellen, die als Notstromaggregate verwendet werden sollen.

Für Ex-gefährdete Betriebsstätten

Für Sauerstoffmessungen am Arbeitsplatz und in der Verfahrenstechnik gibt es ein neues handliches Gerät mit einem Gewicht von 650 g. Es mißt kontinuierlich die O₂-Konzentration zwischen 0 und 25 Vol.-% und warnt akustisch, wenn die O₂-Konzentration einen Wert von



17 Vol.-% unterschreitet. Den Meßwert kann man jederzeit an einem Anzeigemental ablesen. Das Meßprinzip: In einer elektrochemischen Zelle (Sensor) mit Bleianode und 2 Goldkathoden erzeugt der Sauerstoff einen geringen elektrischen Strom; seine Stärke und die Sauerstoffkonzentration sind proportional. Ein automatisches Selbstüberwachungssystem bietet zusätzliche Sicherheit. Das Gerät ist geprüft und zugelassen zum Einsatz in Ex-gefährdeten Betriebsstätten.



neue BÜCHER

Die Schrecken des Jahres 2000

Herausgegeben von Henry Cavanna
Ernst Klett Verlag, Stuttgart
Übersetzung aus dem Englischen
und Französischen

Die Angst beherrscht heute die Menschheit: Angst vor dem Umwelttod; Angst vor der Zukunft und vor Kriegen; Angst vor dem Zusammenbruch der Energieversorgung; Angst vor dem Ende des Fortschritts. Und diese Angst könnte eines Tages in Panik ausarten. Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, daß eine pessimistische Futurologie Konjunktur hat.

Obwohl auch dieses Buch einen Titel trägt, der nahezu endzeitlich klingt, geht es weder um eine Apokalypse noch um gut verkäufliche Zukunftsforschung. Vielmehr enthält es eine geradezu ernüchternd wissenschaftliche Analyse von – tatsächlichen oder eingebildeten – Bedrohungen unserer physischen, ökonomischen und politischen Existenz. Doch es ist kein Zufall, daß diese Analysen unter einer solchen Überschrift erscheinen, werden doch die Auswahl der Untersuchungsgegenstände und die Gesichtspunkte der Analysen von vorwissenschaftlichen Sorgen, Hoffnungen und Motiven bestimmt. Die sorgfältig ausgewählten Beiträge in ihrer Gesamtheit machen den Versuch, zur Zeit allgemein diskutierte Probleme zu umfassen. Sie wurden anläßlich eines Kolloquiums der Fondation Internationale des Sciences Humaines in Paris vorgetragen und zielen letztlich darauf ab, die praktische Phantasie und die Entschlußkraft der Leser zu fördern.

Kein Trinkwasser für morgen

Von Peter Stiegele / Otto Klee
Deutsche Verlags-Anstalt GmbH,
Stuttgart

Daß die Süßwasservorräte der Erde knapp werden, wird sicher nicht zum ersten Male festgestellt; dabei ist aber Süßwasser im Überfluß vorhanden. Der scheinbare Widerspruch liegt darin, daß dieses Süßwasser nicht dort verfügbar ist, wo es gebraucht wird.

Ein Bericht der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) kam bereits im März 1972 zu dem alarmierenden Ergebnis, daß in etwa 30 Jahren der Menschheit eine tödliche Wasserknappheit droht. Bisher aber ist wenig geschehen, diese Gefahr abzuwenden. Dies Buch nun will ganz einfach aufrütteln, doch keinesfalls nur schwarz malen. Vielmehr geht es den Autoren darum, heute noch mögliche Auswege aufzuzeigen und zum raschen Handeln zu drängen.

Sicher wird die harte Kritik, die ausgesprochen wird, den Betroffenen nicht gefallen. Doch ist hier wohl einzig und allein von Bedeutung, daß das ganze Problem komplex aufgezeigt wird. Aus dem Inhalt hier eine kurze Übersicht: Historische Entwicklung der Trinkwasserversorgung; Einwandfreies Wasser – woher?; Abwasser ist kein Trinkwasser; Öl im Wasser; Wasserwirtschaftliche Planung und Wasserschutzmaßnahmen; Zukunftsprojekte u. a. mehr.

Dazu ein umfangreiches Literaturverzeichnis. Ganz sicher ein Lesestoff von besonderer Wichtigkeit – und es gibt viele Betroffene, die das Buch angeht.

Leben und Überleben

Von Harald Stumpf
Seewald Verlag, Stuttgart

Der Untertitel des Buches: „Einführung in die Zivilisationsökologie“. Wer Gruhls Buch „Ein Planet wird geplündert“ kennt, muß dieses Buch als eine Ergänzung und ein Gegenstück dazu ansehen. Gruhl stellt die Rohstoffproblematik in den Mittelpunkt, Stumpf führt dagegen den „atemberaubenden“ Nachweis, daß die Bundesrepublik Deutschland schon lange vorher an ihre ökologischen Grenzen stößt, ehe ihre Rohstoffe verbraucht sind.

In einer fesselnd geschriebenen strukturellen Analyse umspannt der Verfasser – er ist Professor für theoretische Physik an der Universität Tübingen – alle Bereiche der Ökolo-

gie, Biologie, Technologie, Physiologie, Ökonomie, Physik, Medizin, Hygiene, Ernährungswissenschaft und Politik. Der einzelne wird im Rahmen der Spannweite des Buches gefordert, seine persönliche Position zu beziehen.

Sicher wurden über Teilgebiete der Zivilisationsökologie bereits zahlreiche Bücher geschrieben, doch fehlte bisher eine Untersuchung, die ihren umfassenden Charakter herausstellt. Das Buch wurde geschrieben mit der Absicht, diese Lücke zu schließen. Umfangreiche Anmerkungen und nicht weniger als drei ausführliche Anhänge erleichtern die Lektüre.

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

**Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland**
Von Töpfer/Lind
37. Ergänzungslieferung
Stand: 1. Mai 1977
Verlag R. S. Schulz,
Percha am Starnberger See

Die Roten Hefte
Nr. 26 – Bekämpfung von Waldbränden – Moorbränden – Heidebränden
2. Auflage
Von Ehrenfried Liebeneiner
Verlag W. Kohlhammer GmbH,
Stuttgart

Der Verfasser hat alles Wichtige und Wissenswerte über das Vorkommen, die Ursachen und den Ablauf von Waldbränden dargestellt. Seine Ratschläge zu ihrer Bekämpfung beruhen auf jahrelanger Erfahrung und eingehender Kenntnis aller heute verfügbaren technischen Hilfsmittel.

Die Roten Hefte
Nr. 27 b – Die Löschwasserversorgung, Teil II – Die unabhängige Löschwasserversorgung / 2. Auflage
Von Ludwig Timmer
Verlag W. Kohlhammer GmbH,
Stuttgart

Medizin 2
Normen über Erste Hilfe, Verbandstoffe, Krankenhauswesen, Transfusion, Infusion, Injektion, Laboratoriumsmedizin, Hämatologie
DIN-Taschenbuch 101, 1976
Beuth Verlag GmbH, Berlin, Köln
Herausgegeben vom DIN Deutsches Institut für Normung e. V., Berlin

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Neue Technik im Brandschutz

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es jetzt einen neuartigen Infrarot-Detektor zur genauen Lokalisierung von Brandherden gibt? Das vor kurzem von der Frankfurter Feuerwehr getestete Gerät kann Wärmestrahlung bis zu 1000 Grad C auch durch undurchdringlichen Rauch sichtbar machen. Damit lassen sich



in Zukunft die eigentlichen Brandherde schneller erkennen und auch bekämpfen. Hochkomprimiertes Argongas kühlt den Detektor auf minus 200 Grad C. Dadurch wird eine Temperaturempfindlichkeit von einem Grad erreicht. Der Aktionsbereich des Gerätes geht von 20 Metern bis unendlich.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es jetzt eine elektronische Einsatzdatei (EED) gibt, die als Auskunftssystem zur raschen Bereitstellung von Informationen dient? Das System, das seiner Funktion nach zwischen dem bewährten Karteikasten und komplexen Datenverarbeitungsanlagen steht, kann manuell oder durch Brand- und Gefahrenmeldeanlagen automatisch abgefragt werden. Die elektronische Einsatzdatei bietet dem Anwender:

- einen spezifischen Maßnahmenkatalog,
- Entscheidungshilfen,
- gezielte Hinweise.

Aufgrund dieser Merkmale ist die

EED ein geeignetes Hilfsmittel für Freiwillige Feuerwehren, Werks- und Betriebsfeuerwehren, Hilfs- und Rettungsstellen, Bewachungsunternehmen und Werkschutzabteilungen.

Die EED besteht aus dem mikroprogrammierten Dateisystem, welches die Informationen auf Disketten gespeichert hat, einer Datensichtstation



und einem oder mehreren alphanumerischen Matrixdruckern.

Die Datensichtstation dient in erster Linie der Kommunikation mit dem Dateisystem. Ebenso wird die Versorgung und Aktualisierung über sie abgewickelt.

Der Matrixdrucker liefert die abgefragten Informationen bei Bedarf mit mehreren Durchschlägen, wovon einer beispielsweise als Protokoll des Einsatzverlaufs benutzt werden kann.

Die Kapazität der EED ist mit dem Informations-Inhalt von 1000 Karteikarten des üblichen Meldekartenformats vergleichbar.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . manche Betriebe, in denen z. B. überwiegend Frauen beschäftigt sind, dazu übergegangen sind, das Transport-Problem der vielerorts vorgeschriebenen 12-kg-Feuerlöscher mit Hilfe des Löschrollers zu lösen? Mit ihm können mühelos zwei Geräte,

die ja ein beachtliches Gewicht haben, an den Brandherd gefahren werden. Mit wenigen Handgriffen sind diese fahrbaren Löschgeräte einsatzfertig. Zielsicher kann man mit der einen Hand den Löschschlauch mit der Löschpistole bedienen und gleichzeitig mit der anderen Hand den Löschroller vor und zurück bewegen.



Wußten Sie schon, daß . . .

. . . Untersuchungen von Brandfällen der vergangenen Jahre ergeben haben, daß die Kunststoffisolierung von Kabeln und Leitungen unter bestimmten Umständen zu einer Ausbreitung des Brandes beitragen kann? Doch nicht nur die Ausbreitung des Brandes ist eine große Gefahr: Sekundärschäden, die bei diesen Bränden auftreten, sind ebenso kostspielig und gefährlich. So wird, wenn PVC brennt, Chlorwasserstoff freigesetzt. Er verbindet sich mit der Luftfeuchtigkeit zu Salzsäuredämpfen, die sich ablagern und extrem starke Korrosionsschäden anrichten an Anlagen, die vom eigentlichen Brand verschont wurden. Darum wurde ein flammwidriges PVC entwickelt. Bei einem Vergleichstest zwischen herkömmlich isolierten und mit flammwidrigem PVC ummantelten Kabeln bewies sich die Überlegenheit der mit flammwidrigem PVC ummantelten Kabel, die selbstverständlich auch die entsprechenden VDE-Bestimmungen bezüglich ihrer mechanischen, elektrischen und thermischen Eigenschaften erfüllen.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX



Der Schutz im eigenen Haus

Hausschutzräume in Ein- und Mehrfamilienhäusern sind das Kernstück des Schutzraumbaus. Diese Anlagen des baulichen Zivilschutzes – für 7 bis 50 Personen geplant – sind kostengünstig zu bauen und zu unterhalten. Im eigenen Hause errichtet, können diese Schutzräume jederzeit sofort bezogen werden: Grundlage der NATO-Devise "stay at home". Unsere Fotos auf dieser Seite zeigen technische Merkmale eines Hausschutzraumes. Links oben: Blick in die Eingangsschleuse des Hausschutzraumes mit den beiden gasdichten und feuerhemmenden Türen, die rechtwinklig zueinander angeordnet sind. Rechts oben: Toilette, Sitz- und Liegemöglichkeiten – eventuell selbst gebaut – gehören zu der selbstverständlichen Ausstattung. Links: Die Lüftungsanlage ist das „Herz“ des Hausschutzraumes. Sie ermöglicht einen gesicherten Daueraufenthalt. Die Bauberater des Bundesverbandes für den Selbstschutz – erreichbar über jede BVS-Dienststelle – informieren Bauherren und solche, die es werden wollen, kostenlos über die planerischen und ausstattungsmaßige Anforderungen, die an einen Hausschutzraum gestellt werden.